Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (17.12.2012)

Sand im Getriebe 99

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Die NATO spielt - mal wieder - mit dem Feuer



Syrien, Iran, - Drohnen, Panzer, Patriots – droht - wie 1913 – ein neuer Krieg?

Keine Auslandseinsätze!	
Internationale Initiative: Den Krieg in Syrien beenden: Ja zur Demokratie, nein zur ausländischen Intervention!	3
Stimmen gegen den Beschluss des deutschen Bundestages über einen Patriot- und Awacs-Einsatz	4
Attac Frankreich zum Friedens-Nobelpreis	5
Welt	
M. Moore: Offener Brief an Obama	6
A. Gresh: Der Traum von Gleichheit und Gerechtigkeit	7
M. Husson: Der Boomerangeffekt der Globalisierung	9
J. Ziegler: »Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen« / Österreich: Plattform „Wir haben es satt!" fordert Wende in der EU-Agrarpolitik	12
China / Indien	
R. Weil: Was für einen Unterschied eine Revolution macht! - Zum Kontrast zwischen Indien und China	14
Bewegung der Landlosen und Kleinbauern in Indien	18
P. Strotmann: China - Der lange Marsch	19
D. Vidal-Bari: China: Die soziale und die ökologische Herausforderung	20
Lutz Pohle: Neue Führungsgeneration in Peking	22
Europa	
DGB: EU-Kommission gegen Tarifautonomie	24
St. Stierle und K. Haar: Troika für alle und immer	25
Florenz 10+10: Abschlusserklärungen	28
Appell der griechischen AktivistInnen: Solidarität angesichts eines humanitären Desasters	29
European Progressive Economists Network	30
C. Genschel: Kräfte bündeln für ein anderes Europa	31
Altersummit: Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat	32
Blockupy kommt wieder	33
Attac Österreich: Solidarisch mit "Refugee Camps"	34
Palästina: Gaza/ UNO-Beschluss / isr. Siedlungen	35
Weltsozialforum in Tunis, März 2012	36

In einem offenen Brief gratuliert der US-amerikanische Regisseur Michael Moore Präsident Barak Obama zu seiner Wiederwahl und fordert von ihm vor allem: *„Stürzen Sie die Reichen von ihrer Finanzklippe“ u*nd vor allem „Ein Ende aller Kriege, JETZT!“ Auch in Europa wäre ein solcher Aufruf angebracht. Es sind ja nicht nur die skandalösen Panzer-Exporte, mit denen die BRD-Regierung auf die Krise reagiertund Arbeitsplätze und Weltmachtstellung erringen will. Merkel hatte schon 2007 gesagt, Deutschland werde gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Als käme der Bürgerkrieg in Syrien den Herrschenden gerade gelegen, leisten sie **ihren** Beitrag, um die sozialen Auseinandersetzungen in Nordafrika/Westasien zu militarisieren. Mehrere Mitgliedsorganisationen von ATTAC-D sind entsetzt über das glatte parlamentarische Durchwinken der Entsendung von NATO-Patriot-Raketen an die syrische Grenze. So stellt Pax Christi kategorisch fest: *„Wir halten die Begründung für zutiefst unglaubhaft und die Maßnahme für einen gravierenden* ***Eskalationsschub***“. Eine Reihe von Autoren, die Attac, dem WSF und der globalisierungskritischen Bewegungen nahestehen und deren Analysen wir in SiG häufig zitiert haben, darunter Jean Ziegler, Samir Amin und Walden Bello, warnen vor einer brandgefährlichen Eskalation, die zu einem neuen Weltkrieg führen kann: *„ ...Währenddessen muss das syrische und arabische Volk zuschauen, wie die Errungenschaften ihres Widerstands gegen die westliche und israelische Vorherrschaft sowie die regionalen Diktaturen niedergehen und am Ende ganz zerstört werden könnten .... “* Diese Vorherrschaft des Westens ist in der Tat durch die tektonischen Verschiebungen im kapitalistischen Weltsystem bedroht. Versuchen die politischen Eliten des Westens, die schwindende wirtschaftliche Macht durch verstärkte politische Aktivität („farbige“ Konterrevolutionen und Regime-Changes) und durch die Drohung und den Einsatz militärischer Mittel auszugleichen?

Michel Husson untersucht die Ursachen für die ökonomische Schwächung des Westens und spricht von einem **Boomerang-Effekt der neoliberalen Globalisierung:** Ursprünglich (in den 70er Jahren nach verlorenem Vietnam-Krieg und Stagflation) gedacht als ein Instrument zur Revitalisierung des Kapitalismus und der westlichen Hegemonie, hat sie doch zum Aufstieg einiger Länder der Dritten Welt geführt. So verändern die **BRICS** die Struktur der Weltgesellschaft. **Indien** und **China** gehören beide dazu, doch sie sind sehr verschieden. Der US-amerikanische Wissenschaftler und Aktivist **Robert Weil** vergleicht den Pfad Chinas mit dem Indiens: Die UmFAIRteilung der Eigentumsverhältnisse (hier z.B. die Landreformen) macht den eigentlichen Unterschied aus. Sie wurde in China durch die Revolutionen ermöglicht, die in Indien noch fehlen. *„Was für einen Unterschied eine Revolution macht!“*

Und sie geht weiter, das bestätigen unsere Berichte über Klassenkämpfe in Indien (immer noch um Land) und China (um Löhne und Arbeitsbedingungen, aber auch um ökologische Fragen).

Auch durch die globalen Umbrüche ermöglicht wurde endlich die Quasi-**Anerkennung Palästinas als Staat** durch die UN. Sie wird von der israelischen Regierung gehasst, aber von den „Jüdischen Stimmen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“ begrüßt, allerdings wird die Enthaltung der BRD kritisiert.

„Als Juden möchten wir auch betonen, dass die Bildung eines palästinensischen Staates ein Vorrecht des palästinensischen Volkes ist und niemals dazu benützt werden darf, die Existenz Israels als einen “jüdischen” Staat zu rechtfertigen, in dem Juden mehr Rechte als andere Bürger genießen“.

Im brandneuen „Atlas der Globalisierung“ von „Le Monde Diplomatique“ betont **Alain Gresh**,

“Der Traum von einer besseren, gerechteren Welt hat die Jahrhunderte überdauert. Die Utopien von heute mögen mit den Hoffnungen von gestern nicht viel mehr gemein haben als das Streben nach einer besseren Zukunft. Doch dieses Streben hat seit jeher eine Vielzahl von Menschen beseelt, die für ihre Zukunftshoffnungen brennen.“ Zwar konnte sich keines der BRICS Länder bisher von der Diktatur der Märkte befreien. *„Dennoch bedeutet das Erstarken von Völkern, die bislang keinen großen Einfluss auf die Geschichte nehmen konnten, für die globalen Machtbeziehungen einen Schritt zu mehr Gleichberechtigung.“*

In Europa fallen die Reaktionen auf den Boomerang-Effekt drastisch aus. Einerseits reagieren die Herrschenden mit einer verschärften neoliberalen Austeritäts-Offensive, die hier von **Steffen Stierle** und **Kenneth Haar** analysiert wird. Andererseits verbreitert sich der Widerstand dagegen z.B. mit dem **ersten grenzüberschreitenden südeuropäischen Generalstreik**, zu dem unter anderem auf dem Europäischen Treffen „**Florenz 10+10**“ aufgerufen wurde.

Dort wurde auch eine neue Initiative „**ALTERSUMMIT**“ (Aufruf „*Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat*“) gestartet, die – ebenso wie die Initiative „**Europa neu begründen**“ - den europäischen Widerstand bündeln will.

Im kommenden Jahr wird ein **Weltsozialforum in Tunis** stattfinden, auf dem die strategischen Konsequenzen aus den globalen Veränderungen diskutiert werden. In der Einladung heißt es: *„Vor 12 Jahren fand das erste WSF in Porto Alegre, Brasilien statt. Zum ersten Mal wird es 2013 in der arabischen Welt durchgeführt, in einem Kontext von revolutionären Umbrüchen in der gesamten Region.“* Sehen wir uns also in Tunis? (ps)

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) ;
Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Samir Amin, Etienne Balibar, Walden Bello, Ernesto Cardenal, Richard Falk, Léo Gabriel, Manolis Glezos, François Houtard, Cynthia McKinney, Mairead Maguire , Michel Kilo, Norman Paech, Hans von Sponeck, Jean Ziegler, ...

www.peaceinsyria.org

Internationale Initiative den Krieg in Syrien zu beenden

Ja zur Demokratie, nein zur ausländischen Intervention!

Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs, sind als Teil der internationalen Zivilgesellschaft zunehmend besorgt über das schreckliche Blutvergießen, welches das syrische Volk gegenwärtig erleidet. Daher unterstützen wir folgende politische Initiative, die auf der Basis der Ergebnisse einer Fact-finding-Mission, die unsere Kollegen im September 2012 nach Beirut und Damaskus unternahmen, zu Stande gekommen ist: **Wir rufen zu einer Delegationsreise hochrangiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf, die sich nach Syrien begeben sollen, um mit den wichtigsten politischen Akteuren zu sprechen.** Damit soll geholfen werden, den **Weg für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts** zu ebnen, der den Weltfrieden ernsthaft gefährdet und die Existenz Syriens als unabhängiger und souveräner Staat bedroht.

In diesem Sinn schließen wir uns folgender **Erklärung** an:
Alle Augen sind auf den Krieg in Syrien gerichtet, der dem Volk einen zu hohen Blutzoll abverlangt. Die legitime Bewegung des syrischen Volkes für demokratische Rechte begann ebenso friedlich wie die seiner arabischen Geschwister. Nun läuft sie Gefahr in einen konfessionellen Krieg mit regionaler und internationaler Beteiligung zu degenerieren. Auch die zunehmenden geopolitischen Verstrickungen sind besorgniserregend.
Wir sind uns bewusst, dass keine Seite einen solchen Abnutzungskrieg in kurzer Frist für sich entscheiden wird können. Währenddessen muss das syrische und arabische Volk zuschauen, wie die Errungenschaften ihres Widerstands gegen die westliche und israelische Vorherrschaft sowie die regionalen Diktaturen niedergehen und am Ende ganz zerstört werden könnten.

Um jedoch diese Errungenschaften zu retten und den Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung fortzusetzen, ist eine politische Lösung des Konflikts mittels Verhandlungen unumgänglich. Nur auf diese Art und Weise kann der Konfessionalismus eingedämmt, eine ausländische Intervention abgewendet werden und die demokratische Massenbewegung die Oberhand behalten.

Um das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung zu unterstützen, handeln wir auf der Basis folgender Kriterien:

1) Volle Unterstützung für einen politischen Prozess, der mittels Verhandlungen und über einen Waffenstillstand beginnen sollen. Hand in Hand damit soll es zur Deeskalation und Entmilitarisierung des Konflikts kommen, was der Bevölkerung erlauben würde, dringend benötigte Hilfeleistungen entgegenzunehmen und ihren Willen friedlich und schließlich auch an den Wahlurnen zum Ausdruck zu bringen.

2) Da jede Lösung auf dem souveränen Willen des syrischen Volkes aufbauen muss, **weisen wir jede Form ausländischer militärischer Intervention kategorisch zurück,** von welcher Seite sie auch kommen möge.

3) Das Recht auf Selbstbestimmung zu respektieren bedeutet auch die demokratischen und sozialen Rechte der breiten Bevölkerungsmehrheit zu respektieren. Daher darf keine wichtige politische Kraft a priori aus einem politischen Prozess ausgeschlossen werden. **Ein dauerhaftes Friedensabkommen muss zu einem konstitutionellen Prozess** führen, der freie Wahlen, organisiert durch eine Übergangsregierung, vorsieht.

4) Da es im Verlauf des Konflikts zunehmend zu einer Instrumentalisierung konfessioneller Zugehörigkeiten gekommen ist, die den politischen Zusammenschluss der Bevölkerung auf der Grundlage der Demokratie erschwert, unterstützen wir alle Initiativen und Tendenzen unter den politischen wie militärischen Kräften, die sich für **Toleranz zwischen den Religionsgruppen** auf der Basis der Gleichberechtigung aller Staatsbürger einsetzen.

Mit unserer Unterschrift sprechen wir der internationalen **Delegation, die sich Anfang 2013 nach Syrien begeben wird,** unsere volle Unterstützung aus – in der Hoffnung, dass diese Initiative einen wichtigen Beitrag für den Frieden in der Region leisten wird.

Unterschrift:
http://www.peaceinsyria.org/support.php

Ergebnisse einer Fact-finding-Mission:
http://www.peaceinsyria.org/download.html

Kein Frieden mit der NATO

Aktiv werden gegen die Münchner "Sicherheitskonferenz",
Demonstration am 2.2.2013



Aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz:
Im Februar treffen sich in München wieder hochrangige Politiker_innen und Kriegsstrategen, Vertreter von Wirtschafts- und Rüstungskonzernen vorwiegend aus den NATO- und EU-Staaten zu ihrer so genannten Sicherheitskonferenz. Dort werden Strategien beraten, mit denen sie ihre wirtschafts- und machtpolitischen Interessen weltweit durchsetzen wollen. Sie reden von Frieden und Sicherheit, aber sie sind die Repräsentanten eines Systems, das zwangsläufig Kriege herbeiführt.

Deshalb demonstrieren wir gegen Rüstung und Krieg, für Frieden und Abrüstung. Sie reden von Sicherheit und drohen mit neuen Kriegen. Altbekannte Lügen, wie schon vor dem Irak- und Afghanistankrieg dienen als Vorwand für immer lauter werdende Kriegsdrohungen gegen den Iran. Ihre Sanktionen gegen den Iran dienen nicht einer Verhandlungslösung im Atomkonflikt, sondern der Kriegsvorbereitung.

Den kompletten Aufruf lesen: http://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2013-Gegen-die-SIKO

Stimmen gegen den Beschluss des deutschen Bundestages über einen Patriot- und Awacs-Einsatz an der türkisch-syrischen Grenze

Friedenskooperative:

Das Netzwerk Friedenskooperative bewertet den Beschluss des Bundestages zum Patriot- und Awacs-Einsatz der Bundeswehr als **schweren Fehler**.

"*Die zustimmenden Abgeordneten könnten ihre Entscheidung bei einer weiteren Eskalation des syrischen Bürgerkrieges und der wachsenden Beteiligung der türkischen Seite schon bald bereuen"*, erklärt Netzwerk-Geschäftsführer Mani Stenner.

Viele Friedensorganisationen hätten sich vor der Entscheidung an die Abgeordneten mit der Bitte um ein klares Nein und einer friedenspolitischen Ausrichtung der deutschen Politik gewandt und leider keinen Erfolg gehabt.

Die Beteuerungen des Verteidigungs- und Außenministeriums zum rein defensiven und abschreckenden Charakter der Flug- und Raketenabwehr sowie der Ausschluss der Verwendung für eine Flugverbotszone im syrischen Norden haben nach Ansicht der Friedenskooperative eine kurze Halbwertszeit.

"*In den USA, die parallel zu den Niederlanden und Deutschland ihre Patriots und ebenfalls 400 Soldaten stationieren, läuft die Diskussion inzwischen in Richtung aktiver militärischer Unterstützung des Sturzes des Assad-Regimes"*, betont Stenner.

Politisch rufe auch die Bundesregierung dazu auf und habe jüngst wie andere "Freunde Syriens" die auf westlichen Druck vereinigte Opposition als "legitime Vertretung des syrischen Volkes" aufgewertet, anstatt Bemühungen des UN-Vermittlers Brahimi noch politische Rückendeckung zu geben.

"*Gerade weil die für die derzeitigen Granaten-Irrläufer ja gar nicht zur Abwehr geeignete Patriot- und AWACS-Mission vor allem durch bündnispolitische Gründe nach der kritisierten Zurückhaltung im Libyen-Krieg motiviert ist, werden de Maiziere und Westerwelle bei einer durch die NATO-Partner Türkei oder USA unter Umständen provozierten Kriegsbeteiligung auch den nächsten Schritt mitmachen*", warnt das Friedensnetzwerk. Eine "smoking gun" z.B. durch nicht nachprüfbare Geheimdiensterkenntnisse über unmittelbar bevorstehende Chemiewaffeneinsätze werde sich schon finden lassen.

Am Ende befänden sich die NATO und Deutschland im Krieg gegen Assad Seit an Seit mit islamistischen Dschihad-Kriegern als Waffenbrüder, mit vielen Eskalationsrisiken und zivilen Opfern und ohne realistische Szenarien für eine innersyrische Lösung für die politischen, ethnischen und religiösen Interessensgegensätze.

Die Friedenskooperative betont die Gefahr, dass sich gerade auch bei einer militärischen Beteiligung des Westens der Krieg über Syrien hinaus ausweiten könnte: "*Im Hintergrund geht es längst auch um das gewollte ´regime change` im Iran und die sunnitischen Machthaber in Saudi-Arabien und Katar agieren mit der massiven Bewaffnung der syrischen Dschihadisten für ihre Dominanz im Mittleren Osten.*

Es ist eine zutiefst traurige Entwicklung, dass auch aufgrund dieser Interessen der ursprünglich von demokratisch gesinnten Kräften aus der syrischen Zivilgesellschaft getragene gewaltfreie Widerstand gegen das despotische Assad-Regime völlig ins Abseits geraten ist".

(Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative)

IPPNW: Deutschland darf keine Kriegspartei werden- Diplomatische Bemühungen für Syrien stärken

(…) Die IPPNW fordert zugleich eindringlich von den USA, Russland, der Arabischen Liga und den weiteren mitwirkenden Staaten, zum Wohle der Menschen in Syrien die diplomatischen Bemühungen um einen Waffenstillstand im Land zu forcieren. Besonders der Einsatz des UN-Beauftragten Lakhdar Brahimi müsse mit aller Kraft unterstützt werden. Ein deutscher Beitrag für den Frieden wäre ein Stopp aller deutschen Waffenexporte in die Region.

Dabei ist es für das Ziel einer friedlichen Lösung kontraproduktiv, wenn der deutsche Außenminister über das baldige Ende des Regimes Assad spekuliert und der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen Stimmung im Bündnis für ein militärisches Eingreifen in Syrien macht. Die breite mediale Thematisierung des angeblichen Giftgaspotentials des Assad-Regimes wirke zudem wie die Vorbereitung auf die „Smoking Gun" zur Rechtfertigung des militärischen Eingreifens.

Matthias Jochheim, Vorsitzender der IPPNW, schlussfolgert: "`*Responsibility to protect´, die Verantwortung die Zivilbevölkerung zu schützen, muss die Verpflichtung bedeuten, auf weitere desaströse Interventionskriege nach dem Muster Irak und Afghanistan zu verzichten*." (...)

http://www.ippnw.de/presse/presse-2012/artikel/305365f02d/deutschland-darf-keine-kriegspartei.html

Friedensratschlag: Zehn triftige Gründe NEIN zu sagen

(3) Alle sicherheitspolitisch relevanten Vorfälle der letzten Monate an der syrisch-türkischen Grenze tragen die Handschrift des innersyrischen bewaffneten Konflikts zwischen Armee und Aufständischen. (...) Schlussfolgerung: In keinem Fall handelte es sich um gezielte Attacken der syrischen Streitkräfte gegen türkische Ziele. Und: In den letzten Wochen sind kaum noch Vorfälle dieser Art gemeldet worden. Man könnte auch sagen: Die Lage hat sich entspannt.

(4) Auch die vereinzelte Luftzwischenfälle können nicht dazu herhalten, eine relevante Gefährdung türkischen Territoriums durch Syrien zu behaupten. (...)

(6) In Art. 1 des NATO_Vertrags heißt es unmissverständlich: „*Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist*." Mit diesem Grundsatz verträgt sich weder aggressives Reden noch aggressives Verhalten von NATO-Mitgliedern gegenüber Drittstaaten. Ein Kriegsvorratsbeschluss, wie ihn das türkische Parlament erlassen hat, widerspricht eindeutig den vertraglichen Verpflichtungen, welche die NATO-Mitglieder eingegangen sind. „ (…)

http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Tuerkei/patriot-baf.html

Versöhnungsbund:

(…) **Die Patriot-Raketen sowie die deutschen Panzer an Saudi-Arabien sind vor allem gegen Iran gerichtet**. Wie die kritische Soldatenvereinigung 'Darmstädter Signal' mitteilte, zielt die Patriot-Stationierung vermutlich auch auf den russischen Widerstand gegen eine Nato-Militärintervention. (...) *„Im Falle einer Nato-Intervention könnte es zu einer direkten Konfrontation zwischen der Nato und Russland kommen"*, so Clemens Ronnefeldt. Diese Eskalation gilt es durch eine breite Ablehnung des Beschlusses zu verhindern.

Mit einer Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung verliert die deutsche Außenpolitik bedeutende Möglichkeiten, mit diplomatischen Mitteln zu einem Waffenstillstand und zur Deeskalation beizutragen.(...)

http://www.versoehnungsbund.de/2012-presse-patriot

Pax Christi

**Die pax christi-Kommission Friedenspolitik wandte sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der Brief lautet wie folgt:*
*

„ Als Mitglieder der pax christi-Kommission Friedenspolitik bitten wir Sie inständig, dem Patriot-Stationierungs-Beschluss der Bundesregierung Ihre Zustimmung zu verweigern. Wir halten die Begründung für zutiefst unglaubhaft und die Maßnahme für einen gravierenden Eskalationsschub.

Für das Assad-Regime wäre eine kriegerische Auseinandersetzung mit einem Nachbarland - gar mit einem NATO-Mitglied - reiner Selbstmord. Die Grenzzwischenfälle, die an erster Stelle zur Begründung der Stationierung bemüht werden, eignen sich nicht als Grundlage eines bündnisfalltypischen Beistands. Der

Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags ist denn auch nicht erklärt; und selbst wenn es anders wäre, gäbe es keine militärische Beistandspflicht. Auch hat der UN-Sicherheitsrat gemäß Artikel 39 der UN-Charta bisher keine Bedrohung, keinen Bruch des Weltfriedens und keine Angriffshandlung konstatiert. Der Tod mehrerer türkischer Zivilisten war eine Folge von Granaten-Einschlägen auf türkischem Gebiet. Das Patriot-System ist aber, wie de Maizière in dem Bezugs-Statement unumwunden zugibt, nicht zur Abwehr von Granaten mit kurzer Reichweite einsetzbar.

Andererseits werden die syrischen Rebellen seit langem von der Türkei mit Geld, Waffen, logistisch und durch ein großzügiges Grenzregime unterstützt. Zudem verlangt Ankara seit Monaten die Einrichtung einer Flugverbotszone über dem Norden Syriens. (...)
Die Versicherung vom Verteidigungsminister de Maizière, der Einsatz diene in keiner Weise der Überwachung einer Flugverbotszone "*und auch nicht der Überwachung des syrischen Territoriums*", steht in Widerspruch zur bekannten Funktion der Awacs-Systeme. Unter der Decke bleibt, was Aufklärung und Überwachung in einem mandatspflichtigen Umfeld tatsächlich fragwürdig macht: dass insbesondere mit den Awacs-Flugzeugen ein ständiges detailliertes Lagebild aller Flugbewegungen über Syrien erstellt werden soll, das im Rahmen der "Vernetzten Operationsführung" allen Führungs- und Einsatzebenen gleichzeitig zur Verfügung steht, mit dem aber auch militante Rebellen-Gruppen versorgbar sind. Das Mandat untersagt jedenfalls eine solche Ausspähung des syrischen Luftraums und die angedeutete problematische Verwendung der gesammelten Information ausdrücklich nicht.

Einmal angenommen, die beiden Fachminister und die Bundesregierung hätten tatsächlich den Wunsch, in der Syrienkrise zu einer Deeskalation beizutragen, wie sollten sie vorgehen, um die Türkei und die Nato-Führung von einer Eskalation abzuhalten? Jedenfalls nicht durch Verlegung deutscher Patriot-Systeme an die türkisch-syrische Grenze und den Einsatz deutscher Awacs zur Ausspähung des syrischen Luftraums.
Nicht durch die Bereitstellung militärischen Potenzials, das der Einrichtung einer Flugverbotszone oder gar einer offenen militärischen Intervention dienen kann, um eben das zu verhindern. Nicht durch die Schaffung von Offensivfähigkeiten, um aus diesen Fähigkeiten keine Absicht werden zu lassen.

Dem militärischen Handeln der NATO sind auch nicht durch politische Beschlusstexte der NATO selbst Fesseln anzulegen; die kann die NATO jeden Tag selbst ändern. Selbst ein restriktiver Bundestagsbeschluss, der im ersten Schritt etwa eine Flugverbotszone ausschließen würde, ist im Handumdrehen von der NATO ausgehebelt, wenn die Entwicklung vor Ort es erfordert. Niemand wird ernsthaft glauben, dass die Bundesregierung der NATO "in die Speichen greifen" würde, um einen neuen Beschluss zu verhindern.

Nur mit einem Nein zu dem Ansinnen von Bundesregierung, NATO und Türkei kann dieses Szenario verhindert werden.

Mit freundlichen und besorgten Grüßen
Christof Grosse, Sprecher der pax christi-Kommission Friedenspolitik
http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html?entry=page.news.km.917

„Responsability to protect“ - ein neuer Türöffner zu grenzenlosen Interventionen

http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Interventionen/responsibility.html
*Walden Bello: Kritik an "Responsability to protect":*http://sandimgetriebe.attac.at/9385.html
Jean Bricmont:
http://zmag.de/artikel/responsibility-to-protect-verantwortung-zum-schutz
Die “Responsibility to Protect”-Kriegslegitimation unter Missbrauch der Menschenrechte? http://www.imi-online.de/2011/08/08/die-responsibility-t/

Attac Frankreich verleiht seinen eigenen Nobelpreis an die EU für deren Kürzungsmaßnahmen

10.12.2012

Zahlreiche Staats- und Regierungschefs, sowie Vertreter der Europäischen Institutionen lassen sich zum Friedensnobelpreis beglückwünschen, der kürzlich an die Europäische Union verliehen wurde.

Aber Attac richtet keine Glückwünsche aus: es ist vollkommen unangebracht, die EU mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen, wenn zugleich europäische Institutionen und Regierungen umfangreiche Pläne der sozialen Kälte zu Lasten der Bevölkerung vorschreiben, die militärischen Streitkräfte der EU verstärken, die Jagd auf Migranten verschärfen und eine aggressive Wirtschaftspolitik verfolgen.

Attac Norwegen hat sich an der Organisierung der Demonstrationen beteiligt, die gestern in Oslo stattgefunden haben und hat die Nachricht des europäischen Attac Netzwerkes verbreitet:

Anstatt eines Friedensnobelpreises, sollte der EU vielmehr ein Nobelpreis des Sozialabbaus verliehen werden!

Herr Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, rechtfertigt die Vergabe des Friedensnobelpreises mit der Begründung, dass die EU getragen ist von den Werten der „*Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte*“. Diese Werte sind jedoch tatsächlich weit entfernt von der Ausrichtung der europäischen Verträge.

Wie kann man einen Friedensnobelpreis an die Festung Europas vergeben, aufgrund deren Schließungspolitik Tausende an den Grenzen zum Opfer werden? Eine Union, die sich dazu verpflichtet „*ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern*“ (Art. 42 III EUV) und die eine Vormachtstellung der NATO anerkennt? Was ist das für eine Botschaft an die Menschen, denen die aggressive Exportstrategie der EU durch die Unterzeichnung der wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen aufgedrückt wird, mit der Folge, dass durch die Liberalisierung der Märkte ganze Wirtschaftszweige der südlichen Länder zerstört werden?

Letztendlich, welche Botschaft ist es für die Millionen von Bürgern, die sich seit zwei Jahren auf den öffentlichen Plätzen in Griechenland, Spanien oder Portugal gegen die Zerstörung ihrer sozialen Rechte und die Entscheidungen der Troïka, also in erster Linie der Europäischen Kommission und EZB, einsetzen? Attac Norwegen hebt hervor, dass „*diejenigen, die ihren Protest gegen die neoliberale Politik der Europäischen Union, sowie deren Kürzungspläne äußern, eine brutale polizeiliche Unterdrückung erfahren*“.

Die Kürzungspolitik, die seit zwei Jahren umgesetzt wird, verschlimmert nur die Situation in den betroffenen Ländern. Sie vertieft die Kluft zwischen den Ländern aus dem „Zentrum“ und solchen am „Rande“ . Sie verstärkt den vorhandenen Nationalismus, verschärft den wirtschaftlichen Krieg und gefährdet letztendlich den Aufbau eines Europas der Solidarität und Zusammenarbeit, den Attac Frankreich zusammen mit allen anderen Attac in Europa verteidigt.

http://www.france.attac.org/articles/oslo-attac-decerne-un-prix-nobel-de-lausterite-lunion-europeenne

Übersetzung: coorditrad, Nele Achten, SiG-Redaktion

Michael Moore
Offener Brief an den amerikanischen Präsidenten Obama

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich beglückwünsche Sie zum Gewinn Ihrer zweiten Präsidentschaftswahl. Vor vier Jahren erreichten Sie den höchsten Prozentsatz an Stimmen, den je ein Demokrat in den Vereinigten Staaten seit Lyndon Johnson erreicht hat. Und Sie sind der erste Demokrat, der zweimal hintereinander mehr als 50 % der Stimmen seit Roosevelt erreicht hat.

Es war abermals eine historische Wahl und ich bitte Sie höflich sicherzustellen, dass Ihre zweite Amtsperiode nicht wie die erste wird.

Es ist nicht so, dass Sie nichts getan haben. Sie haben eine Menge getan! Aber es gibt noch eine Menge Probleme, die ungelöst sind. Deshalb brauchen wir Sie, um verdammt noch mal dafür zu kämpfen. Wall Street und die Superreichen führen seit über 30 Jahren einen blutigen Klassenkrieg und es ist Zeit, dass sie gestoppt werden!

Ich weiß, es liegt nicht in Ihrer Natur, aggressiv oder konfrontativ zu sein. Aber bitte, Barack, hören Sie nicht auf die Experten, die Ihnen erzählen, einen „großen Kompromiss“ machen zu müssen und sich zum „Zentrum“ hinzubewegen. Sie sind dort schon angekommen. Ihre Mitbürger haben gesprochen und wir haben die wahnsinnige Ideologie der Republikaner zurückgewiesen. Wir bestehen darauf, dass Sie energisch fortfahren, einen tiefgreifenden Wandel zu vollziehen, der das Leben der 99 % verbessern wird. Wir haben genug von der Hoffnung! Wir wollen einen wirklichen Wandel. Und wenn wir ihn das zweite Mal durch einen großen und guten Mann, wie Sie es sind, nicht erreichen, was hat es dann für einen Sinn? Warum bemühen wir uns überhaupt? Ja, wir sind so entmutigt und enttäuscht.

Auf Ihrer ersten Pressekonferenz nach der Wahl letzten Mittwoch waren Sie voll in Fahrt. Ihre Antwort an McCain (…) war so brillant und atemberaubend, dass ich sie mir ein paar Dutzend Mal angehört habe (…). Jesus, dieser Blick – ich dachte, Laserstrahlen kommen aus Ihren Augen. Mehr davon! Bitte!

In der Woche nach Ihrer ersten Wahl haben Sie die Jungs von Goldmann Sachs und Wall Street angeheuert, damit sie unsere Wirtschaft managen (…). Bitte nicht dieses Mal! Diesmal ist es Zeit, für uns alle einzutreten, und falls Sie das tun, werden Sie nicht nur 10 Millionen von uns hinter sich haben, die Sie unterstützen, wir werden über den Kongress herfallen, und zwar mit einer solchen Wucht, dass die Herrschaften dort gar nicht wissen werden, wie ihnen geschah.

Aber – zuerst haben Sie den Job zu tun, für den wir Sie gewählt haben. Sie haben Ihren massiven Vorsprung von 126 Wahlmännerstimmen dafür einzusetzen.

Hier sind meine Vorschläge:

1. Stürzen Sie die Reichen von ihrer Finanzklippe.
Die „Finanzklippe“ ist ein Trick, eine Erfindung der Rechten und Reichen, um ihre gewaltigen Steuervorteile zu erhalten. Beenden Sie am 31. Dezember alle diese Steuersenkungen. Dann bringen Sie am 1. Januar ein Gesetz ein, das Steuersenkungen für 98 % der Bevölkerung wiederherstellt. Ich wette, dass die Republikaner es nicht wagen, dagegen zu sein. Sie können und werden das nicht tun. Was Ausgabenkürzungen betrifft, so besagt der Haushalt 2011, dass für jeden Dollar, den die Republikaner bei einem nationalen Programm kürzen möchten, auch ein Dollar im Pentagon gekürzt werden muss (Dollars, die für Rüstung und Kriege ausgegeben werden – d. Übers.). Sehen Sie, Sie sind ein Genie! Die Rechte wird garantiert nicht gegen die Meister des Krieges stimmen. Und falls sie das am Ende doch tun sollte, können Sie sofort ein Gesetz auflegen, das alle Programme wiederherstellt, die wir, die Mehrheit, befürworten. Erklären Sie um Gottes willen die Sozialfürsorge und Krankenversicherung (Medicare/Medicaid) für unantastbar. Sie sind nicht bankrott, nicht mal annähernd. Wenn die Reichen die gleichen Steuerprozente für Sozialfürsorge auf ihr gesamtes Einkommen bezahlen – exakt die Rate, die jeder bezahlt –, dann wird plötzlich genug Geld da sein für die Sozialfürsorge, mindestens bis zum Jahre 2080.

2. Beenden Sie sofort alle Kriege.
Setzen Sie den Krieg in Afghanistan (der ohnehin nicht zu gewinnen ist) nicht für zwei weitere Jahre fort! Warum sollen noch weitere Personen OHNE GRUND sterben müssen? Beenden Sie ihn! Sie wissen, dass er falsch ist. Bin Laden ist tot, al-Qaida ist dezimiert und die Afghanen haben ihre eigenen Probleme zu lösen. Also, beenden Sie die Drohnenangriffe und andere geheime Militäraktivitäten, die Sie in Pakistan, Jemen, Somalia, Kolumbien und weiß Gott wo sonst noch betreiben. Denken Sie, die Geschichte wird sich an die Vereinigten Staaten als an eine große Demokratie erinnern? Nein, man wird sich an uns als eine Nation erinnern, die nach Kriegen süchtig ist. Man wird uns Warlords nennen. Man wird sagen, dass Amerika im 21. Jahrhundert so viel Öl brauchte, dass wir bereit waren, jeden zu töten, nur um es zu bekommen. Sie wissen, dass das so ist. Man muss das beenden. Jetzt.

3. Beenden Sie den Drogenkrieg.
Er ist nicht nur ein katastrophaler Misserfolg, er hat uns auch in die Zeit der Sklaverei zurückgeworfen. Wir haben Millionen von Afroamerikanern und Latinos eingesperrt und finanzieren nun eine private Gefängnisindustrie, mit der einige wenige glückliche, reiche Menschen Milliarden Dollar verdienen. Es gibt andere Wege, mit den schädlichen Drogen fertig zu werden – Wege, die sich auf Anstand und Mitgefühl gründen. Wir sehen wie ein Haufen sadistischer Rassisten aus. Beenden Sie das!

4. Erlassen Sie ein Moratorium für Zwangsvollstreckungen und -räumungen.
Millionen von Menschen sind von Obdachlosigkeit betroffen, weil ein unehrliches System von Großbanken und Wall-Street-Firmen das so will. Stoppen Sie das und nehmen Sie sich zwölf Monate Zeit, um eine andere Vorgehensweise auszuarbeiten (wie z. B. Familienhypotheken zu überprüfen, um den wahren Wert der Häuser festzustellen).

5. Trennen Sie Geld und Politik.
Sie wissen darüber schon Bescheid. Die Öffentlichkeit hat es satt. Es ist nun an der Zeit, zu handeln!

6. Erweitern Sie die Obamafürsorge.
Ihr Gesundheitsfürsorgegesetz hilft nicht jedem. Es ist nur ein Goldesel für die Versicherungsindustrie. Setzen Sie sich für ein personenbezogenes Einzahlungssystem – eine Krankenversicherung für ALLE – einschließlich der Zahnmedizin und psychiatrischen Betreuung ein. Das ist die einzig wirklich große Sache, die Sie tun könnten, um das nationale Defizit zu reduzieren.

7. Setzen Sie das Glass-Steagall-Gesetz wieder in Kraft.
Sie müssen die strikte Regulierung von Wall Street, die von Reagan, Clinton, Bush senior und Bush junior entfernt wurden, wiederherstellen, sonst besteht die Möglichkeit, dass es noch einen viel schlimmeren Crash gibt. Gesetzesbrecher sollten auf die gleiche Weise verfolgt werden, mit der Sie augenblicklich gegen die Whistleblower und die Apotheken, die medizinisches Marihuana anbieten, vorgehen.

8. Reduzieren Sie die Kreditschulden für die Studenten.
Kein 22-Jähriger sollte die reale Welt bereits in einem virtuellen Schuldengefängnis betreten. Das ist grausam und in keiner anderen Demokratie ist das so wie bei uns. Sie haben das Richtige gemacht, die Banken als profitgierige Geldverleiher auszuschalten. Nun aber müssen Sie uns zurückbringen zu den Tagen, als Sie und ich Collegestudenten waren und eine gute Bildung genossen, die uns wenig oder fast gar nichts gekostet hat. Ein paar weniger Kriege würden einen großen Teil dazu beitragen, dies erschwinglich zu machen.

9. Bradley Manning muss freigelassen werden.
Beenden Sie die politische und gerichtliche Verfolgung eines amerikanischen Helden! Bush und Cheney belogen eine Nation, um uns zu überreden, einen Krieg zu beginnen. Manning hat angeblich die Dateien der Kriegsverbrecher gehackt und sie dann der amerikanischen Öffentlichkeit (und der Welt) zur Verfügung gestellt, damit wir die Wahrheit über den Irak und Afghanistan erfahren konnten. Unsere Geschichte ist voll von solchen Menschen, die „das Gesetz gebrochen" haben für eine große humane Sache. Der Armeespezialist Bradley Manning verdient eine Medaille, nicht das Gefängnis.

10. Fordern Sie uns auf, etwas zu tun.
Eines ist klar: Nichts von alledem ist möglich, wenn Sie nicht sofort die 63,5 Millionen mobilisieren, die Sie gewählt haben (und die anderen 40 Millionen, die für Sie sind, aber nicht zur Wahl gingen). Sie können das nicht allein tun. Sie brauchen eine Armee von gewöhnlichen Amerikanern, die für Sie kämpfen werden, während Sie eine gerechtere und friedvollere Nation bilden. In Ihrer Kampagne von 2008 waren Sie ein Pionier bei der Nutzung von sozialen Medien, die Ihnen diese Wahl gewinnen halfen. Über 15 Millionen von uns gaben Ihnen ihre Telefonnummern oder E-Mail-Adressen, damit Sie ihnen SMS oder E-Mails schicken konnten, in denen mitgeteilt wurde, was getan werden musste, um die Wahlen zu gewinnen. Dann, als Sie gewonnen hatten, war das so, als ob Sie die Löschtaste gedrückt hätten. Wir haben niemals wieder von Ihnen gehört (bis zum vergangenen Jahr, als Sie uns ständig per SMS baten, 25 Dollar zu spenden). Den Leuten, die für Internet und soziale Medien zuständig waren, hätte ein eigenes Büro im Westflügel zur Verfügung gestellt werden müssen, und wir hätten von Ihnen hören sollen. Muss ein Gesetz auf den Weg gebracht werden? Schreiben Sie uns und wir werden mobilisieren! Die Republikaner sind Dauerredner? Wir können sie stoppen! Sie akzeptieren nicht Ihren Kandidaten für den Posten des Außenministers? Wir werden sehen! Sie sagen, Sie seien ein Community Organizer. Bitte – agieren Sie wie einer!

Die nächsten vier Jahre können eine von diesen Amtsperioden sein, die den Kurs der USA verändern. Ich bin mir sicher, dass Sie danach beurteilt werden möchten, wie Sie sich für uns eingesetzt haben, die Mittelschicht wiederhergestellt haben, den Beschiss der Armen beendet haben und mit der übrigen Welt Freundschaft geschlossen haben, statt sie zu bedrohen. Sie können das vollbringen. Und wir können dabei helfen. Das Einzige, was im Wege steht, ist Ihr verständlicher Wunsch, mit den Republikanern „Kumbaya" zu singen. Verschwenden Sie nicht Ihren Atem. Deren behauptete Liebe zu Amerika wird negiert durch deren tiefen Hass auf Sie. Verschwenden Sie keine Minute an sie. Richten Sie die traurige Misere, in der wir uns befinden. Lesen Sie nochmal die Wahlresultate in diesem Monat. Wir sind auf Ihrer Seite!

Ihr Michael Moore

Übersetzt von Brigitte Queck
Herausgegeben von Susanne Schuster
Leicht gekürzte Fassung – d. Red.
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=8640
Lektoriert: Werner Horch

Alain Gresh

Der Traum von Gleichheit und Gerechtigkeit

Zwei fortschrittliche Bewegungen haben im 20. Jahrhundert die Welt entscheidend beeinflusst und ihre Völker und Kulturen geprägt: der **Sozialismus** und der **antikoloniale Befreiungskampf**.

Die erste Bewegung brachte die Wünsche und Hoffnungen der arbeitenden Menschen **in den kapitalistisch entwickelten Ländern** zum Ausdruck, ihren Willen, den ungezügelten Kapitalismus der industriellen Revolution zu überwinden und gegen Ausbeutung, Ungerechtigkeit, soziales Elend und Kinderarbeit zu kämpfen. Diese Arbeiterbewegung konnte viele Erfolge und Fortschritte erzielen, auch wenn sie manche Forderungen vernachlässigte, insbesondere die nach Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Utopie einer gerechten, klassenlosen Gesellschaft verblasste jedoch zunehmend, da sich im Westen die sozialdemokratischen Parteien mit einem »verbesserten« Kapitalismus zufriedengaben und im Osten der »real existierende Sozialismus« zu einem verblendeten autoritären Regime verkam.
Die Bilanz fällt aber nicht durchweg negativ aus. Die Emanzipationsbewegung der Arbeiter hat zwar keine Spuren in der Gestalt von Staaten hinterlassen: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) – der Staat, der anfangs die Hoffnungen auf eine universelle, nationenübergreifende Republik verkörperte – ist längst untergegangen, und die Volksrepublik China begreift sich heute eher als das wiedererstandene »Reich der Mitte«. Aber die Arbeiterbewegung hat immer wieder die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse infrage gestellt und das Streben nach internationaler Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Auch der antikoloniale Befreiungskampf hat das vergangene Jahrhundert stark geprägt. Ihm verdankt die große Mehrheit der Weltbevölkerung, dass sie aus dem »Vorzimmer der Geschichte« heraustreten konnte, in das der selbstsicher herrschende Westen sie eingesperrt hatte. Dieser sah vom hohen Ross seiner vermeintlichen Zivilisation auf die beherrschten Völker herab, deren Reichtümer und Bodenschätze er haben wollte, und empfand seine koloniale Herrschaft als ebenso selbstverständlich wie dauerhaft.
Beim ersten Kongress der Völker des Ostens, der im September 1920 in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku stattfand, erklärte der russische Revolutionsführer Grigori Sinowjew vor fast 2000 Delegierten, unter ihnen Araber und Kurden, Türken und Inder, Perser und Chinesen: *»(...) In diesem Saal haben sich die Vertreter von Völkern versammelt, die von der kapitalistischen Welt wie eine Herde von Lasttieren behandelt*

und zu ›primitiven Völkern‹ erklärt wurden. Über ihr Los schwieg sich die Bourgeoisie immer aus, weil sie sich in der Sicherheit wiegte, dass diese Völker nie aus ihrem Dämmerschlaf erwachen würden. – Aber diese Völker haben sich nun erhoben.«
Es mussten indes noch Jahrzehnte vergehen und viele (bewaffnete wie unbewaffnete) Kämpfe durchgefochten werden, bis aus der Vision Wirklichkeit wurde und das Kolonialsystem zusammenbrach. Außerdem war der Weg in die Unabhängigkeit viel beschwerlicher, als die revolutionären Utopien versprochen hatten. Die nachkoloniale Zeit erwies sich als mühsam und bedrückend, die auf die Kolonisatoren folgenden nationalen Herrschaftseliten als nicht weniger profitgierig und parasitär.
Dennoch waren die Errungenschaften in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit nicht unerheblich, vor allem im Erziehungs- und Gesundheitswesen. Die politische Unabhängigkeit entwickelte sich, zumindest ansatzweise, zur Selbstbestimmung über die eigene Entwicklung. Die geopolitischen Folgen dieser Umwälzungen spiegeln sich in den Vereinten Nationen wider, die im Jahr 1944 50 Gründungsmitglieder zählten und heute 193 Mitgliedstaaten umfassen.

Seit den 1990er Jahren trat jedoch die **Krise der revolutionären Bewegungen** mehr und mehr zum Vorschein, nachdem sich auch die Länder der Dritten Welt zunehmend auf mehr oder weniger marktförmige Entwicklungsmodelle verpflichtet hatten. Bedeuten diese schleichenden Veränderungen nun einfach das »Ende der Geschichte« und der Hoffnungen? Erleben wir den weltweiten Triumph des wirtschaftsliberalen Modells mit seinen Ungerechtigkeiten und sozialen Spaltungen? Ist nicht die Macht des Westens, trotz des veränderten Stimmenverhältnisses in den UN-Gremien, erhalten geblieben? Hat nicht die Nato ihren Einflussbereich bis nach Afghanistan ausgedehnt, während die USA den Irak zu »befrieden« versuchten?

Trotz aller Gegenkräfte ist unter unseren Augen eine neue Welt entstanden. Ihre Konturen treten erst undeutlich hervor, auch weil es ein **Wandel voller Widersprüche** ist. Wir erleben den Rückgang der Armut und zugleich die anhaltende Unterernährung von Millionen Menschen; den Klimawandel und die Entwicklung der erneuerbaren Energien; neue Infektionskrankheiten und Fortschritte bei der Aids-Bekämpfung; weltweit Steueroasen und die rasante Entwicklung der Informationstechnologien; verschärfte staatliche Repression im Namen des »Kampfes gegen den Terror« und erstarkende Freiheitsbewegungen … Beides, sowohl die Fortschritte als auch die neuen Gefahren – weit ernstere als al-Qaida oder der islamische »Fundamentalismus« –, verstärken weltweit die sozialen Folgen der wirtschaftsliberalen Politik: Das zeigen nicht zuletzt die Millionen von Arbeitslosen und die Ausbreitung prekärer Beschäftigung, deren Hauptopfer die Frauen sind.

In dieser bereits äußerst komplexen Lage ereignete sich **2007/2008 ein Schock**, wie ihn das kapitalistische System seit 1927 nicht mehr erlebt hatte. Er erschütterte nicht nur die Wirtschafts- und Finanzwelt, sondern auch Kultur und Politik. Damit traten **neue globale Herausforderungen** zutage, wobei auch die Weltwirtschaftskrise von 2007/2008 bei den Betroffenen gefährlich widersprüchliche Reaktionen hervorrief: von der politischen Apathie über den Aufruf zum »Kampf der Kulturen« gegen »unzivilisierte« Völker bis hin zu Fremdenfeindlichkeit.
Seither formiert sich aber auch ein **nationaler und internationaler Widerstand**, der seine Hoffnung auf mehr Gleichheit setzt und sich gegenwärtig unter dem Namen der »**Empörten**« (Indignados) versammelt. Sie wenden sich gegen die globale Herrschaft der 1-Prozent-Elite und deren Welt, die den 99 Prozent verschlossen bleibt. **Ihr Traum gilt einer erneuerten Demokratie und erweiterten Freiheitsrechten für alle**.

Von Marokko bis in den Irak hat der »**arabische Traum**« die alten, über Jahrzehnte herrschenden Regime erschüttert. In Tunesien und Ägypten, in Libyen und dem Jemen wurden die alten Autokraten gestürzt, doch die überkommenen Strukturen erweisen sich als sehr beharrlich, während andernorts die politische Repression anhält. Diese Aufstände bezeugen die verändernde Kraft sozialer Bewegungen, die von unten, dezentral und in Netzwerken organisiert sind. Twitter und Facebook haben, zum Teil auch grenzüberschreitend, zu einer massenhaften Mobilisierung beigetragen, wie sie erstmals bei den globalisierungskritischen Initiativen nach 2000 gelungen war. Aber das **Fehlen einer politischen Kraft**, die in der Lage wäre, den Wandel vorzudenken und umzusetzen, die Neuartigkeit vieler Probleme und das Ausmaß der Herausforderungen – das alles erklärt die tastenden Versuche und die Unsicherheit dieser Proteste.

Diese Unsicherheiten werden andauern, während **die globale Landschaft sich langsam, aber unaufhaltsam verändert.** Länder, bei denen sich – wie in China, Indien, Brasilien und Südafrika – eine neue ökonomische Dynamik mit nationalem Selbstbewusstsein verbindet, beanspruchen ihren Platz auf der internationalen Bühne und lassen plötzlich **eine Welt mit mehr als zwei Machtzentren erahnen.**

Ende 2011 haben sich die USA aus dem Irak zurückgezogen, ein Abzug, der die Grenzen ihrer militärischen und politischen Macht deutlich macht. Auch die Ankündigung eines beschleunigten Rückzugs der Nato aus Afghanistan, das Vordringen der Taliban und die zunehmende Isolierung der Karsai-Regierung, die sich 2009 nur durch Wahlbetrug an der Macht halten konnte, dokumentieren einen entscheidenden Wandel: **Die Zeiten des Kolonialismus sind endgültig vorbei**, kein Land kann mehr dauerhaft über das Schicksal eines anderen bestimmen. Die USA und Europa sollten diese Lektion beherzigen, während schon wieder die Trommelwirbel eines Kriegs gegen den Iran erschallen.

Nichts spricht dafür, dass diese neue Welt, in der die Macht weniger konzentriert und breiter verteilt ist, friedlicher oder stabiler sein wird als die vergangene, zumal die Vereinten Nationen große Mühe haben, geeignete Instrumente der politischen Regulierung zu entwickeln. Und unter den aufstrebenden Schwellenländern ist bislang kein einziges auszumachen, das sich von der »Diktatur der Märkte« befreien wollte. Dennoch bedeutet das Erstarken von Völkern, die bislang keinen großen Einfluss auf die Geschichte nehmen konnten, für die globalen Machtbeziehungen einen Schritt zu mehr Gleichberechtigung.

Der Traum von einer besseren, gerechteren Welt hat die Jahrhunderte überdauert. Die Utopien von heute mögen mit den Hoffnungen von gestern nicht viel mehr gemein haben als das Streben nach einer besseren Zukunft. Doch dieses Streben hat seit jeher eine Vielzahl von Menschen beseelt, die für ihre Zukunftshoffnungen brennen.

Michel Husson

Der Boomerangeffekt der Globalisierung

Die vier Umbrüche der innerhalb der Weltwirtschaft

Die 2007 ausgebrochene Finanzkrise hat schnell, wenn auch unterschiedlich stark, die gesamte Weltwirtschaft erfasst. Um das Ausmaß dieser Brüche zu verstehen, muss man die letzten vierzig Jahre betrachten.

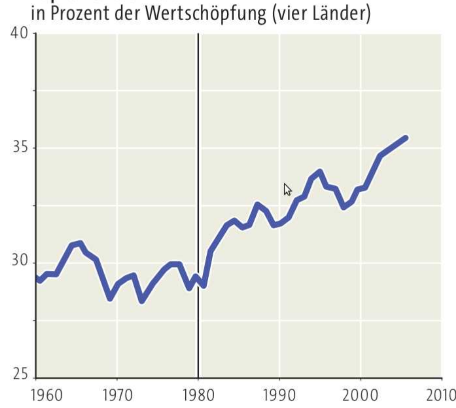


Die Rezession der Jahre 1974 und 1975 beendete das »Goldene Zeitalter« eines etwa dreißig Jahre währenden, politisch maßvoll regulierten Wohlfahrtskapitalismus. Als Antwort auf diese Rezession wurde in den 1980er Jahren die neue wirtschaftspolitische Strategie des neoliberalen Kapitalismus entwickelt. Dieser wiederum geriet seit 2007 selbst in die Krise. Was wir gegenwärtig erleben, ist gewissermaßen die Krise der **Scheinlösungen** der vergangenen Krisen,

Die **große Wende der 1980er Jahre** führte zu einer Reihe von Veränderungen (S. die Schaubilder). Der Charakter der gesamten Entwicklung lässt sich in vier Dimensionen des Umbruchs zusammenfassen:

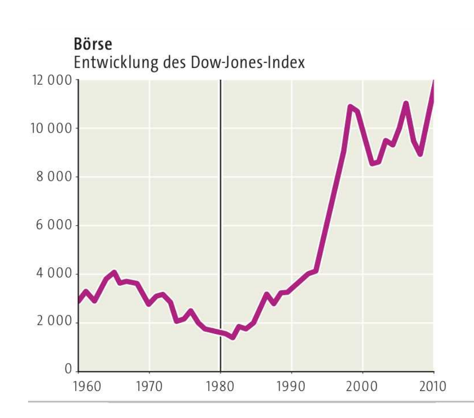
Erster Umbruch: Die Profitrate (ihr Anteil am Nationaleinkommen) steigt tendenziell.

Der Kapitalismus der Wohlstandsjahre zwischen 1945 und 1973 konnte die gewohnte Profitrate nicht auf Dauer sichern: Sie sank seit dem Beginn der Rezession von 1967 in den USA kontinuierlich bis Anfang der 1980er Jahre. Die neoliberale Wende der Wirtschaftspolitik führte zu sinkenden Lohnquoten; dieses - ergänzt um weitere krisenträchtige Maßnahmen,- stellte die Rentabilität der Unternehmen wieder her.



Zweiter Umbruch: Die Finanzialisierung setzt sich durch.

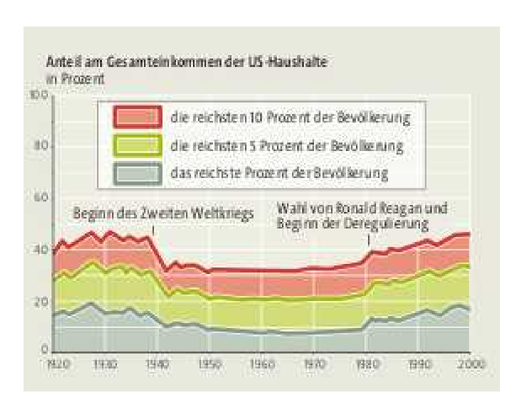
In dieselbe Zeit fällt vor allem die »Finanzialisierung« der wirtschaftlichen Prozesse. Von der steigenden Macht der Finanzmärkte zeugt der spektakuläre Höhenflug der Börsenkurse in der ganzen Welt. Diese waren zuvor eng an die realen Werte der Aktiengesellschaften gekoppelt und daher relativ stabil geblieben. Seit 1985 wachsen die Börsenwerte jedoch sehr viel stärker und mit großen Schwankungen. Damit koppeln sie sich von den Gewinnerwartungen der Unternehmen ab. Gleichzeitig setzt sich, in dieser Dimension neu, der freie Kapitalfluss im internationalen Maßstab durch und entwickelt sich unabhängig vom Warenaustausch auf den internationalen Märkten.



Ab den 90er Jahren wächst der Anteil der Finanzguthaben an der weltweiten Reichtumsproduktion, was die Beschleunigung der finanziellen Globalisierung betont. Mit dieser Finanzialisierung gehen die weiteren Entwicklungen des Wirtschaftsmodells einher:
Das Sinken der **Lohnquote** im BIP führt zum Problem der **Absatzmärkte** für die hergestellten Produkte. Als Lösung animiert man die Haushalte zur Aufnahme von Krediten – besonders in den USA ist so eine Überschuldung zu verzeichnen. Niedrigere Löhne und Überschuldung einerseits, Auslandsinvestitionen und Betriebsverlagerungen andererseits führen zu **weltweiten Ungleichgewichten**, vor allem ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Die Finanzmärkte sichern weltweit die erforderlichen Finanzierungsflüsse.



Eine solche globale Konfiguration führt zwangsläufig zu einer Zunahme der **Einkommensungleichheiten**. Während sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bevölkerung der Einkommensanteil der reichsten 1 Prozent verringerte, kehrte sich diese Entwicklung seit Anfang der 1980er Jahre radikal um. Nie seit den 60er Jahren ist die Kluft größer gewesen als jetzt. Eine massive Lohndrückerei und ein riesiges Wachstum der Finanzeinkommen erklären dieses Phänomen.



Dritter Umbruch:
Die Arbeitsproduktivität wächst langsamer.

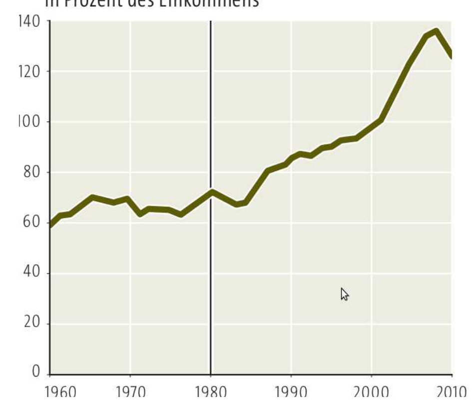
Die Dynamik des Kapitalismus beruht auf seiner Fähigkeit, in einer bestimmten Arbeitszeit immer mehr Güter und Dienstleistungen produzieren zu lassen. Dieser Produktivitätszuwachs ermöglichte es, eine wachsende Kaufkraft der Lohnempfänger mit der Rentabilität des Kapitals zu vereinbaren. Nachdem die Produktivität in den 1950er, 1960er und auch noch 1970er Jahren stark gestiegen war, **erschöpfte sich der Produktivitätszuwachs** und darin liegt die **Hauptursache** der Krise jenes kapitalistischen Wirtschaftsmodells.

Vierter Umbruch:
Der Boomerangeffekt der Globalisierung

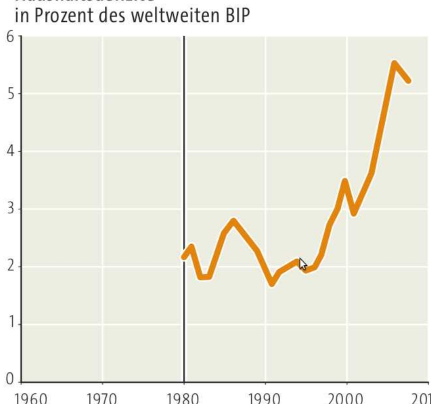
Der Machtzuwachs der Schwellenländer verändert die Welt. Der Anteil allein der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) an der weltweiten Weltwirtschaftsleistung ist von 7,5 Prozent im Jahr 1990 auf 17,7 Prozent im Jahr 2010 gestiegen.
1990 waren die traditionellen Industrieländer zu 70 Prozent am Welthandel mit Fertigprodukten beteiligt, 2010 sind es nur noch 50 Prozent.
Während sich der Produktivitätszuwachs in der kapitalistischen »alten Welt« weiter verlangsamt, steigt er in den Schwellenländern an und macht sie zu den Motoren der Weltwirtschaft.

Bis jetzt konnte man dem neoliberalen Modell eine bestimmte Koherenz attestieren, da alle diese oben beschriebenen Maßnahmen in sich verschachtelt waren und sich gegenseitig ergänzten. Aber eine solche Koherenz konnte nur aufrechterhalten werden durch die nicht endende Fortführung dieser Tendenzen: relatives Absenken der Löhne, höhere Verschuldung, Zunahme der Finanzanlagen, usw. Anders gesagt, das Vorhaben des Kapitalismus, trotz der Abschwächung des Produktivitätszuwachs höhere Profite zu erzielen, konnte nur geschehen durch wachsende Verzerrungen bei den makroökonomischen Gleichgewichten, die zwangsläufig irgendwann an ihre Grenzen stoßen mussten.

Als **schwächstes Glied** in der Kette erwies sich die **Schuldenexplosion** durch Bankkredite, vor allem auf dem Feld der Immobilien (Subprime). Die Tatsache, dass die Krise im Finanzbereich begonnen hat, ändert jedoch nichts an ihrem systemischen Charakter.



Daher die Schwere dieser Krise, die sozusagen zur Lebensdauer dieses neoliberalen Modells proportional ist – Es ist zu befürchten, dass ebenso viel Zeit benötigt wird, um den Weg zurückzugehen. Klaus Schwab – der Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos „Wir werden für die Sünden der Vergangenheit zahlen müssen“ (ohne anzugeben, wer eigentlich dieses „wir“ ist!)



Man muss darüber nachdenken, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um zu einer »entfinanzialisierten«, nach sozialen Maßstäben regulierten Wirtschaft zurückkehren zu können. Es gilt also die wirtschaftlichen und politischen Zwänge zu identifizieren, die seit den 1980er Jahren den Keim zur gegenwärtigen Krise gelegt haben.

Profitlogik gegen die Logik der Bedürfnisse

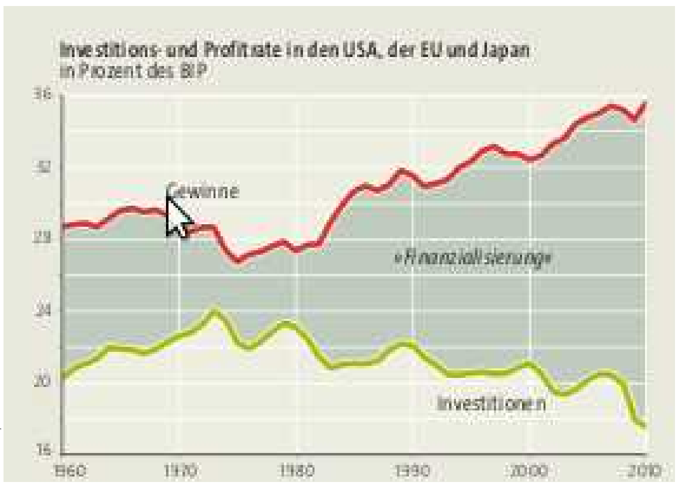
Lieber gar nicht produzieren als nicht rentabel genug – das ist die Devise des neoliberalen Kapitalismus. Und die Rentabilität wird durch die am Kapitalmarkt zu erzielende Rendite vorgegeben – ist sie nicht ausreichend, dann wandern Investitionen in den Finanz- und nicht in den realen Sektor.

Alles läuft so ab, als müssten die sozialen Bedürfnisse nur dann befriedigt werden, wenn sie mit den Kriterien der »**Hyperrentabilität**« vereinbar sind, die durch die Anforderungen der Finanzmärkte ständig verschärft werden. Das erklärt die relative **Erschlaffung der Investitionen**, die zumindest in der alten kapitalistischen Welt nicht dem Anstieg des Profits gefolgt sind.

Die Reaktion auf diese wachsende Kluft zwischen den Rentabilitätsanforderungen und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse besteht in einer weiteren umfassenden „Kommodifizierung“ mit sich: die Privatisierung ganzer Bereiche der Wirtschaft und das langsamere Wachsen bzw. die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Beide Maßnahmen gehen in der Regel mit »Steuerreformen« und einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme einher. Die Staatsausgaben, die im neoliberalen Modell als »unproduktive Kosten« gelten, sollen reduziert werden, um das Feld der gewinnbringenden Privatinvestitionen zu erweitern. Die sozialen Folgen sind bekannt: Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und wachsende soziale Unsicherheit.

In den Schwellenländern, deren Wirtschaft durch das Wirken eines »wilden Kapitalismus« - ähnlich der industriellen Revolution in England - emporschnellte, schließt das machtvolle Wachstum ganze Bevölkerungsschichten aus, und die soziale Ungleichheit wird trotz eines Rückgangs der Armut nicht geringer.

Die Finanzkrise trifft auf die Welternährungskrise, die einen bedeutenden Teil der Weltbevölkerung trifft. Solche Probleme haben keineswegs »natürliche« Ursachen, sondern sind nur eine weitere Folge der Finanzialisierung. Die Öffnung für den Weltmarkt, die die Lohndeflation in den Industriestaaten begünstigt, führt im Süden zur Zerstörung großer Bereiche der traditionellen Landwirtschaft. Zahlreiche Länder können sich nicht mehr selbst versorgen,



sondern müssen immer mehr importieren. Die Lebensmittel werden zur »allgemeinen« Ware und damit zu Spekulationsobjekten, auch wenn dadurch Millionen Menschen auf der Welt nicht genug zu essen haben. Hungeraufstände sind seitdem die Regel.

Die Unterordnung lebensnotwendiger Bedürfnisse unter die Marktlogik führt zu einer schwelenden Legitimitätskrise des Systems, die sich zur **Demokratiekrise** auswachsen kann. Die Unterwerfung der Regierungen unter die Finanzmärkte, auf deren »gute Laune« sie ständig bedacht sind, anstatt das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen, rauben den demokratischen Systemen ihre Legitimität. Das zeigt etwa der Austausch von Regierungen unter dem Druck der Geldgeber in Griechenland oder Italien. Die »Expertenregierungen« sehen sich nicht mehr den Wählerinteressen verpflichtet, sondern vollstrecken den Willen des internationalen Kapitals. Der allgemeine Legitimitätsverlust verschafft sich in verschiedenen Formen Ausdruck: in der Arabellion, der Bewegung der „Indignados" (In Griechenland, Spanien, ja sogar in den USA), der globalen Occupy-Bewegung bis hin zu den sozialen Protesten von China bis England.

Abbau der Finanzialisierung und Schaffung eines neuen Gleichgewichts der Weltwirtschaft

Während der neoliberalen Phase fungierte das Tandem China/USA als einer der entscheidenden Wachstumsmotoren. Dieses Arrangement ist jedoch aus zwei Gründen brüchig geworden.
Auf der Seite **Chinas** führen die sozialen und demografischen Spannungen zur **Rückbesinnung auf den Binnenmarkt** (beziehungsweise auf den Markt Asiens). Dadurch wird die Finanzierung des US-amerikanischen Defizits durch die chinesischen Überschüsse infrage gestellt.
Das in den **USA** bisher vorherrschende Modell des Wachstums auf Kredit kann so nicht länger funktionieren. Die Wiederherstellung eines Gleichgewichts ist nur durch eine geringere Wachstumsrate erreichbar.
In **Europa** hat die Staatsschuldenkrise enthüllt, wie wackelig und unvollständig die europäische Konstruktion ist. Der alte Kontinent befindet sich also vor dem Dilemma, entweder auseinanderzubrechen oder sich umfassend neu zu begründen.

Trotz unterschiedlicher Bedingungen in den USA und in Europa heißt die entscheidende Frage heute: Wer soll die Schulden bezahlen, die der Staat in der Finanzkrise durch seine Rettungsaktionen des Privatsektors in seine Bücher übernommen hat, ohne sie zu annullieren? Das ist weniger eine ökonomische als vor allem eine politische und soziale Frage. Da die Regierungen über kein Ersatzmodellverfügen , sind sie versucht, die Gelegenheit zu nutzen, um mit einer **Schocktherapie** die neoliberalen „Reformen" zu vertiefen und die Sonderziehungsrechte des Finanzkapitals auf den »Reichtum der Nationen« zu bewahren.

Die notwendige Neuausrichtung der Wirtschaft kann keine bloße Rückkehr zur Vergangenheit sein, denn **der radikale Wandel der Welt ist unumkehrbar**. Das wirtschaftliche Gewicht der Schwellenländer wird ebenso weiter wachsen wie – mit Ausnahme Chinas - ihr Anteil an der Weltbevölkerung : Im Jahr 2100 werden die Menschen in den alten Industriestaaten nur noch 13 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, 1960 waren es noch 30 Prozent.

Die Herausforderungen des Klimawandels

Es gibt keine unmittelbaren ökologischen Ursachen, welche die Krise mit ausgelöst hätten. Umgekehrt jedoch hat die Krise Auswirkungen auf den Umgang mit den Herausforderungen des Umweltschutzes. Kurzfristig treibt jeder Aufschwung den Ölpreis in die Höhe und verstärkt das bereits existierende Ungleichgewicht, so dass die ökonomische Krise auch eine Energiekrise wird. Mittelfristig erschwert die sogenannte Antikrisenpolitik mit ihren staatlichen Budgetrestriktionen die Umsetzung von Investitionsprogrammen, die für die Entwicklung erneuerbarer Energien und alternativer Transportmittel oder für die Wärmedämmung von Wohnhäusern notwendig wären.

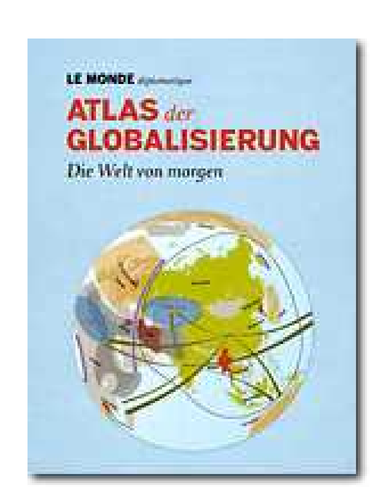
Langfristig beeinflusst die Klimafrage ohnehin die Möglichkeiten, aber auch den Inhalt und die Qualität des weltweiten Wachstums. Bisher führte jeder »Fortschritt« (konventionell gemessen am weltweiten Pro-Kopf-BIP) zu einer Erhöhung der CO_2-Emissionen. Wenn diese Kopplung nicht aufgelöst wird, lässt sich die Fortsetzung des Wachstums nicht mit den Reduktionszielen für diese Emissionen vereinbaren, obwohl gerade eine solche Reduktion der Motor für ein **Wachstum »neuen Typs«** sein könnte.

Dieser kurze Überblick macht deutlich, dass die Krise der letzten Jahre mitnichten konjunkturell bedingt ist. Deshalb führen auch die heute angebotenen Lösungsrezepte in die Sackgasse. Der Versuch, zu einem Business as usual zurückzukehren, indem man die Wiederinbetriebnahme des neoliberalen Modells gewaltsam durchsetzt, ist zum Scheitern verurteilt, denn die wichtigsten Stellschrauben dieses Modells sind dauerhaft beschädigt.

Auch der Traum von der **Rückkehr** zu einem »regulierten Kapitalismus« nach Art des »goldenen kapitalistischen Zeitalters« kann nur als **Illusion** bezeichnet werden. Um die Funktionsstörungen zu beseitigen, die zur Krise geführt haben, wäre eine Ökonomie vonnöten, die eine verminderte Kapitalrentabilität mit einer gerechteren Verteilung des Reichtums verbindet. Es stellt sich aber die Frage, ob solche Ziele mit dem Kapitalismus kompatibel sind.

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von Le Monde Diplomatique/TAZ
http://www.monde-diplomatique.de/pm/.atlas_der_globalisierung

Wir haben zur Grundlage der Veröffentlichung die französische Version des Textes genommen (Mondes émergents, Atlas du Monde diplomatique 2012, Seite 10-15,s. http://hussonet.free.fr/textes.htm) und die deutsche Übersetzung dementsprechend modifiziert.(SiG-Redaktion)



Europa und der globale Imperialismus heute
Referat von Conrad Schuhler beim 19. Friedenspolitischen Ratschlag in Kassel am 2. Dezember 2012
http://www.isw-muenchen.de/

Jean Ziegler
Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen

Der Schweizer Jean Ziegler war der erste UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und ist heute Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates.

Interview: Peter Wolter, 16.11.2012

Wir lassen sie verhungern« heißt Ihr neues Buch – Untertitel: »Massenvernichtung in der Dritten Welt.« Wer ist verantwortlich dafür, daß Millionen Menschen jedes Jahr verhungern?

Der »World Food Report« der UN sagt: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 57000 Menschen jeden Tag. Von den sieben Milliarden Menschen, die es heute auf der Welt gibt, ist ein Siebtel permanent schwerstens unterernährt. Zugleich stellt der Report aber fest, daß die Weltlandwirtschaft nach dem heutigen Stand der Produktivkräfte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren kann. Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten gibt es heute keinen objektiven Mangel mehr – das Problem ist nicht die Produktion, sondern der Zugang zur Nahrung. Und der hängt von der Kaufkraft ab – jedes Kind wird ermordet, das während unseres Gesprächs verhungert.

Wer also sind die Herren dieser kannibalischen Weltordnung? Da möchte ich zunächst die zehn größten multinationalen Konzerne nennen, die 85 Prozent der weltweit gehandelten Lebensmittel kontrollieren – sie entscheiden jeden Tag, wer ißt und lebt, wer hungert und stirbt. Ihre Strategie ist die Profitmaximierung:
Die US-Firma Cargill Incorporated hat vergangenes Jahr 31,8 Prozent des weltweit gehandelten Getreides kontrolliert, die Dreyfus Brothers 31,2 Prozent des Reises.

Ich will kurz die **vier wichtigsten Mechanismen** identifizieren, die den Hunger verursachen.

Zunächst wäre da die **Börsenspekulation mit Grundnahrungsmitteln.** Der internationale Banken-Banditismus hatte 2007/2008 an den Finanzbörsen rund 85000 Milliarden Dollar Vermögenswerte vernichtet. Seitdem sind die meisten Hedgefonds und Großbanken auf die Rohstoffbörsen umgestiegen, vor allem auf Agrarprodukte. Wie gehabt wird auch auf diesem Sektor weiter mit Derivaten, »Short Selling« und anderen legalen Finanzinstrumenten gehandelt, um mit Reis, Mais und anderem Getreide astronomische Profite einzufahren. Mais z. B. ist auf dem Weltmarkt in den vergangenen zwölf Monaten um 63 Prozent teurer geworden, die Tonne Weizen hat sich auf 272 Euro verdoppelt, der Preis für philippinischen Reis ist regelrecht explodiert: von 110 auf 1 200 Dollar.
Laut Weltbank müssen 1,2 Milliarden Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag leben – sie hausen in den Slums der Welt: in Manila, Karatschi, Mexiko-Stadt, Sao Paulo usw. Von dieser winzigen Summe müssen Mütter ihre Kinder ernähren – wenn die Lebensmittelpreise explodieren, verhungern sie.



Ein zweiter mörderischer Mechanismus ist **der zunehmende Einsatz von Agrar-Treibstoffen**. Alleine in den USA wurden 2011 aus 138 Millionen Tonnen Mais und Hunderten Millionen Tonnen Getreide Biomethanol und Biodiesel hergestellt. Das Land verbraucht jeden Tag das Äquivalent von 20 Millionen Barrel (158 Liter) Erdöl – zwischen Alaska und Texas werden aber nur acht gefördert. Zwölf müssen eingeführt werden, aus Irak, Nigeria, Zentralasien, Saudi-Arabien und anderen gefährlichen Ländern.
Das bedeutet, daß die USA unglaubliche Summen für ihr Militär ausgeben müssen, Obama will daher fossile durch vegetale Energie ersetzen. Aber Hunderte von Millionen Tonnen Nahrungsmitteln auf einem Planeten zu verbrennen, wo alle fünf Sekunden ein Kind verhungert, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der dritte Mechanismus ist die **Überschuldung der ärmsten Länder**. Von den 54 Staaten Afrikas sind 37 reine Agrarstaaten mit meist geringer Produktivität. Sie haben kein Geld, um in Bewässerung, Agrartechnik oder Dünger zu investieren. Nur 3,8 Prozent der Fläche Schwarzafrikas ist bewässert – auf dem Rest wird Regenlandwirtschaft wie vor 5000 Jahren betrieben. In einem normalen Jahr – ohne Krieg, Dürre oder Heuschrecken – wird in der Niger/Sahel-Zone durchschnittlich 600 bis 700 Kilogramm Getreide pro Hektar geerntet. In Baden-Württemberg hingegen sind es 10000 Kilogramm. Der deutsche Bauer ist nicht fleißiger oder klüger als sein afrikanischer Kollege – im Unterschied zu ihm hat er aber Mineraldünger, selektiertes Saatgut, Bewässerung, Traktoren etc. Dem afrikanischen Bauern kann auch sein Staat nicht helfen – der hat nämlich nur Schulden.
An diesem Punkt kommen öffentliche Finanzinstitute wie die Weltbank oder die Europäische Entwicklungsbank ins Spiel. Die sagen diesen Staaten: Baut Eure Schulden dadurch ab, daß Ihr das Ackerland Hedgefonds und Investoren überschreibt. »Landgrabbing« nennt sich das, alleine in Afrika waren es im vergangenen Jahr 41 Millionen Hektar. Diese Investoren haben Kapital, Technik, Transportmittel und Handelsbeziehungen. Sie pflanzen auf diesem Land dann Produkte an wie Avocados, Südfrüchte, Kaffee etc – für den Export nach Europa oder Nordamerika. Für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung bleibt nichts übrig.

Einen vierter Mordmechanismus ist das **Agrardumping**. Auf jedem afrikanischen Markt können sie heute frisches Gemüse, Geflügel und Früchte aus Italien, Frankreich oder Deutschland kaufen, je nach Saison um die Hälfte oder ein Drittel billiger als gleichwertige einheimische Erzeugnisse. Ein paar Kilometer weiter rackert sich der afrikanische Bauer mit Frau und Kindern in brüllender Hitze ab und hat nicht die geringste Chance, auch nur das Existenzminimum für seine Familie zu erwirtschaften.
Das, was die Kommissare in Brüssel anrichten, ist abgrundtief verlogen: Durch ihre Dumpingpolitik fabrizieren sie den Hunger in Afrika – und wenn die Hungerflüchtlinge sich nach Europa retten wollen, werden sie mit militärischen Mitteln brutal ins Meer zurückgeworfen, wo jedes Jahr Tausende ertrinken.

Gibt es eine Schätzung, wie viele Menschen durch die Wirtschaftspolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten ums Leben gekommen sind?

Laut ECOSOC-Statistik sind vergangenes Jahr 52 Millionen Menschen Epidemien, verseuchtem Wasser, Hunger und Mangel-

krankheiten zum Opfer gefallen. Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in wenig mehr als einem Jahr.

Haben Sie mit Ihrer Arbeit in den UN etwas bewegen können?
Wohl eher mit meinen Veröffentlichungen. Mein Buch basiert nicht nur auf Statistik, es ist auch ein Erlebnisbericht, ich habe die Lage in vielen Ländern an Ort und Stelle studiert. Ich kann jetzt genau sagen, wer die Halunken sind – kann aber auch darauf hinweisen, welche Hoffnungen es gibt.

Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen. Solange wir schweigen, sind wir Komplizen der Mörder. Che Guevara hat gesagt: »*Auch die stärksten Mauern fallen durch Risse*« – und diese Risse werden zunehmend sichtbar! Immer mehr Menschen wird es klar, daß diese **kannibalische Weltordnung** von Menschen gemacht wurde und auch von ihnen gestürzt werden kann. Mit der Mobilisierung der Zivilgesellschaft – ATTAC, Greenpeace, Via Campesina usw. – ist ein neues historisches Subjekt entstanden. Ihr einziger Motor ist der moralische Imperativ – Immanuel **Kant** hat gesagt: »*Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.*«
Da möchte ich Deutschland hervorheben: Dieses Land ist die wohl lebendigste Demokratie Europas und immerhin die drittgröße Wirtschaftsmacht der Welt. Das Grundgesetz gibt alle Waffen in die Hand, um die mörderischen Mechanismen, die Millionen Menschen durch Hunger töten, auf demokratischem und friedlichem Wege zu brechen. Karl Marx sagt: »*Der Revolutionär muß imstande sein, das Gras wachsen zu hören*« – der Aufstand des Gewissens in Europa steht bevor.

http://www.jungewelt.de/2012/11-16/053.php

Österreich: Plattform „Wir haben es satt!“ fordert radikale Wende in der EU-Agrarpolitik

Die Verhandlungen über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) gehen in die heiße Phase. Landwirtschaftsminister Berlakovich verweigert dabei den Dialog mit ihm nicht genehmen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Er verstößt damit gegen den von der EU-Kommission vorgeschriebenen Beteiligungsprozess.* Die breite zivilgesellschaftliche Plattform ***„Wir haben es satt! – eine neue Agrar- und Ernährungspolitik jetzt!“*** hat daher am 26.11. in Perchtoldsdorf einen Protestbrief an EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş übergeben. Darin wird Cioloş ersucht Berlakovich aufzufordern, die politische Beteiligung der Zivilgesellschaft nicht länger zu blockieren.
„*Berlakovich betreibt reine Show-Demokratie. Er blockiert jegliche Transparenz und Beteiligung im Bereich der GAP-Reform. Informationen zum Diskussionsstand oder vorläufige Ergebnisse sind unzugänglich. Entgegen seinen eigenen Ankündigungen wurden wir weder zu Arbeitsgruppen noch zu Gesprächen geladen. Der Minister bevorzugt den Dialog mit dem Bauernbund und sorgsam ausgewählten Organisationen. Kritische Stimmen werden nicht gehört*“, kritisiert Ludwig Rumetshofer von AgrarAttac.
„Wir haben es satt!“ kämpft für eine Agrarreform, die sicherstellt, dass Lebensmittel in Europa ökologisch und nachhaltig erzeugt werden, dass BäuerInnen und LandarbeiterInnen ausreichende Einkommen erzielen und dass europäische Lebensmittelexporte die landwirtschaftlichen Ökonomien anderer Länder nicht schädigen. Dafür ist ein radikales Umdenken in der europäischen Agrarpolitik nötig. „*Die aktuelle Agrarindustrie in Europa verursacht Dioxinskandale, Gentechnik im Essen und Tierleid in Megaställen. Sie verschärft Hungerkrisen, den Klimawandel und das Höfesterben. Zurück bleiben ausgeräumte Landstriche und Monokulturen. Eine Reform der EU-Agrarpolitik muss die Weichen völlig neu stellen*“, fordert Heidi Porstner von GLOBAL 2000.
Auch in Österreich werden die Agrarindustrie und Raiffeisen mit Millionen an Subventionen bedacht, was die Marktkonzentration dramatisch beschleunigt. „*Die Großen müssen noch größer werden, die Kleinen müssen aufgeben*“, kritisiert Marianne Helm vom Unabhängigen Bauernverband.

„*Wir haben es satt!“ fordert:*
- Agrargelder an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien binden
- Heimisches Futter statt importierte Gentechnik-Soja fördern
- Verzicht auf energieintensive Kunstdünger und humuszerstörende Praktiken
- Pestizideinsatz reduzieren, Biodiversität schützen
- Ausbau der biologischen Landwirtschaft
- Natur schützen statt Boden versiegeln
- Respekt für Tiere statt industrialisierter Fleischproduktion
- Nachhaltige Lebensmittelproduktion statt Agrotreibstoffe
- Irreführende Werbung stoppen
- Faire Regeln statt liberalisierte Agrarmärkte, Spekulationen und Exportsubventionen
- Förderung der Vielfalt an Nutzpflanzensorten und Nutztierrassen, statt Monokulturen



- Patente auf Pflanzen und Tiere verbieten
- Ausbeutung (migrantischer) ArbeiterInnen in der Landwirtschaft verhindern.

----* *Berlakovich Vorgehen widerspricht den von der EU-Kommission ausdrücklich festgehaltenen Prinzipien der „breiten Repräsentativität“, der „aktiven Einbeziehung aller Stakeholder“, der Transparenz hinsichtlich der Auswahl der Partner sowie der Veröffentlichung aller relevanten Ergebnisse.*

Initiator_innen der Plattform: Attac Österreich, FIAN Österreich, Global2000, Greenpeace, Grüne Bäuerinnen und Bauern, IG-Milch, ÖBV-Via Campesina Austria, Unabhängiger Bauernverband
Unterstützer_innen: Agrarbündnis Österreich, ARCHE NOAH, ARGE Schöpfungsverantwortung, ARGE Weltläden, BI Rettet die Lobau – Natur statt Beton, Brot für die Welt, Erde & Saat, EVI Naturkost St. Pölten, IG – Fleisch OÖ, Landesverband für Bienenzucht, Plattform Zukunft statt Autobahn, PRO-GE, Slow Food, Südwind, UBV Steiermark, Verein gegen Tierfabriken VGT, VIER PFOTEN-Stiftung für Tierschutz, VIRUS, Welthaus Diözese Graz-Seckau, WIDE Österreich

Quelle: http://www.attac.at/news (26.11.2012)

Weitere Materialien zur EU-Agrarpolitik
http://www.viacampesina.at
Video zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU (4 min):
http://www.attac.tv/de/2011/11/16565
S. auch:
http://www.attac.at/kampagnen/stopp-lebensmittelspekulation.html

Unter dem Motto "Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Jetzt!" ruft ein breites *Bündnis aus den Bereichen Tier- und Umweltschutz, Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit zur* ***Demonstration am 19.Januar in Berlin*** *auf, um ein Zeichen für eine bäuerliche, ökologischere und faire Landwirtschaft setzen. Anlass ist der Internationale Agrarministergipfel während der Grünen Woche in Berlin.*
www.wir-haben-es-satt.de

Robert Weil
Was für einen Unterschied eine Revolution macht!
Zum Kontrast zwischen Indien und China

*Die **BRICS** verändern die Struktur der Weltgesellschaft. Indien und China gehören beide dazu, doch sie sind sehr verschieden. Der US-amerikanische Wissenschaftler und Aktivist Robert Weil vergleicht hier den Pfad Chinas mit dem Indiens: **Die Veränderung** der Eigentumsverhältnisse (hier die Landreform) macht den eigentlichen Unterschied aus.*

I. Gemeinsamkeiten

Zu der Zeit, als sie sich vom Kolonialismus befreit hatten – Indien hat 1947 die Unabhängigkeit von Großbritannien deklariert, China hat 1949 einem Jahrhundert imperialistischer Herrschaft ein Ende gesetzt –, teilten die beiden größten Länder Asiens viele Gemeinsamkeiten.

Jedes Land besaß eine enorme kontinentale Landmasse mit einer Bevölkerung von mehreren Hundert Millionen – die **bevölkerungsreichsten Länder** der Welt. In beiden Ländern erstreckte sich der **antikolonialistische Kampf** über mehrere Jahrzehnte und die Kräfte, die letztendlich zur Befreiung führten, waren schon in den 1920ern gefestigt. Beiden Ländern blieb ein zerrüttetes Territorium mit Feinden, die von Imperialisten unterstützt wurden und die Umleitung ihrer begrenzten Ressourcen in militärische Vorbereitungen und Konflikte erzwangen – Indien und Pakistan kämpften in drei Kriegen gegeneinander und hatten ständige Konflikte um Kaschmir, China war in Hongkong und Macao noch immer kolonialisiert, von Taiwan abgespalten, führte offenen Krieg in Korea und musste ein Überschwappen des Vietnamkonfliktes fürchten. Beide litten unter extremen Geburtswehen, im Falle Chinas waren das die Nachwirkungen von Besatzung und Bürgerkrieg, im Falle Indiens und Pakistans Tod und Entwurzelung der Bevölkerung entlang ihrer neuen Grenze und die Ermordung Mahatma Gandhis. Trotz der vielen offensichtlichen Unterschiede beider Länder – China hatte kein Kastensystem so wie Indien, wurde nie vollständig kolonialisiert und konnte sich zu Beginn auf Unterstützung durch die Sowjetunion verlassen – begannen beide ihre neuen nationalstaatlichen Karrieren in relativ ähnlicher Manier.

Die beiden neuen Nationalstaaten ähnelten einander am meisten in ihren **wirtschaftlichen und sozialen Profilen**. Vor der Kolonialzeit waren beide Länder unter den reichsten der Welt. Durch Besatzung und Ausbeutung sank ihr Reichtum jedoch rapide. Beide sahen, wie ihre traditionellen Ökonomien durch billige Importware unterminiert wurden und wie das alte Klassensystem neu geordnet werden musste, um sich der globalen Ordnung anzupassen. In jedem der beiden Länder überlebte eine „Feudalklasse" in den ländlichen Gebieten, die nicht nur mit den urbanen Eliten verbündet war, sondern auch mit Kompradorelementen, die den Imperialisten nahestanden. Der Großteil der Bevölkerung bestand entweder aus armen Bauern oder landlosen Arbeitern. Jedes Land war konfrontiert mit extremer ländlicher Armut und hatte eine kleine, unterdrückte urbane Arbeiterklasse.

Die Bevölkerungsstatistiken waren erschreckend. Analphabetismus und Mangel an medizinischer Versorgung waren die Norm für die Arbeiterklasse. In den 40er Jahren lag die Lebenserwartung in Indien nur bei etwa 32 und in China war sie kaum drei Jahre länger. Die Situation für Frauen, die sich von jahrhundertelanger Unterdrückung, einschließlich solch barbarischer Praktiken wie der indischen Sati (Witwenverbrennung) und des chinesischen Füßeverbindens, befreit hatten, war besonders gravierend. Daher sah sich jedes Land mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert, als es die Arena der neuen Nationalstaatlichkeit betrat.

II. Unterschiede

Trotz all ihrer Gemeinsamkeiten haben sich beide Nationen innerhalb eines Vierteljahrhunderts **entlang zweier unterschiedlicher Wege** entwickelt, die beide in einem starken, andauernden sozialen Gefälle mündeten. Diese Unterschiede fanden ihren Ursprung sogar schon vor der Unabhängigkeit und sind gekennzeichnet durch die unterschiedlichen Methoden des jeweiligen Landes im Kampf um nationale Macht.
Es wäre leicht, jedoch grob vereinfachend, diese unterschiedlichen Zugänge auf den Einfluss zurückzuführen, den Mahatma **Gandhi** mit seinem gewaltfreien Widerstand ausgeübt hat. Die indische Bewegung war sicherlich einzigartig in ihrer Verwendung zivilen Ungehorsams. Aber während Gandhi sehr wohl auch die Notwendigkeit für wirtschaftliche und soziale Veränderung betont hat, insbesondere durch seinen Einsatz für das Tragen in Indien gewobener Kleidung (Khadi) und die Salzmärsche, um das britische Monopol anzufechten, und trotz seines Aufrufes zu einem Ende der Unterdrückung der „Unberührbaren" (Dalits) muss gesagt werden, dass Gandhis Bewegung in erster Linie ein **Kampf um nationale Unabhängigkeit, und nicht soziale Revolution**, war. Das Resultat war der Transfer von Macht zu einer aufstrebenden indischen Bourgeoisie unter Jawaharlal Nehru. Obwohl es quasisozialistische Aspekte des neuen Indiens gab – nationale Planung, Staatskonzerne, soziale Gleichheit als ein wichtiges Ziel und die Anerkennung von Sozialismus in der Konstitution von 1976 –, war die Ökonomie von Beginn an gemischt, und kapitalistische Familien, wie die Tatas und Birlas, von denen einige bedeutend zum Unabhängigkeitskampf beigetragen hatten, erreichten dominante ökonomische Positionen.

Indien: keine konsistente Landreform

Noch bedeutender war, dass – obwohl die feudale Rolle von Fürstenbesitztümern von der Nehru-Regierung abgeschafft wurde – der Würgegriff der großen Grundbesitzer über ländliche Gebiete nur teilweise und ungleichmäßig reformiert wurde. Von Beginn an wurde erkannt, dass Landreformen ausschlaggebend für ein freies Indien sein würden, und Maßnahmen wurden ergriffen, um die Konditionen von Pachtverhältnissen zu stabilisieren und zu verbessern, Mieten zu deckeln, den Grundbesitz, den eine Person haben konnte, zu beschränken, und die Mittelsleute, die das Grundbesitzsystem oft brutal durchsetzten, zu eliminieren. Diese Maßnahmen brachten eine Entlastung für einige ärmere Pächter, vor allem jedoch profitierte die wachsende Klasse unabhängiger Bauern, die die Ressourcen hatten, ihren Besitz voll auszunutzen. Allerdings waren auch diese Maßnahmen nur teilweise erfolgreich aufgrund großer regionaler Unterschiede, unregelmäßiger Erzwingung und ungezügelter Korruption, aufgrund der Möglichkeit, „versteckte Pachtverhältnisse" geltend zu machen, um Grundbesitzbeschränkungen zu umgehen, und aufgrund des Mangels an Krediten, was viele Bauern dazu zwang, sich zu exorbitanten Zinsen an Geldverleiher – oft große Grundbesitzer – zu wenden.

Obwohl vor allem in Westbengalen, Punjab und Kerala Fortschritte gemacht wurden, setzte sich als Resultat in großen Teilen des Landes das System von Pachtverhältnissen und Landlosigkeit mit nur teilweise – wenn überhaupt – signifikanten Änderungen fort. Im Land als Ganzes gab es keine konsistente Landreform und kein Ende der scharfen Trennung der ländlichen Klasse, und hunderte von Millionen Bürger wurden noch immer stark ausgenutzt und waren verarmt, besonders unter den ländlichen Armen, landlosen Arbeitern, Dalits und Adivasis. Obwohl Teilen der Bevölkerung neue Möglichkeiten im postkolonialen Indien offenstanden und sie vom demokratischen Prozess Gebrauch machten, um ihre Interessen zu fördern, war die Unabhängigkeitsbewegung nicht von einer revolutionären sozialen Reform begleitet – weder vor noch nach 1947. Während sukzessiver Wandel für einige Verbesserungen sorgte, brachte er kein Ende für die institutionellen Aspekte von Klassenausbeutung und die Unterdrückung durch das Kastensystem.

China: nationale UND sozialrevolutionäre Transformation

Nur vor diesem Hintergrund kann die grundlegend andersartige Erfahrung der chinesischen sozialistischen Revolution verstanden werden. Von Anfang an hat der von **Mao** geführte Kampf Bewegungen für die nationale Befreiung und für revolutionäre Veränderung vereinigt. Die Kommunistische Partei hatte eine ideologische Verpflichtung zu einer grundlegenden Veränderung der Klassenbeziehungen. Aber die spezifische Form, die diese annahm, wurde von den objektiven Bedingungen bestimmt. Die Geschichte hatte bewiesen, dass politischer Wandel in China letztendlich fast immer auf der Mobilisierung der Bauernschaft als Massenbasis beruhte. Das Scheitern der frühen Versuche kommunistischer Revolutionen in den Städten hatte das gezeigt. Unter den Bedingungen des Semikolonialismus konnte die chinesische Befreiung von imperialer Herrschaft nur erreicht werden, indem man wieder Mittel fand, diese verborgene Macht der Bauern zu bündeln. Aber das verlangte, die primäre Forderung der armen ländlichen Bevölkerung anzusprechen, durch eine Landreform und das Ende der – politischen und sozialen, aber auch wirtschaftlichen – Herrschaft der Landbesitzer.
Es war Maos Erkenntnis dieser Beziehung zwischen nationaler Befreiung und revolutionärer Veränderung des ländlichen Raums und die Verknüpfung der Kommunistischen Partei Chinas mit den bereits beginnenden Aufständen unter der Bauernschaft, die die Basis für den Sieg 1949 legten. Deswegen war von seinen frühesten Etappen an, anders als in Indien, der Kampf um Unabhängigkeit in China an die soziale Revolution geknüpft, um die Klassenstruktur der ländlichen Regionen umzustürzen und damit zugleich die Allianz der Feudalen, der nationalen Bourgeoisie und der Kompradoren. Diese Wandlung begann bereits in den 1920ern in den Regionen unter kommunistischer Kontrolle. Aber erst nach dem Triumph der Revolution begann man, die Landreform landesweit durchzuführen und schrittweise zu vertiefen, bis die ländlichen Regionen vollkommen umgestaltet waren. Beginnend mit der Reduzierung von Einkommen und einfachen Kooperationsmaßnahmen während des Großen Sprungs nach vorn zum Ende der 1950er hin, schritt es fort zur Bildung der **Volkskommunen**, die viele Dörfer und zehntausende Bauern unter einer einzigen administrativen Autorität zusammenbrachte. Die Kommune war primär und vor allem eine Einheit kollektiver landwirtschaftlicher Produktion. Aber sie war vieles mehr. Denn sie stellte ein umfassendes Angebot an Leistungen bereit, einschließlich medizinischer Versorgung – die während der Kulturrevolution die Form von „Barfußärzten" annahm, die aus der ländlichen Bevölkerung kamen und ihr zu Diensten waren –, kostenfreier Schulausbildung für alle Kinder, Unterstützung im Alter und sozialer Aktivitäten. Die großangelegte kollektive Organisation erlaubte weitreichende Infrastrukturen und Umweltprojekte, wie Bewässerungssysteme, Fischbecken, Erschließung neuer Landflächen und Forstwirtschaft. Sie schaffte auch die Grundlage für kleine „Nebenindustrien", die landwirtschaftliche Produkte verarbeiteten und Arbeit in der Nebensaison anboten. Vor allem schafften die Kommunen komplett das alte Landbesitzsystem ab, nahm den einzelnen Familien den Druck des „Friss oder stirb" ab und erlaubte allen Bauern – Männern und Frauen – einen hohen Grad an Gleichheit bei der Entscheidung über die Verteilung der Ergebnisse der kollektiven Produktion. Zugleich boten sie die Gelegenheit, an den politischen Entscheidungen auf Dorfebene teilzunehmen.

Ein ziemlich ähnliches System galt für die **industrielle Arbeiterklasse** und die städtischen Berufe. Jede große Danwei oder Arbeitseinheit bot nicht nur sichere Arbeitsplätze, sondern auch medizinische Einrichtungen, Schulen, Altersrenten, Erholungseinrichtungen und Wohnungen für ihre Angestellten, die sogenannten eisernen Reisschüsseln. Die Arbeiter hatten eine Rolle in der Verwaltung ihrer Fabriken, in Bezug auf die Produktionsweise und auf die Arbeitsbedingungen, diese Rechte wurden in der Kulturrevolution weiter gestärkt, als der willkürliche Gebrauch von Macht vieler Staats- und Parteioffizieller und Manager herausgefordert wurde. Das Ergebnis dieser Umwandlungen war, dass die Einkommensverteilung und die Versorgung mit Dienstleistungen viel gerechter wurden und dies mündete wiederum in einer schnellen und dramatischen Verbesserung der Demographie. Während in Indien 1951 die Lebenserwartung bei 32,1 Jahren lag, nahezu unverändert seit der Unabhängigkeit, stieg die Rate in China auf 40,3 im Jahr 1950 und solche Zuwächse hielten an. „*Es ist wahrscheinlich, dass die ungefähre Todesrate und Kindersterblichkeit der Zeit vor 1949 bis 1957 halbiert wurde*" *(Judith Banister, China's Changing Population, 63, in Robert Weil, Red Cat, White Cat: China and the Contradictions of "Market Socialism," New York: Monthly Review Press, 1996, 236)*. Mitte der 1970er Jahre lag die **Lebenserwartung** in China bei 63,6 Jahren für Männer und 66,3 Jahren für Frauen, verglichen mit einem Durchschnitt von nur 49,4 Jahren in Indien. Um 1980/81 sank die Kindersterblichkeit in China auf 56 pro 1000 Lebendgeburten, während das Niveau in Indien bei hohen 122 verblieb, und „*während Indien seine Kindersterblichkeitsrate von 160 vor seiner Unabhängigkeit auf 85 um 1989/90 verringerte, hatte China mit einer höheren Rate begonnen und bereits zwei Jahrzehnte früher, um 1970, dieses Niveau erreicht*" *(Utsa Patnaik, "On Famine and Measuring 'Famine Deaths,'" in Sujata Patel, Jasodhara Bagchi, and Krishna Raj eds., Thinking Social Science in India: Essays in Honour of Alice Thorner, New Delhi: Sage Publications, 2002)*. Wenn man die Alphabetisierungsrate mit hinzuzieht, hatte China 1981 einen „Indikator der physischen Lebensqualität" von 67 aus 100, Indien lag bei 44. In mehreren Kategorien waren die Chinesen gleichauf oder oberhalb der „mittleren" Länder weltweit und entkamen somit dem Status der „Dritten Welt". Obwohl China noch immer zu den ärmeren Ländern gehörte, hatte sich das Niveau der Lebensqualität seiner arbeitenden Klassen transformiert, dank des revolutionären Sozialismus.

Diese Zuwächse hatten einen sehr hohen Preis. Eine Kombination aus schwerwiegenden Naturkatastrophen, über die Maßen rigorose Anwendung von politischen Richtlinien, übertriebene Meldung von Getreideproduktion und exzessive Bevorratung während des Großen Sprungs nach vorn führten zu Hungersituationen in vielen Teilen des Landes. Während noch über die Ausmaße der Verluste und deren primäre Schuld diskutiert wird, gehen Schätzungen von mehreren Millionen bis zu 30 Millionen „überflüssiger Tode" aus. Todesfälle waren während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 deutlich geringer, aber die soziale Spaltung und Gewalt dafür umso heftiger. Der hohe Preis dieser und anderer von Mao geführten Kampagnen müssen gegen ihre Errungenschaften gerechnet werden, vor allem wenn man sie mit anderen Ländern, wie Indien, vergleicht. Die Opfer, die die Anstrengungen der Chinesen begleiteten, eine sozialistische Gesellschaft

zu erschaffen, ereigneten sich vor allem während weniger Jahre intensiven Kampfs. Aber sie führten zu Verbesserungen – vor allem der Lebenserwartung und Kindersterblichkeit – für hunderte Millionen. Ebenso verhielt es sich mit dem beschränkten Zuzug der ländlichen Bevölkerung in die Städte, unter deren beachtlichsten Ergebnissen das fast gänzliche Ausbleiben der Ausdehnung städtischer Slums ist, die in weiten Teilen des Südens der Welt allgegenwärtig sind.

Im selben Zeitraum vermied **Indien** Hunger und sozialen Aufruhr, die es in China gab. Amartya Sen hat behauptet, dass die indische Demokratie und die weniger kollektivierte Wirtschaft dazu beigetragen haben, sich gegen solche Verluste zu wappnen. Aber er hat auch erwähnt, *„dass im Vergleich zu Chinas schnellem Zuwachs der Lebenserwartung während der Mao-Ära behauptet werden kann, dass das kapitalistische Experiment in Indien seit seiner Unabhängigkeit für zusätzliche vier Millionen Todesfälle pro Jahr verantwortlich sein könnte*“. Wie Sen es darlegte, *„scheint Indien es zu schaffen, alle acht Jahre seinen Schrank mit mehr Skeletten zu füllen, als China es in seinen Jahren der Schande von 1958 bis 1961 tat*“ (*Mobo Gao, The Battle for China's Past: Mao and the Cultural Revolution, London: Pluto Press, 2008, 139, Sen quote from Antony C. Black, "Black Propaganda," Guardian Weekly, 2/24/00)*. Die Indische Demokratie stumpfte den Klassenkonflikt ab und erlaubte das Aufblühen der Zivilgesellschaft und von Bewegungen für den sozialen Wandel. Aber es bewahrte ein System der rigorosen Trennung von Klassen und Kasten, von großer Armut, weitverbreiteter Mangelernährung und chronischem Fasthungerns in manchen Gegenden. Als Ergebnis stellen wir fest: Von 1940 bis Ende der 1970er Jahre war die Anzahl der Toten, die durch die Lebensbedingungen unter dem indischen Kapitalismus verursacht wurden, einige Male höher als die entsprechenden unter dem chinesischen Sozialismus.

III. Annäherung

Zu Beginn der 1970er und vor allem seit den 1990ern haben sich die Wege von China und Indien in einem Prozess, der bis heute anhält, wieder genähert. Abgesehen von den Gewinnen, die zur Zeit von Maos Tod (1976) für die Arbeiterklasse gemacht werden konnten, machten die Kämpfe, die sie begleiteten, viele Chinesen lustlos gegenüber sozialen Konflikten und Gewalt. Die Errungenschaften hatten auch ihre Grenzen. Trotz einer starken Ausweitung des nationalen BIP blieb das Durchschnittseinkommen pro Kopf auf einem eher niedrigen Niveau von nur 290 $ pro Jahr – dennoch lag es höher als die 240 $ Indiens. Das lag teilweise am schnellen Bevölkerungszuwachs, der wiederum von den verbesserten Gesundheitsbedingungen ermöglicht wurde. Es wurde gesagt, dass in den ländlichen Regionen ein Drittel der Kommunen geschäftlich erfolgreich war, ein weiteres Drittel auf einem mäßigen Niveau operierte und das letzte Drittel größere Schwierigkeiten vorfand.
Die Kombination dieser Faktoren öffnete erneut die Tür für diejenigen Mitglieder der chinesischen Führung, die sich seit Jahren gegen die radikalere Politik Maos zur Wehr gesetzt hatten und die jede Periode des Rückschlags genutzt hatten, um einen sehr andersartigen, alternativen Weg voranzutreiben. Nach seinem Tod versammelten sich diese Kräfte hinter **Deng Xiaoping**, der mit der Demontage der kollektiven sozialistischen Sicherheiten für die Arbeiterklasse begann und mit einer Politik kapitalistischer „Reformen“ und einer „Öffnung zur Welt hin“ anfing. Die Attacke begann mit der forcierten Demontage der Kommunen – unabhängig von deren wirtschaftlichen Verfassung – und deren Ersetzung durch ein System individueller „Familienverantwortung“ auf dem Lande. Einige Jahre lang führte dies zu verbesserten Einkommen in ländlichen Gebieten, dank der von der Regierung bezuschussten Getreidepreise, der Einführung neuer landwirtschaftlicher Methoden und der Ausnutzung der früheren kommunalen sozialistischen Akkumulation. Aber diese Gewinne waren von vergänglicher Natur, und während des Prozesses wurde die kollektive Grundlage des ländlichen Lebens zerschlagen, mit dem schnellen Zerfall der nahezu kostenfreien Gesundheitsversorgung, Schulen, Alterssabsicherungen und anderer Leistungen, und der Demontage von Infrastrukturen und Umweltprojekten. Als einzelne Bauern zunehmend dem globalen Markt gegenüberstanden und sich die „Schere“ zwischen Produktionskosten und Getreidepreisen öffnete, nahm ihre relative Position ab und bis heute sind weite Teile der ländlichen Gebiete in einer Krise.

In den Städten wurde ebenfalls eine „**Marktwirtschaft**“ eingeführt, die die Entwicklung kleiner Unternehmen erlaubte, während die Tür für ausländische Investitionen geöffnet wurde, besonders in den neuen Wirtschaftssonderzonen in den südlichen und östlichen Küstenregionen. Sobald diese Kräfte sich ausreichend entwickelt hatten, begann ein Angriff auf das Kräftezentrum der Arbeiterklasse in den städtischen Regionen, den staatlichen Unternehmen. Die meisten wurden direkt privatisiert oder halbprivater Kontrolle unterstellt durch Überstellung in die Hände von Managern und Partei- und Staatsautoritäten, die sie wie persönlichen Besitz behandelten. Alle Unternehmen hatten auf Gewinnbasis zu laufen und zig Millionen von Arbeitern wurden entlassen, wobei sie ihren Anspruch auf soziale Absicherung verloren und vielfach sogar ihre Unterkünfte. An ihrer Stelle wurden ländliche **Wanderarbeiter** – jetzt auf rund 130 Millionen angewachsen – in die Städte gelockt, um unter oftmals brutalen Bedingungen auf dem Bau oder in den Exportfirmen zu arbeiten. Diese Politik legte die Grundlage für die explosive Ausweitung der chinesischen Wirtschaft, die zur „Fabrik der Welt“ wurde. Aber durch diesen Umwandlungsprozess wurde China von einem der egalitärsten Länder der Welt zu einem der am meisten polarisierten. Heute lebt eine zunehmende Zahl von Milliardären in extremem Luxus, während eine „neue Mittelklasse“ beginnt, ihrer Entsprechung in den reichen Ländern zu gleichen. Für Arbeiter und Bauern gibt es gewisse allgemeine Errungenschaften – ein vermehrtes Angebot an Nahrungsmittel und Kleidung und einen erweiterten Zugang zu Konsumgütern, wenn sie es sich leisten können. Aber die Kosten nehmen ständig zu, durch den Verlust von Arbeitsplätzen und sozialer Absicherung, und zig Millionen bilden jetzt eine verarmte „industrielle Reservearmee“. Nach anfänglicher Verkleinerung weitet sich die Kluft zwischen Stadt und Land und die **Klassengegensätze** nehmen zu. Die vorrevolutionäre Allianz von reichen Bauern, städtischen Kapitalisten und deren Agenten wird wiederbelebt.

In **Indien** ging die Veränderung in diesem Zeitraum in dieselbe Richtung, wenn auch weniger dramatisch. Die **grüne Revolution**, die in den 1960ern begann, half anfangs, die Lage für einige zu verbessern, besonders in Punjab, aber dies verstärkte die ungleiche regionale Entwicklung und die Klassengegensätze, da diejenigen, die sich die benötigten Produktionsmittel leisten konnten, den Hauptnutzen hatten. Heute haben die negativen Umwelt- und Wirtschaftseffekte einer mit hohen Kosten verbundenen „Begrünung“ der Landwirtschaft zunehmend zu nicht überlebensfähigen Folgen geführt, mit sinkendem Grundwasserstand und zunehmender Verschuldung. Im größeren Teil des weiten Landes fehlt es nach wie vor an einer angemessenen Landreform, eine Hauptursache der umfangreichen ländlichen Verarmung. Trotz einiger neuen Bemühungen des Staates, dies anzugehen, bleibt die Lage verzwefelt. *„Die Zahl der bitterarmen Menschen in Indien ist gegenwärtig dieselbe wie die Gesamtbevölkerung des Landes 1947, als Indien von Großbritannien unabhängig wurde. Die völlig Landlosen und die nahezu Landlosen (diejenigen mit weniger als 2.100 m² Land) machen 43 % der ländlichen Haushalte aus*“ – im Gegensatz zu China, wo Bauern immer noch ein garantiertes Recht auf Land haben (*Patralekha Chatterjee, "Land Reform in India: Necessary But Not Sufficient to Fight*

Poverty," Development and Cooperation, No. 2, March/April 2002, 21-22). Aber wie im chinesischen Fall sehen sich indische Bauern allein gelassen der globalen Wirtschaft ausgesetzt, ohne Schutz vor den zunehmenden Kosten für Produktionsmittel, vor dem Wettbewerb mit billigen Importen und vor dem Mangel an Krediten.

Wie China erlebte **Indien** eine wirtschaftliche Explosion, als es viele seiner quasisozialistischen Überbleibsel verwarf und sich einem **Neoliberalismus** des „freien Marktes" zuwandte. Aber es sind in der Hauptsache die an der Spitze, die den meisten Nutzen hatten, zusammen mit einer neuen großen Mittelklasse der gebildeten Elite. Zusätzlich zur Entwicklung von Industrie und natürlichen Rohstoffen, oftmals die Armen oder einheimische Völker von ihrem Land verdrängend, war Indien imstande, eine riesige Schicht von Universitätsabsolventen in Hochtechnikzentren wie Bangalore und seine Englischsprechenden auszubeuten und für die Verlagerung von Kapital der US-amerikanischen und englischen Dienstleistungssektoren zu sorgen. Wie in China hat dies jedoch zu einer hochgradig ungleichen Entwicklung geführt. Kleine Winkel der Reichen und Wohlhabenden, hauptsächlich in einigen wenigen großen Metropolen, sind von weiten städtischen Slums umgeben und von einem ländlichen Raum, der in vielen Gebieten in tiefster Armut verharrt. Das treibt zig Millionen in die Städte, wo sie die Reihen des informellen Sektors und der befristet Angestellten anschwellen lassen, was dazu führt, dass festangestellte Arbeiter unterboten und ersetzt werden. Dieser sich verschärfende Widerspruch ist besonders offenkundig in Andra Pradesh, wo trotz des Aufstiegs von Bangalore die Bedingungen für die Landwirtschaft sich so drastisch verschlechterten, dass der Staat ein Epizentrum für bäuerliche Selbstmorde ist, obschon er sein Gegenstück in Maharashtra, Punjab, Rajasthan, Kerala und sonst wo hat. So wie die Zahl der Milliardäre wächst, so wachsen die Reihen der hoffnungslos Verarmten. Eine Allianz der ländlichen Reichen, der städtischen Kapitalisten und ihrer Agenten gleicht der chinesischen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts traten sowohl China als auch Indien wieder als **globale** Mächte auf. Die Chinesen übernahmen eine frühe Führung. Für 2007 gab die Weltbank das BIP für China mit 3,28 Billionen $ an, fast dreimal so viel wie für Indien mit 1,17 Billionen $. Die Lücke im Pro-Kopf-Einkommen ist nur geringfügig geringer, 2,360 $ bzw. 950 $. Die Lebenserwartung in China beträgt 72, die in Indien lediglich 64 Jahre. In China können rund 91 % lesen, in Indien nur rund 60 %.
Allerdings hat das unkontrollierte Wachstum für China in anderer Hinsicht schlimmere Folgen als für Indien. Der chinesische Gini-Koeffizient, ein Maßstab für Ungleichverteilung, liegt derzeit bei 47, oberhalb der „Gefahrenschwelle", während der indische zehn Punkte niedriger ist. So schrecklich wie die hohe Zahl der Selbstmorde in Indien ist, um die 200.000 oder mehr in den vergangenen zehn Jahren, hat sich in China annähernd dieselbe Zahl von hauptsächlich Menschen auf dem Lande jedes Jahr selbst getötet, wobei die Mehrheit Frauen sind. Dies ist nicht nur eine Folge der Verzweiflung vieler chinesischer Bauern angesichts des globalen „freien Marktes", sondern ein Zeichen dafür, wie viel sie durch die Aufhebung der früheren sozialen Sicherheiten verloren haben, und ein Zeichen für die Rückkehr eines hohen Grades von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Das Verlangen nach größerer Transparenz und demokratischen Rechten, obwohl nicht notwendigerweise westlichen oder indischen Vorgaben folgend, ist in China weit verbreitet. Diese Gegensätze erzeugen in Indien widersprüchliche Haltungen in Bezug auf das chinesische Modell, wobei die Kluft entlang der Klassengrenzen verläuft. Manche Inder, besonders in den oberen und mittleren Klassen, betrachten die gegenwärtige Politik in China, mit ungezügelter kapitalistischer Entwicklung, gebunden an einen immer noch hohen Grad von staatlicher Kontrolle, als ein Modell. Sie vergessen allerdings häufig etwas Wesentliches: Das ist der „Vorsprung", der durch die sozialistische Revolution geliefert wurde, mit besserem Gesundheitswesen, besserer Bildung, breiter Entwicklung der Infrastruktur und einer sozialen Nivellierung, die die Basis für diesen späteren Fortschritt legte. Aufgrund der Abwesenheit einer vergleichbaren revolutionären Transformation lag die indische Wirtschaft in den meisten wirtschaftlichen und demographischen Indikatoren bereits in den späten 1970ern zurück und dieser Unterschied hat bis zum heutigen Tage Bestand.

Viele in der indischen Arbeiterklasse und unter den unterdrückten Gemeinschaften haben diese Lektion nicht vergessen. Für sie ist das chinesische „Modell" nicht sein gegenwärtiges kapitalistisches Marktsystem, sondern die sozialistische Revolution, die ihm, unter der Führerschaft von Mao, vorausging. Im Indien von heute, ebenso wie in Nepal, auf den Philippinen und sonst wo, sind Maoisten eine wachsende Kraft und sie versuchen, die soziale Umwandlung vorzunehmen, die nach 1947 niemals vervollständigt wurde. Aber sie sind immer noch überwiegend in eher abgelegenen Regionen aktiv, mit ihrer Hauptbasis unter den ländlichen Armen, Dalits und Adivasis. Ironischerweise hat die jetzige Regierung in China kein Interesse an solchen Revolutionären und sie lehnt deren Ansprüche auf „Maoismus" ab, als ob es eine urheberrechtlich geschützt nationale Marke wäre. Während Chinesen mit maoistischen Neigungen stärker werden, sind sie ihren Aktivitäten, ihrer Einheit, Organisation und Verbindung zur Arbeiterklasse eingeschränkt, und sie haben nur geringe Versuche unternommen, Verbindungen zu den indischen Anhängern von Mao aufzunehmen. Ob Indien und China in der kommenden Zeit zusammenkommen oder auseinandergehen, bleibt abzuwarten. Viele politische Kräfte, ob Gandhi folgend, ob sozialdemokratisch, ob „Neue Linke", ob marxistisch oder maoistisch, konkurrieren miteinander um Einfluss. In beiden Nationen wächst die Verzweiflung von hunderten Millionen angesichts der „Globalisierung", jetzt verstärkt durch die weltweite kapitalistische Krise. Obwohl jede Regierung die Fähigkeit gezeigt hat, die schlimmsten Auswirkungen dieses Zusammenbruchs abzufedern, und unlängst Maßnahmen ergriff, die Belastung der arbeitenden Klassen zu mildern, kann langfristig keine den wachsenden Widersprüchen des Weltkapitalismus entkommen. Sowohl in China als auch in Indien nehmen die Proteste gegen die sich ausweitende Polarisierung, Verarmung, Korruption, gegen Landraub und ökologische Verwüstung an Zahl, Umfang und Gewalt bereits zu. Für die Chinesen, die eine Revolution hatten und dann zum kapitalistischen Weg zurückkehrten, würde es wieder einmal ein große Wende hin zum Sozialismus sein. Indien hat niemals eine gleichartige revolutionäre sozialistische Transformation erlebt, aber die Kräfte, sie vorzunehmen sind, sind jetzt stärker denn je. Die indischen und chinesischen Arbeiterklassen und linken Kräfte sehen sich heute zunehmend konfrontiert mit parallelen Bedingungen eines globalen Kapitalismus, angeführt von den imperialistischen USA. Obwohl sie gegenwärtig wenig Kontakte haben, kann die Zukunft eine neue Einheit bringen, da die Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems sich vertiefen und sie enger zusammentreiben.

Robert Weil ist der Autor von Red Cat, White Cat: China and the Contradictions of "Market Socialism" und vieler Artikel und Papiere zur chinesischen politischer Wirtschaft, sozialen Bedingungen und Klassenbeziehungen. Er war ein lebenslanger Aktivist der Bewegungen für Arbeit, Bürgerrechte, internationale Solidarität, Umwelt und Frieden. Auch zu lesen: Robert Weil, "Conditions of the Working Classes in China" ("Bedingungen der arbeitenden Klassen in China") (Monthly Review, Juni 2006); and Robert Weil, "City of Youth: Shenzhen, China" (Monthly Review, Juni 2008).
Englischer Text: http://www.tlaxcala-int.org/imp.asp?lg=&reference=783

Danke an die Coorditrad- ÜbersetzerInnen, Stephanie g, Alessia Sassi , Paul Woods
Lektorat: SiG-Redaktion, Werner Horch

Bewegung der Landlosen und Kleinbauern in Indien

In Indien leben rund 70% der Bevölkerung auf dem Land, im Vergleich sind es in Deutschland 2%, die von der Landwirtschaft leben. Indien ist ein Land im Umbruch. Auf der einen Seite steht eine rasante wirtschaftliche Entwicklung, aber zugleich die Bilder, die wir alle kennen: Hunger, Armut, Elend. Menschen ohne Perspektive. Gerade auf dem Land sind die Probleme massiv.
Oft haben die kleinen Bauern einfach keine Urkunden, mit denen sie nachweisen können, dass das Land, das ihre Familien seit langem bebauen, ihr Eigentum ist. Es wird ohne Rücksicht auf sie verkauft, mit der hilfreichen Hand bestochener Beamter, oder zum Naturschutzgebiet deklariert, wo auf einmal die Menschen, die im und vom Wald leben, zu Eindringlingen erklärt werden.

Rund 1,5 Millionen Menschen sind schon von ihrem Land vertrieben und haben damit die Möglichkeit verloren, sich und ihre Familie zu ernähren.

Knapp 9% der indischen Bevölkerung werden den *»Adivasis«* zugerechnet, der Urbevölkerung. Der indischen Verfassung nach haben die Adivasis ein Recht auf den Wald. Das Waldgebiet Indiens gehört den Adivasis, wobei dies nicht Privatbesitz ist. Wie sie das Land verwalten, ist nicht festgelegt... aber *»den Adivasis gehört der Wald«,* sagt die Verfassung, zumindest auf dem Papier. In der Realität werden immer mehr Adivasis von ihrem Land vertrieben.

Zusammenschluss der Landlosen



Ihre Organisation ist *»Ekta Parishad«*, übersetzt als *»Gemeinsamer Rat«* oder *»Solidarischer Bund«*, ein Bund, dem jede/r beitreten kann, der die gemeinsamen Regeln anerkennt. Die indische Landlosenbewegung ist eine riesige Bewegung, vergleichbar dem MST, dem Movimiento Sem Terrra, der Landlosenorganisation in Brasilien. Die Aktivisten verpflichten sich den Prinzipien der Wahrheit, der Gerechtigkeit und vor allem der Gewaltlosigkeit. Der Gründer von Ekta Parishad ist Rajagopal P.V., der bewusst auf den Spuren des großen Lehrmeisters Gandhi wandelt. In den 1970er Jahren war Rajagopal in den Norden Indiens gezogen, wo er zunächst lokale Selbsthilfeorganisationen aufbaute, meist unterstützt von den Frauen der Dörfer. *»Wir haben mit den Menschen in den Dörfern angefangen über ihre Bedürfnisse zu sprechen. Mit der Zeit gelang es uns immer mehr Dörfer zu vernetzen. Heute sind wir in mehr als siebzehn Teilstaaten verankert«,* so schildert Rajagopal die Anfänge der Bewegung. Zu Beginn der 1990er Jahre kam es dann zur Gründung von »Ekta Parishad«, als einem übergreifenden Forum mit neuen Strukturen.

Rajagopal fordert seit 2007 eine nationale Bodenreform. Eine solche hat es bislang nur regional unter linken Regierungen in Kerala und Westbengalen gegeben. Delhi argumentiert, Bodenbesitz falle in die Kompetenz der Unionsstaaten. Deshalb könne man wenig machen. Ekta hält dagegen, wenn es um Land für die Wirtschaftssonderzonen, in denen sich das Auslandskapital tummeln darf, und für Bergbau- und große Industrieunternehmen geht, agiere die Zentralregierung durchaus entschlossen. Die Organisation tritt dafür ein, dass Agrarland exklusiv für die Landwirtschaft genutzt wird und nicht in die Hände von Großindustriellen und Grundstückshaien fällt. http://ag-friedensforschung.de/regionen/Indien/landlose2.html

Vor fünf Jahren hatte der erste Marsch stattgefunden, der Janadesh, auf dem damals 25.000 Landlose ihr Recht einforderten. In langen Reihen liefen Männer und Frauen, Alte und Junge, mit Schuhen oder barfuss, im Gänsemarsch hintereinander – auf Straßen und Wegen, selbst auf der Autobahn, wo sie nachts auf dem Zwischenstreifen ihr provisorisches Lager aufschlugen.

Nach dieser ersten Mobilisierung versprach die indische Regierung, etwas zu unternehmen. Es wurde eine Kommission einberufen, die Vorschläge erarbeitete, die seither in der Schublade ruhen.

Ein zweiter Marsch im Oktober 2012
Seit fünf Jahren bereiten sie sich auf den großen Marsch vor: Männer und Frauen aus Kleinbauernfamilien, Landlose, Dalits – die sogenannten Unberührbaren – oder Adivasi, Indiens Urbevölkerung. Jahrelang haben sie täglich eine Rupie und eine Handvoll Reis in eine Schale in ihrem Haus gelegt, um einen Vertreter auf den Marsch schicken zu können.

Seit dem 2. Oktober 2011 – Gandhis Geburtstag – laufen die Mobilisierungen.

Danke an Brigitte Czyborra,
http://www.scharf-links.de/44.0.html
Dieser Artikel basiert auf Interviews und Gesprächen für unsere Bürgerfunk-Sendungen. Die kompletten Sendungen
www.alleweltonair.de

Hilmar König : Indiens Regierung beendet Landlosenprotest mit Versprechungen
13. Oktober 2012

Der Protestmarsch von 50000 landlosen armen Indern, der am 3. Oktober begann und nach 350 Kilometern am 27. Oktober in Neu-Delhi enden sollte, wurde am Donnerstag in Agra im Bundesstaat Uttar Pradesh abgebrochen. Jairam Ramesh, der Minister für ländliche Entwicklung, war mit einem Sack voller Versprechungen nach Agra geeilt und hatte die Führung der Nichtregierungsorganisation Ekta Parishad davon überzeugt, ihre Protestaktion aufzugeben. Vor 20000 Teilnehmern einer Kundgebung unterzeichneten der Minister und P.V. Rajagopal, der Chef von Ekta, ein aus zehn Punkten bestehendes Absichtsprogramm, das ausdrücklich von Premier Manmohan Singh abgesegnet worden war.

In dem Papier wird den Armen in den ländlichen Gebieten das Recht auf Obdach und der Besitz eines Stückchen Bodens von 400 Quadratmeter Größe in Aussicht gestellt. In sechs Monaten will eine Arbeitsgruppe, die am 17. Oktober erstmals zusammentritt, den Entwurf einer »nationalen Landreformpolitik« vorlegen. Zudem werden Schnellverfahren für Landdispute sowie Rechtshilfe bezüglich »Zugang zu Boden« für kastenlose Dalits, indigene Adivasi und andere Bedürftige avisiert.

Minister Ramesh verwies nachdrücklich darauf, daß Landbesitz in der Regie der Bundesstaaten liegt. Deshalb werde sein Ministerium nur in einem »Dialogprozeß mit Vorschlägen und detaillierten Hinweisen« an die jeweiligen Regierungen agieren können. Ekta solle deshalb auch Druck in diese Richtung und nicht nur auf Neu-Delhi machen. Halte sein Ministerium die gesetzte Frist nicht ein, dann würden die Protestierenden jedes Recht haben, ihren Marsch erneut zu beginnen. Die Landlosen brauchen etwas Boden zur Sicherung ihrer Existenz. Wie nötig das ist, belegt auch der gerade veröffentlichte Globale Hungerindex, in dem Indien auf Position 65 von insgesamt 79 Ländern liegt. Das ist derselbe Stand wie im Jahre 1996.

P.V. Rajagopal erklärte, eine Landreform sei ein langer und schrittweiser Prozeß. Jeder noch so kleine Sieg sollte gefeiert werden. Das Fleckchen Boden reiche immerhin erst einmal, eine Hütte auf eigenem Grund zu errichten, von dem man nicht vertrieben werden könne. Im nächsten Schritt gehe es um Agrarland. »*Wir wollen die Garantie für einen Hektar Ackerland für jeden ländlichen Haushalt*«, betonte er. Vor Journalisten erläuterte er: »*In einer immer mehr globalisierten Welt, in der große Firmen nach Indien kommen und Land erwerben, zwingen die Regierungen die Menschen dazu, ihren Landbesitz für Bergwerke, Infrastrukturprojekte und verschiedene andere Vorhaben zu verkaufen. Das ist inzwischen üblich. Wenn wir nicht jetzt handeln, bleibt für die Armen gar nichts mehr.*«

Die Meinungen über die Übereinkunft mit der Regierung in Neu-Delhi waren geteilt. Es gab Beifall für den »Sieg«, aber auch skeptische Stimmen. »*Sind wir die ganze Strecke lediglich für die Unterschrift auf einem Stück Papier gelaufen? Die Regierung hat immer wieder falsche Versprechungen gemacht.* «, sagte ein Marschteilnehmer aus dem Bundesstaat Madhya Pradesh.

** Aus: junge Welt, Samstag, 13. Oktober 2012*

Peter Strotmann

CHINA: Der lange Marsch

Ein subjektiver Reisebericht in „Lunapark“

Es war eine politische Reise durch die Volksrepublik: Hongkong, Shenzhen, Guangzhou (Kanton), Guilin, Kunmin, Xian, Yan'an, Nanking, Shanghai und schließlich Peking. „*Neues Deutschland lädt Sie ein, nach 78 Jahren den historischen Langen Marsch nachzuvollziehen und zu erleben, wie weit China auf dem ‚neuen langen Marsch' zu einer führenden Wirtschaftsmacht gekommen ist*“. So der Reiseprospekt.
Wir, eine Gruppe von 19 Leuten – 17 aus den „neuen“ und zwei aus den „alten“ Ländern – hatten uns mit der Lektüre des legendären Artikels von Perry Anderson „Zwei Revolutionen“ vorbereitet. Andersen vergleicht dort die historische Bilanz der Umwälzungen in China und in der Sowjetunion miteinander und zieht das Fazit: „*Wenn kein anderes Ereignis das 20. Jahrhundert so beherrscht hat wie das Projekt der russischen Revolution, so wird das 21. Jahrhundert von den Folgen der chinesischen Revolution geprägt werden*“. (1)

Vor uns die unterschiedlichen Dimensionen und gigantischen Widersprüche eines riesigen Landes: China mit seiner 5000-jährigen Geschichte und Kultur, und schließlich: China als **politischer Lernprozess**.

Der Start in Hongkong schrecklich. Der lokale Reiseführer stellt sich nicht mit seinem chinesischen Namen, sondern mit „Stanley“ vor. Die Nobelviertel auf dem bewaldeten Berg, die Massenquartiere in diesem engen baumlosen Beton-Meer der Wolkenkratzer. Enge ist das beherrschende Gefühl.

Am Übergang in die Volksrepublik fragt man sich: Wer wird wohl nach der Phase „One country, two systems“ in Zukunft wen umgestaltet haben: das kapitalistische Hongkong die Volksrepublik mit ihrem sozialistischen Anspruch oder umgekehrt? An der Grenze zu Shenzhen begrüßt uns „Comrade Chen“, unser Reiseleiter für die Volksrepublik, der in jeder Stadt Unterstützung durch einen lokalen Reisebegleiter bekommt. „Welcome in socialist China“. Es geht dann stundenlang durch diese unendliche Kette von Fabriken und Wohnheimen. Hier also werden unsere Laptops und iPads in den Weltmarktfabriken von Foxconn etc produziert?

Im Hotel in Canton lesen wir in der aktuellen „China Daily“ per Zufall die epochemachende Meldung: Erstmals leben in der Volksrepublik 51 Prozent der Bevölkerung in Städten. Unübersehbar, der große Schub der Verstädterung. Unterschiedliche „*Wellen der Urbanisierung*“ sind erkennbar: die sechsstöckigen Wohnblöcke, teils mit Innenhöfen, aus der kollektiven Phase; die 20-stöckigen aus den 70er Jahren und dahinter die Wolkenkratzer aus jüngerer Zeit. Einem Reihenhausbewohner in Berlin erscheint das auf den ersten Blick nicht gerade überaus attraktiv. Allerdings: welche Zersiedelung würde sich ergeben, wenn alle Bewohner dieser Trabantenstädte in Einzel- oder Reihenhäusern leben würden?
Der Hauptwiderspruch Chinas liegt wohl im ungünstigen Verhältnis der Knappheit der Ressourcen (speziell der landwirtschaftlichen Nutzfläche) zur Größe der Bevölkerung (1,4 Milliarden Menschen). Die egalitäre Landreform nach 1978, die jeder Familie ein Stück Land zur Pacht übergab, führte zu sehr kleinen Höfen. Auf den Überland-Busreisen haben wir nur kleine Felder gesehen, keine Weiden mit Rindern, keine Traktoren – stattdessen viel Handarbeit. China schafft es bisher, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Da jedoch die städtische Bevölkerung und ihr Lebensstandard steigt, bedarf es steigender Produktivität auf dem Lande – eine der gigantischen Aufgaben, vor denen die Volksrepublik steht, zumal die Motorisierung die landwirtschaftliche Nutzfläche reduziert.

In den Städten sprudelndes Leben. Unsere erste Begegnung mit dem Nachtleben in Kanton am Perlfluss: viel Musik, Clubs, Musik und viel Erotik. Fast könnte man vergessen, dass wir uns in einem Entwicklungsland befinden. Als jemand, der acht Jahre in Afrika (Zimbabwe) gearbeitet hat, werde ich daran schnell durch den **ausgeprägten informellen Sektor** erinnert: abends überall die fliegenden Bratstände, an denen alles angeboten wird, was der Gaumen goutiert. Morgens an vielen Ecken die Fahrrad-Kioske, an denen Schüler (Schuluniformen sind üblich) noch schnell ihr Frühstück kaufen. Überall halten Rentner mit ihren Strohbesen die Straßen picobello sauber.

5000 jährige Kultur

Beispielhaft auch für andere Orte: In Schanghai finden wir sowohl das alte, nicht wegsanierte China mit seiner Altstadt, mit Tempeln und Pagoden und Teehäusern und dem zauberhaften Yu-Garten. Von dort aus sind die Wolkenkratzer sichtbar, der „Flaschenöffner“ (Weltfinanzzentrum), Alt und Neu in gelungener Symbiose, scheint es. Es geht also. Allerdings finden wir auch immer noch erkennbare Relikte des kolonisierten China: beim Gang durch die ehemalige französische Konzession beobachten wir eine Hochzeit: die Braut ganz in langem weißen Schleier vor mächtigen Kolonialgebäuden. Anbetung westlicher Kultur, noch immer? Oder schon wieder – nach dem Scheitern der Kulturrevolution?

Die Tempel – so sagte man uns – werden häufig von Konfuzianen, Taoisten und Buddhisten gemeinsam genutzt. Überraschend für uns als Europäer, die seit Jahrhunderten an religiöse Auseinandersetzungen und Kriege gewöhnt sind. Dazu das dialektische Denken des Taoismus, von dem Bertold Brecht im „Buch der Wendungen“ berichtete. Eine fast säkulare Lockerheit im kulturellen Erbe? Welch ein Geschenk der Geschichte!

Allerdings ein bisschen zu viel „Kaiserverehrung“ für eine Republik. Vielleicht lautet die Botschaft: „Wir sind stolz auf unsere Geschichte und streben einen Sozialismus mit chinesischem Antlitz an. Aber wir brauchen dazu den weiten Zeithorizont, an den wir durch unsere lange Geschichte gewöhnt sind.“



Bild 1: Yanan, Die Kongresshalle mit den beiden Deutschen rechts oben



Bild 2: Yanan, iPad Touristen vor den Lösshöhlen, in denen die Revolutionäre nach dem Langen Marsch lebten

Das politische China

In **Yan'an**, dem Endpunkt des langen Marsches, der politischen und militärischen Basis der KP Chinas von 1938 bis 1947, hatte Edgar Snow sein berühmtes Interview

mit Mao Tse tung für das Standardwerk „**Roter Stern über China**“ geführt (2). Vor den Lößhöhlen Scharen junger chinesischer Touristen, die rote Fahnen mit Hammer und Sichel entfalten, um sich mit ihren iPads vor den „primitiven“ Höhlen ablichten zu lassen, in denen die Veteranen der chinesischen Revolution nach dem langen Marsch wohnten und ihre sozialistischen Strategien entwickelten. Man blickt aber auch hinab auf eine moderne und gepflegte Stadt am Gelben Fluß mit über 2,5 Millionen Einwohnern. Was für ein Quantensprung im Vergleich zu den ärmlichen Verhältnissen damals, als China ärmer als Indien war. Kurz nach unserer Reise wurde eine neue Schnellzug-Verbindung nach **Xian**, der alten Kaiserstadt im Zentrum Chinas, eröffnet.

Im Gespräch mit der Professorin Sun Jin Song aus Beijing von der Parteihochschule der KPCh in **Peking** wurden nicht nur Erfolge vermeldet (die durchschnittliche Lebenserwartung der 450 Millionen Chinesen lag 1949 bei 30 Jahren, heute liegt sie für 1,4 Milliarden Menschen bei 73 Jahren), sondern auch große Probleme benannt: China habe keine Geduld; der schnelle Übergang von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft bringe nicht nur ökologische Probleme mit sich. Für die Integration der Arbeiter und Bauern in die Städte müsse „ein chinesischer Weg“ gefunden werden. So werden im neuen Fünfjahresplan 32 Millionen Sozialwohnungen für diejenigen gebaut, die sich keine Eigentumswohnungen leisten können. Tendenzen zur Privatisierung der ländlichen Eigentumsverhältnisse konnten sich bisher im Volkskongress nicht durchsetzen. Sun erwähnt, dass die Rolle des Marktes bei der Lösung sozialer Fragen nach wie vor heftig umkämpft sei. Die Kontrolle über den Finanzsektor sei gerade in der Krise eine große Errungenschaft; bisher gebe es noch keine rein private Bank, nur „Joint ventures“.

Am wichtigsten sei allerdings das internationale Umfeld: Der kalte Krieg wirke nach, drohe wieder aufzuflammen. Die USA wollten China einen Rüstungswettlauf aufzwingen. Allerdings: „*Die Wehrlosigkeit der letzten 100 Jahre werden wir nicht wiederholen!*“ Auch gebe es selbst bei Führungskräften eine Anbetung von Reichtum und westlichem Luxus („*Durch Vuitton-Taschen zeigen, dass man nicht mehr arm ist*“).

Interessant die Diskussionen in der Reisegruppe, zu 80 Prozent ehemalige DDR-Bürger. Woran liegt es, dass China den Lernprozess fortsetzen kann, der in der DDR so ruhmlos abgebrochen wurde? „*Die DDR war immer ein Spielball der UdSSR*“ – so eine Antwort.

Lehrreich nach der Rückkehr auch die Reaktion von Nachbarn, Freunden, Genossen: Einerseits großes Interesse und Neugierde, andererseits Reaktionen in der Sprache des Kalten Krieges (Diktatur! Diktatur!), teilweise gepaart mit westlicher Überlegenheit (unser Demokratiemodell ist überall gültig) oder ökonomischer Angst („wir können mit China nicht konkurrieren, die Globalisierung erweist sich als Bumerang!“).

China also immer noch: ein großer Widerspruch. Keine Frage allerdings: China steht vor gigantischen Herausforderungen. Ob es auf Dauer gelingt, den kapitalistischen Tiger zu reiten und die durch die Marktmechanismen verursachten sozialen Polarisierungen zu revidieren?

(1) New Left Review 4/2010 – deutsch in „Lettre International” 89

(2) Edgar Snow: „Roter Stern über China“ 1975, Fischer Taschenbuch Verlag.



Peter Strotmann schrieb in Lunapark21, Heft 10 unter dem Titel „Suche nach der sozialistischen Moderne“ über „Drei Vergleiche der russischen und der chinesischen Revolution.“ Nachzulesen unter http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=3161

Dominique Vidal-Bari

Klassenkämpfe in China

1. Neue Perspektiven nach den großen Streiks des Jahres 2010

Das zu einem maßgeblichen Akteur der Globalisierung aufgestiegene China steht an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Entwicklung. Die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft hat im Vergleich zur Mao-Zeit zu einer tief greifenden Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen geführt. Seit den 1980er und 1990er Jahren werden die sozialen Konflikte immer zahlreicher. Insbesondere die Streiks des Jahres 2010 bei Honda und Foxconn gehören in einen neuen Kontext, der durch eine stärkere, bewusstere und kollektivere Mobilisierung der Arbeiterschaft gekennzeichnet ist. Ist das ein Zeichen für den Beginn einer neuen Ära in der chinesischen Arbeiterbewegung? Das war eines der Hauptthemen bei der auf Initiative von Transform vom 22. bis 24. September 2011 in Wien ausgerichteten *Konferenz „Workers' Struggles from East to West: New Perspectives on Labour Disputes in Globalised China*“ (Kämpfe der Arbeiter von Ost bis West: Neue Perspektiven auf Arbeitskonflikte im globalisierten China).

Im Laufe dieser drei Tage tauschten Teilnehmer mit ganz unterschiedlichem Hintergrund – chinesische Forscher von den Universitäten in Peking und Hongkong sowie von Forschungszentren in China, ferner europäische, amerikanische und australische Sinologen sowie NGO-Aktivisten – ihre Erfahrungen aus und führten fundierte Diskussionen, die durch die häufig sehr verschiedenen Ansätze bereichert wurden. Eines wurde jedoch einhellig festgestellt: Die Arbeitskämpfe haben aufgezeigt, dass die im Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACFTU – All-China Federation of Trade Unions) zusammengeschlossenen offiziellen chinesischen Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die ihnen zukommende Rolle bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

Es bilden sich andere Organisationsformen heraus. Die Grenzen haben sich verschoben. Seit im Januar 2008 das „*Gesetz über den Arbeitsvertrag*“ in Kraft getreten ist, hat sich – obwohl das Gesetz bisher nur teilweise Anwendung findet – eine Schärfung des Bewusstseins im Hinblick auf die **Notwendigkeit kollektiver Forderungen** vollzogen, wie Wang Kann (Chinesisches Institut für Arbeitsbeziehungen) und Mary Callagher (Universität Michigan) anmerken. Vor Ort überschneiden sich zwei ganz unterschiedliche Arten von Bewegungen: solche, die von den offiziellen Gewerkschaften getragen werden – und solche, die aus spontanen Aktionen hervorgehen. „*Die Forderungen der Arbeiterschaft haben das Kernproblem zutage gefördert: Die erforderliche Umgestaltung des ACFTU*“, betont Chang Kai von der Renmin-Universität Peking, Spezialist für chinesisches Arbeitsrecht und Berater der Streikenden während des Konflikts bei Honda. Er stellt klar, dass sich derzeit ein neues Klassenbewusstsein herausbildet, und betont: „*Die Gewerkschaften müssen sich von Grund auf wandeln und echte Fähigkeiten zur Vertretung der Arbeitnehmer entwickeln. Das ist das Kernproblem, von dem die Zukunft der sozialen Bewegung in China abhängt*“, fasst

er zusammen und hebt hervor, dass unbedingt ein neues Verteilungsmodell zugunsten der Arbeiter gefunden werden muss.

Die Lage ist je nach Provinz und Betrieb unterschiedlich, wie die zahlreichen Untersuchungen gezeigt haben, die von den Forschern in den bestreikten Betrieben im Anschluss an die mehrere Wochen anhaltende Welle sozialer Konflikte in den Werken des japanischen Unternehmens in der Provinz Guangdong durchgeführt wurden. Die Streikwelle legte die Fertigung an sämtlichen Bändern von Honda in China lahm. Eine von Cao Xuebing (Universität Keele) und Roger Seifert (Universität Wolverhampton) durchgeführte Untersuchung über die **Streiks bei Honda** (zwischen Mai und Juli 2010) hebt die **Mobilisierung der Arbeiterschaft und die Beilegung der Konflikte durch Kollektivverhandlungen** hervor: Ereignisse, die im heutigen China bisher noch selten zu beobachten sind. Pun Ngai (Peking-Universität und Polytechnische Universität Hongkong), unter deren Leitung das Forschungszentrum für Arbeitsbeziehungen steht, unterstreicht die Wichtigkeit des Zusammenwirkens zwischen Studenten der technologischen und beruflichen Gymnasien und Streikenden. Sie schildert Erfolgsbeispiele, wie etwa die Arbeitsrechtsorganisation SACOM (Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour – Studenten und Dozenten gegen Fehlverhalten von Konzernen) arbeitet.

Lu Huilin (Peking-Universität) zeichnete ein äußerst düsteres Bild von der Realität der Arbeitsbeziehungen im **Baugewerbe**, in dem 10 Prozent des chinesischen BIP erwirtschaftet und erhebliche Reichtümer angehäuft werden. Im Jahr 2009 hatten von zwölf auf einer Liste der Milliardäre Chinas aufgeführten Personen acht ihr Vermögen in der Baubranche gemacht, durch eine unsägliche **Ausbeutung von Wanderarbeitern.** Ca. 95 Millionen Menschen, die überwiegend aus den ländlichen Regionen stammen, gehören heute diesem Sektor des chinesischen Arbeitsmarkts an, einem ungeregelten Wirtschaftsbereich, in dem die Bestimmungen des Arbeitsrechts häufig übergangen werden. So sind etwa Rückstände bei der Lohnzahlung an der Tagesordnung. Die Schwere dieses sozialen Missstands ist zum Großteil darauf zurückzuführen, dass die Anwerbung der Bauarbeiter durch Arbeitgeber erfolgt, die ihrerseits lediglich Subunternehmer für große Bauunternehmen sind.

Nach Einschätzung von Huang Jisu, Forscher an der Akademie für Sozialwissenschaften, Koordinator der Zeitschrift International Critical Thought und Mitverfasser des Buches Unglückliches China, hat die Arbeiterklasse bisher noch nie im Mittelpunkt der chinesischen Politik gestanden, und er wirft die Frage auf, wie sich die Arbeiterklasse im heutigen China überhaupt definieren lässt: Besteht sie wirklich aus verstädterten Arbeitern in der neuzeitlichen Industrie, wie Marx sie vor Augen hatte? Die Antwort lautet „Ja und Nein“. Somit ist eine flexiblere und offenere Neudefinition erforderlich, die den Realitäten des heutigen Chinas Rechnung trägt, in dem ein Großteil der Industriearbeiter Bauern sind, die ihren Heimatort verlassen haben, um ihren Lebensunterhalt als Míngong (Wanderarbeiter) zu verdienen. Laut Huang Jisu ist kaum zu bestreiten, dass China zu den Gewinnern des derzeitigen globalen kapitalistischen Systems zählt. Doch der eingeschlagene Weg stößt an seine Grenzen, weil **die sozialen und menschlichen Kosten zu hoch sind**: Die Ungleichheit der Einkommen ist schockierend, die Gesellschaft zersplittert – und überall im Lande schwelen soziale Brandherde. Es ist höchste Zeit, so betont er, sich eine andere Zukunft zu überlegen.

Tim Pringle (Universität Warwick) befindet, dass zahlreiche Kommentatoren es sich zur Gewohnheit gemacht haben, die **chinesische Arbeiterklasse** stets als Oper der Reform zu schildern, statt als **Triebfeder der Veränderung**. Die Situation ist jedoch keineswegs statisch. Er ruft in Erinnerung, dass im Zuge der Ausarbeitung des im Jahre 2008 in Kraft getretenen Gesetzes über den Arbeitsvertrag eine **umfassende Konsultation der Öffentlichkeit** stattfand, bei der sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer, ausländische Handelskammern sowie Zehntausende von NGO-Aktivisten und einfachen Bürgern zu diesem Themenkreis äußern konnten. Dank dieser Konsultation konnten die chinesischen Arbeiter – insbesondere die qualifiziertesten und erfahrensten in der Privatwirtschaft – die erforderliche kritische Masse an Kenntnissen über das weltweite industrielle System und über ihre gesetzlich verbrieften Rechte ansammeln. Trotzdem lasten nach wie vor erhebliche Einschränkungen auf der Entwicklung einer Arbeiterbewegung in China – insbesondere das gesetzliche Verbot neuer derartiger Bewegungen, da es in China keine Vereinsfreiheit gibt.

Carlos Polenus (IGB, Brüssel) ruft dazu auf, den Bereich der Zusammenarbeit auszuweiten, im Kontext der Globalisierung und der Krise des Kapitalismus sowie angesichts der Schärfung des Bewusstseins der Arbeiterschaft, auf welche die chinesischen Gewerkschaften reagieren müssen. Die Frage, ob Solidarnos´c´ ein Modell für China sein könne, verneint er unter Verweis auf die derzeitigen Arbeitsbedingungen in Polen.

Wolfgang Greif, Internationaler Sekretär der GPA-DJP, Österreich (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier), fordert China auf, sämtliche **arbeitsrechtlichen Grundnormen** der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organisation) zu ratifizieren, insbesondere die Übereinkommen zur Vereinsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Die Nachfrage seitens der chinesischen Gewerkschaften nach internationaler Zusammenarbeit sei jedenfalls sehr wichtig.

„*Ziel dieser Konferenz ist auch, Kenntnisbausteine zu liefern und ein chinesisch-europäisches Netzwerk zu Arbeitsfragen einzurichten*“, ruft Josef Baum von Transform Österreich in Erinnerung und wirft die Frage auf, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterbewegungen gewählt werden sollten. Dazu gab es Wortmeldungen von mehreren Gewerkschaftern und NGO-Aktivisten hinsichtlich der Perspektiven für den Austausch zwischen den internationalen und den chinesischen Gewerkschaften sowie zwischen den verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen (NGO).

2. Die soziale und die ökologische Herausforderung

Beim internationalen Forum zum Thema „*Klimawandel und Vergleiche zwischen den sozioökonomischen Bewegungen in China und Europa*“, das im November 2011 in Peking auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der juristischen Fakultät der Renmin-Universität Peking abgehalten wurde, konnten die ökologischen Herausforderungen herausgearbeitet werden, denen sich China stellen muss. Bei dieser Konferenz handelte es sich um eine Premiere, erklärte Lutz Pohle, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking, insofern als europäische Forscher sowie in den sozialen und ökologischen Bewegungen engagierte Akteure mit chinesischen Hochschuldozenten, Parlamentariern, hochrangigen Beamten und Vertretern von NGO zusammentrafen. Die Vielfalt der chinesischen Mitwirkenden veranschaulichte die unterschiedlichen Formen des Engagements und die je spezifische Dynamik der Mobilisierung, die von diesen Akteuren getragen wird. So wurde auf originelle Weise deutlich, wie China nach dreißig Jahren Wirtschaftswachstum seine Umweltprobleme angeht.

Die Herausforderungen sind immens: Das bevölkerungsreichste Land der Erde zählt heute auch zu den Ländern mit den größten Umweltbelastungen. „*Wir produzieren billig, die ganze Welt profitiert davon – aber wir bezahlen den Preis dafür*“, unterstreicht Yu Jie, Leiter der NGO The Nature Conservancy. Die kritische Lage hat die chinesischen Behörden inzwischen dazu bewegt, ihr Wachstumsmodell zu revidieren und vermehrt auf Qualität statt auf Quantität zu setzen. Zhou Ke, Dekan der juristischen Fakultät der Renmin-Universität, merkt an, dass das Wirtschaftswachstum durch eine Umwelthypothek belastet wird, da die Umweltschäden sich auf über drei Prozent des BIP belaufen. Zudem werden durch Umweltprobleme immer auch politische und gesellschaftliche Fragen aufgeworfen, in China vielleicht sogar noch stärker als anderenorts: Die Demonstrationen der Bevölkerung wegen Umweltskandalen bilden inzwischen eine Konstante in der chinesischen Politik.

Zhai Yong, Abgeordneter im chinesischen Parlament, dem Nationalen Volkskongress, beschreibt, wie China im Laufe der letzten drei Jahrzehnte parallel zur wirtschaftlichen Expansion einen **Rechtsrahmen** buchstäblich von Null aufbauen musste. Bereits 1979 brachte die Regierung einen Gesetzesvorschlag zum Umweltschutz ein, der seit 1989 zu den Verfassungszielen gehört. Seitdem hat die Zentralregierung eine Unzahl von Verordnungen zum Umweltschutz erlassen, insbesondere Texte zum Schutz von Luft und Gewässern, zu festen Abfällen, zur Beurteilung der Umweltauswirkungen, zur umweltgerechten Fertigung, zum Energiesparen sowie zu erneuerbaren Energien. Doch Papier ist geduldig: Wie ein ganz erheblicher Teil der chinesischen Gesetzgebung sieht es auch bei diesem eigentlich erstaunlich umfassenden und modernen Umweltrecht äußerst problematisch mit der Umsetzung aus, denn die regionalen Behörden haben weitaus mehr Interesse am Wirtschaftswachstum in ihrem jeweiligen Gebiet als am Umweltschutz.

Doch inzwischen ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung – statt einer nur an möglichst raschem Wachstum orientierten Entwicklung – auf der Agenda weit nach oben gerückt. Um es mit den Worten von Huan Qinzhi, Professor an der Fakultät für Marxismus der Peking-Universität (Beida) zu sagen: Es gibt keinen Gegensatz zwischen einer „grünen Wirtschaft" und einer „roten Wirtschaft". Die Bestrebungen der gesellschaftlichen Bewegungen (für eine „grüne Gesellschaft") fließen zusammen mit den Bestrebungen der traditionellen Arbeiterbewegungen (für eine „rote Gesellschaft"). **Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit können Hand in Hand gehen,** sofern das grundlegende Ziel des Wirtschaftswachstums angemessen festgelegt wird. Sprich: Das Wirtschaftswachstum muss der Deckung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen dienen und darf nicht dem Gesetz der Profitmaximierung für das Kapital unterworfen sein. „*In einer im Wachstum begriffenen Volkswirtschaft wie der chinesischen*", erläutert er, „*ist Wachstum schlichtweg eine notwendige – und damit zeitweilige – Voraussetzung, innerhalb eines bestimmten Stadiums der langfristigen Entwicklung, die zur umfassenden Deckung der Bedürfnisse der Bürger führen wird. Der Kern der ökologischen Bedrohung liegt in der Abhängigkeit der Chinesen von rein ökonomischen Kriterien.*"

Der Wirtschaftswissenschaftler Maxime Combes von der Bewegung Attac-Frankreich ruft in Erinnerung, dass das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen zur Herausbildung **neuer Bürgerinitiativen** geführt hat, die sich an der Dringlichkeit der Klimagerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit orientieren. „*Die Klimakrise ist mit sozialen Dimensionen und mit Ungleichheiten sowohl für die Verursacher als auch für die Leidtragenden des Klimawandels verbunden*." Er beschreibt den Einsatz dieser Bewegungen für eine echte Energiewende, welche wirkungsvolle internationale Regelungen und eine jeweilige nationale Politik erfordert, die es nicht bei einigen punktuellen und teilweisen Anpassungen belassen darf, sondern einen Bruch vollziehen muss, damit die Staaten der Welt gemeinsam auf die klimatischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen eingehen können.

Aber, so stellt Josef Baum (Transform Österreich) bedauernd fest, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Europa bei den Politikern und in der öffentlichen Meinung die **Klimakrise in die zweite Reihe zurückgedrängt**, als ob beide nichts miteinander zu tun hätten. Er befindet, dass die derzeitige Krise für die Chinesen zugleich eine Herausforderung und eine Chance darstellt, die genutzt werden sollte, um die erforderlichen grundlegenden Änderungen vorzunehmen, sodass gesunde und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen geschaffen und fossile Brennstoffe eingespart werden können.

Eva Steinfeld geht auf die Frage der **Energiewende in China** ein. Dabei betont sie, dass eine derartige Wende mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet sein wird, da das Land sehr stark von Kohle abhängig ist (70 Prozent des Verbrauchs an Primärenergie), auch wenn der zwölfte Fünfjahresplan (2011–2015) der Bekämpfung der Umweltverschmutzung und der Entwicklung einer umweltfreundlichen Wirtschaft einen prominenten Platz einräumt. Zu den Planvorgaben zählen insbesondere die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien beim Primärenergieverbrauch von 8% auf 11,4%, ferner die Verringerung der Treibhausgasemissionen, eine Verringerung der Emissionen der Hauptschadstoffe um 8% bis 10%, eine Ausweitung der bewaldeten Flächen usw. Im Jahr 2010 wurden laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNPD (United Nations Development Programme) 177 Milliarden Euro in saubere Energien investiert, d. h. 30% mehr als im Vorjahr.

Zahlreiche Beiträge stimmten dahingehend überein, dass die allgemeine Herausbildung eines Bewusstseins für die Umweltproblematik in den 1990er Jahren ihren Anfang genommen hat, d. h. in den Jahren, die durch eine rasend schnelle Industrialisierung geprägt waren. Dieses **Umweltbewusstsein** schrieben sich schon bald Hunderte NGO auf die Fahnen: inzwischen gibt es mehr als 3.200 nichtstaatliche Umweltorganisationen. Doch, so bedauert Yu Jie, „*die Transparenz und die Offenheit der Informationen sind begrenzt*".

Wang Quandian (Landwirtschaftliche Universität Kanton) geht auf die grundlegenden Prioritäten beim Wandel des Wirtschaftsmodells ein, welche mit einer Entwicklung unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte einhergehen müssen. „*Anders formuliert",* sagt er*, „müssen wir die Demokratie vertiefen, die Mitwirkung der Öffentlichkeit ausweiten und die Rechtsstaatlichkeit als oberstes Prinzip durchsetzen. Nur auf diesem Wege kann die gesellschaftliche Verankerung der Umweltpolitik gelingen.*" Er beschreibt, wie in den letzten Jahren die Bevölkerung an **zahlreichen Demonstrationen und Aktionen** mitgewirkt hat, um gegen unverantwortliche Unternehmen zu protestieren oder die Schließung von gefährlichen Standorten zu verlangen. Dabei hat sich jedes Mal das Internet als wichtiger Transmissionsriemen für die Protestierenden erwiesen. Näher erläutert er dies am Beispiel der Stadt Xiamen in der Provinz Fujian. Einem über das Mobilfunknetz verbreiteten SMS-Aufruf folgend, gingen im Frühjahr 2007 Tausende von Bürgern, vor allem aus der Mittelschicht, auf die Straße, um gegen das Vorhaben zum Bau einer riesigen Chemiefabrik zu protestieren, in der Paraxylol erzeugt werden sollte, ein aromatischer Kohlenwasserstoff für die Polyesterherstellung.

Abschließend ruft Lutz Pohle in Erinnerung, dass sich in China inzwischen eine Vielzahl heterogener Akteure zu einem gemeinsamen und kohärenten ökologischen und sozialen Diskurs gebündelt haben, wobei man jedoch nicht aus dem Auge verlieren darf, dass das jeweilige Engagement in ganz anderen Kontexten und Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung als in den großen kapitalistischen Ländern steht. Jenseits dieser Differenzen konnte jedoch bereits eine ganze Reihe von globalen Konvergenzen festgestellt werden

http://transform-network.net/de/zeitschrift/ausgabe-102012/news/detail/Journal/china-new-perspectives-after-the-great-strikes-of-2010.html

Lutz Pohle (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Peking)

Neue Führungsgeneration in Peking

Der Personalwechsel an der Spitze der KP Chinas ist vollzogen, die Probleme indes sind nicht gelöst

Er und sein Team sähen sich »enormer Verantwortung« gegenüber, sagte der neue Generalsekretar des ZK der KP Chinas, Xi Jinping, nach der Vorstellung der sechs Genossen, die mit ihm künftig im Ständigen Ausschuss des Politbüros sitzen werden. Xi wurde unerwartet auch gleich zum Vorsitzenden der Militärkommission, also zum Chef der Streitkräfte, ernannt.

Dem Ständigen Ausschuss des 24-köpfigen Politbüros gehören neben Parteichef Xi Jinping (59) der künftige Regierungschef Li Keqiang (57), der neue Vorsitzende der Disziplinkommission Wang Qishan (64), Vizepremier Zhang Dejiang (65),

Propagandachef Liu Yunshan (65) sowie die Parteichefs von Shanghai und Tianjin, Yu Zhengsheng (65) und Zhang Gaoli (65), an. Mit diesen Personalentscheidungen geht ein Parteitag zu Ende, der wenig Neues gebracht hat und über weite Strecken von politischen Kompromissen und vom "weiter so" geprägt war. Dabei sind die **Aufgaben**, vor denen die neue Führung des Landes steht, wahrhaftig **gewaltig**: China muss in den nächsten Jahren mit deutlich weniger Wachstum zurecht kommen, zugleich ökologischer und sozialer wirtschaften sowie transparent und rechtsstaatlich werden und gleichzeitig muss die Stabilität des Landes bewahrt werden. Auf diesen Nenner gebracht, lassen sich die Aufgaben zusammenfassen, vor denen die neue Führung der Partei und des Landes steht.

Weniger Wachstum

Nach dreißig Jahren mit Wachstumsraten über 10 Prozent wird die Wirtschaft in China 2012 erstmals weniger als 8 Prozent wachsen. Das stellt die neue Führung vor riesige Probleme. Ex-Parteichef Hu Jintao sprach zum Auftakt des Parteitages von einem "neuen Wirtschaftsmodell", das China jetzt benötigt. Die arbeitsintensive Exportindustrie taugt nicht mehr zum Wachstumsmotor. Mit Binnenmarktentwicklung und nationaler Konjunktur sollte seit Ausbruch der Euro- und Schuldenkrisen im Westen die Wende in der Wirtschaftsentwicklung eingeleitet werden. Aber die politischen Karrieren von Kadern und Funktionären der Partei hängen nach wie vor hauptsächlich von den Wachstumsraten ab, die sie in ihrem Verantwortungsbereich erreichen. Bei den Bürgern wächst die Erkenntnis, dass dieser obsessive Drang nach Wachstum immer weniger nachhaltig ist. Aber die Frage, ein anderes Wachstumsmodell einzuführen, stand schon auf dem letzten Parteitag, der im Jahre 2007 abgehalten wurde. Und obwohl der scheidende Generalsekretär Hu Jintao in seinem Bericht an den Parteitag die Forderung wiederholte, die wirtschaftlichen Reformen fortzusetzten, liess er offen, welche konkreten Massnahmen damit gemeint sind. Das Spektrum der diskutierten und geforderten Maßnahmen reicht von der Liberalisierung des Bankensektors bis zur Zerschlagung der grossen Staatsbetriebe, ohne dass erkennbar wurde in welche Richtung es geht. Gleichzeitig heißt es, dass China am Aufbau seines „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ festhalten wird. Dazu passt, dass Hu Jintao hat seinen Landsleuten versprochen hat, dass sich ihre Einkommen bis 2020 noch einmal verdoppeln sollen. Auch Chinas gesamte Wirtschaftsleistung solle sich bis dahin erneut verdoppeln. Wie das angesichts der gegenwärtigen Probleme erreicht werden soll, das überlässt Hu Jintao weitgehend seinen Nachfolgern.

China muss in Zukunft ökologischer und sozialer wirtschaften

Die atemberaubende wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist mit gigantischen Umweltschäden und einem ständig steigenden Verbrauch an Ressourcen erreicht worden. Gleichzeitig hat sich die Schere zwischen Arm und Reich enorm vergrößert, drohen die sozialen Gegensätze das Land auseinander zu reißen. Hu Jintao hat auf dem Parteitag deutlich gemacht, dass dieser Weg nicht weiter gegangen werden kann. Erstmals werden im Bericht an den Parteitag Umweltschutz und Ökologie gleichrangig neben wirtschaftlicher, politischer und kultureller Entwicklung genannt. Ökologie und Umweltschutz wurden als Aufgabe in das Statut der Partei aufgenommen. Hu nannte die Verringerung der sozialen Gegensätze und die stärkere Berücksichtigung der Interessen der Bürger eine wichtige Aufgabe der Partei. Die zunehmende Polarisierung im Land war zuletzt durch heftige Auseinandersetzungen um den Bau eines neuen Chemiewerkes in der Stadt Ningbo international bekannt geworden. Dort waren tausende Bürger auf die Strasse gegangen, weil sie befürchteten, dass ihre Interessen denen des grössten chinesischen Ölkonzerns geopfert werden. Die Regionalregierung hat den Bau der Anlage jetzt vorläufig gestoppt und den Protesten nachgegeben. Anderswo kommt es immer wieder zu sogenannten „Zwischenfällen mit Massencharakter“ – eine beschönigende Umschreibung für soziale Proteste, die sich häufig an nicht gezahlten Löhnen, an Beamtenwillkür oder Schikanen der Sicherheitskräfte entzünden. Es wird an der neuen Führungsgeneration sein, die Probleme zu lösen.

Politik und Wirtschaft müssen transparent und rechtsstaatlich werden

In seiner Parteitagsrede hat Hu Jintao hervorgehoben, dass China in den vergangenen zehn Jahren zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen und "neue historische Erfolge" errungen habe. Er ruft zur Fortführung der Reformen auf und schloss auch politische Reformen ein. Westlichen Vorbildern erteilte er jedoch eine klare Absage: "Wir werden niemals ein westliches politisches System kopieren" sagte er. Er sprach von den grundlegenden Veränderungen in China und in der ganzen Welt. Diesen könne sich die Partei nicht entziehen. Die Meinungen zu politischen Reformen gehen in China jedoch nach wie vor weit auseinander. Fang Ning von der Chinesischen Akademie fuer Sozialwissenschaften tritt dafür ein, den bisherigen Weg “Die Steine ertastend den Fluss überqueren“ weiter zu gehen. Patriarch Deng Xiaoping hatte Anfang der achtziger Jahre diese Losung für die Wirtschaftreformen ausgegeben. Danach waren überall im Lande Sonderwirtschaftszonen entstanden und Reformen in der Wirtschaft eingeleitet worden, die letztlich dazu geführt haben, dass sich Chinas Bruttosozialprodukt seit 1980 vervierfacht hat. Eine nicht unbedeutende Gruppe von Parteifunktionären, beraten von Sozialwissenschaftlern wie Fang tritt nun dafür ein, dieses Modell auch anzuwenden, um Wahlen und andere demokratische Freiheiten in China schrittweise einzuführen. Dem widerspricht die Zeitung Global Times: Das Vorgehen Deng’s war für die 80er/90er Jahre und für die Wirtschaft anwendbar, heißt es dort, für die Reform des politischen Systems sei es nicht praktikabel. Auch wie es weitergehen soll im Kampf gegen Korruption und Verschwendung blieb unklar. Zwar warnte Hu Jintao die Parteitagsdelegierten, wenn es nicht gelinge, die Korruption in den Griff zu bekommen, könne dies zum "Kollaps von Partei und Staat" führen, aber über die bekannten Aufrufe zu mehr Disziplin und Wachsamkeit hinaus blieb er die Antwort schuldig, wie die vorhandenen strengen Grundsätze der Partei schliesslich durchgesetzt werden sollen. Bislang werden Partei und Staat in China als eine Einheit wahrgenommen. Die Partei durchdringt alle Bereiche von Regierung und Gesellschaft. Aber sie hat ihre eigenen Disziplinareinheiten. Vergehen von Parteimitgliedern werden zunächst dort behandelt, bevor sie, wenn überhaupt, an staatliche Stellen übergeben werden. Zugleich ist politische Entscheidungsgewalt eng mit wirtschaftlichen Interessen verbunden. Seit zuletzt die New York Times das riesige Vermögen offengelegt hat, dass die Familie von Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Amtszeit angehäuft haben soll, seit den Skandalen der letzten Jahre – von gepanschter Milch über gewissenslose Fälschung von Arzneimitteln unter Beteiligung höchster Regierungsstellen bis hin zum Sturz des Spitzenfunktionärs Bo Xilai - seitdem befindet sich die Partei in einer Legitimationskrise. Da hilft es wenig, wenn Hu auf dem Parteitag appelliert, dass die Funktionäre auch für das Verhalten ihrer Familienangehörigen Verantwortung tragen. Der Aufbau eines Rechtssytems kommt nicht schnell genug voran. Politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden zumeist in kleinen Zirkeln ausgehandelt. Auch das neue Zentralkommittee der Partei, sein Politbüro und der Ständige Ausschuss sind letztlich das Ergebnis eines langwierigen Aushandelns und Ausgleichs hinter den Kulissen zwischen den verschiedenen Interessengruppen als das Resultat eines transparenten Auswahlverfahrens.

Stabilität und Einheit des Landes wahren

Es ist schließlich gelungen, auf dem Parteitag in Peking den Übergang auf die fünfte Führungsgeneration seit der Gründung der Volksrepublik ohne größere Verwerfungen zu vollziehen. Die eigentliche Herausforderung beginnt jedoch erst. An China werden von vielen Seiten große Erwartungen gestellt - sei es als Lokomotive der Weltkonjuntur oder seine Rolle als Entwicklungsmodell und Weltmacht. Die neue Führung muss die Einheit und territoriale Integrität des Riesenlandes wahren, gleichzeitig die sozialen und politischen Konflikte im Inneren ausgleichen und das alles unter den Bedingungen, dass sich alte und neue Konflikte mit den Nachbarn wieder aufbrechen und die internationale Lage mit ihren Krisen und Konflikten weiter zuspitzt. „Veränderung muss mit Kontinuität ausgewogen werden“, nennt die regierungsnahe Pekinger Zeitung „Global Times“ den neuen Kurs.

http://www.rosalux.de/news/38923/neue-fuehrungsgeneration-in-peking.html

14 November 2012:
Streiks und Demonstrationen europaweit

Neuformierung europäischer Solidarität - Wendepunkt?

„Am 14. November – inmitten der Woche – passierte etwas Neues. Ausgehend von Spanien und Portugal legten GewerkschafterInnen in Italien, Griechenland, Frankreich und Belgien die Arbeit nieder. Ein koordinierter »Aktions- und Solidaritätstag«, wie es ihn zuvor in Europa noch nicht gegeben hat. Widerstandstag gegen einen Umbau Europas, den der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi im Sommer dieses Jahres auf die knappe Formel gebracht hatte: »Das europäische Sozialmodell ist tot« (…)In diesem Szenario könnte der »Aktions- und Solidaritätstag« des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) einen Wendepunkt markieren. (…) Eine Europäische Gewerkschaftspolitik gab es in den zurückliegenden fünf Jahren europäischer Krise und verschärfter Austeritätspolitik nicht. Mit einer klugen Politik der Gewerkschaften könnte dies anders werden. Grundlagen sind am 14. November geschaffen worden (…) Das war bei weitem noch nicht die Aufhebung der Spaltung in der europäischen Gewerkschaftsbewegung, die nicht nur zwischen den Gewinnern wettbewerbskorporatistischer Regime und Schuldnerstaaten verläuft, sondern auch innerhalb der nationalen Gewerkschaftsverbände. Aber es kann der Beginn einer neuen Erzählung der europäischen Gewerkschaftsbewegung sein. (Sozialismus-Redaktion, 16.11.2012 http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/wendepunkt/)

Übersicht über die Aktionen: http://www.etuc.org/r/1897

Florenz, 14.November 2012

Europa neu begründen

Wege aus der europäischen Krise. Konferenz über Alternativen zur Sparpolitik in Essen, 17.11.2012

Videodokumentation der Beiträge: http://www.rosalux.de/documentation/46954/europa-neu-begruenden.html

EuroMemorandum 2013: The deepening crisis in the European Union: The need for a fundamental change
http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2013.pdf

---

Deutscher Gewerkschaftsbund, Klartext 42/2012
Tarifautonomie: EU-Kommission will europaweit Löhne senken

Im Schatten der Krise arbeitet die EU-Kommission am Abbau der Arbeitnehmerrechte in Europa. Nun soll zukünftig eine „tripartite Lohnbeobachtungsgruppe“ die Lohnpolitik der EU-Staaten „koordinieren“. Ein klarer Angriff auf die Tarifautonomie.

Lohnkürzungen, Entlassungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – die Menschen in Europas Krisenländern trifft die Kürzungspolitik hart. Der Mindestlohn in Griechenland wurde z.B. um 22 Prozent, bei Jugendlichen sogar um 33 Prozent gesenkt. Die Auflagen der Troika haben hier die Arbeitskosten zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv gesenkt.

Verfassungsrechte im Visier

Doch auch Beschäftigte anderer Länder sind bedroht: Im Schatten der Krise arbeitet die EU-Kommission an einem Abbau der Arbeitnehmerrechte in ganz Europa. Selbst die in Deutschland und anderen EU-Ländern verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie nimmt Brüssel ins Visier – also das Recht von Beschäftigten und Gewerkschaften, Löhne und Arbeitsbedingungen frei von staatlichem Einfluss auszuhandeln.

Durch die Auflagen der Troika wurden die Arbeitskosten in den Krisenländern zu Lasten der ArbeitnehmerInnen massiv gesenkt.
Die europäischen Verträge legen zu Recht fest, dass die EU in Fragen des Arbeitsentgelts keine Kompetenz hat. Zu unterschiedlich sind die Arbeitssysteme innerhalb der EU.

Dennoch mischt sich die EU-Kommission seit Ausbruch der Krise in der Eurozone immer stärker in die Belange der Tarifpartner ein. Ihr Ziel: Die Löhne sollen in ganz Europa sinken oder langsamer steigen. Je besser die Bedingungen für die Arbeitgeberseite, desto „beschäftigungsfreundlicher“ die Politik, so das Motto.

Wachsender Druck auf Gewerkschaften und Löhne

Die wirtschaftspolitische Abteilung der Kommission hat jüngst konkret aufgelistet, was sie für „beschäftigungsfreundlich“ hält: „Reformen“, die den Geltungsbereich von Tarifverträgen reduzieren, die Tarifverhandlungen zunehmend auf die betriebliche Ebene verlagern und die – so wörtlich – „insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen“.
Seit einigen Jahren sorgt die EU-Politik für wachsenden Druck auf Gewerkschaften und Löhne. Mit dem Euro-Plus-Pakt verpflichteten sich die EU-Staaten dazu, die Lohnkosten nur langsam steigen zu lassen. Auch der Grad der Zentralisierung von Lohnverhandlungen soll „überprüft“, also verringert werden. Der Maßstab für die Lohnentwicklung wäre dann nicht mehr die gesamtwirtschaftliche, sondern die betriebliche Produktivität.
Flächentarifverträge sollen durch betriebliche Abkommen ersetzt werden. Das Kalkül dahinter: Zusammenhalt und Macht der Beschäftigten schwächen und niedrigere Lohnabschlüsse erzwingen.

Tarifautonomie verteidigen

Mit dem „Mechanismus gegen Makroökonomische Ungleichgewichte“ wurden per Gesetz Obergrenzen für die Lohnstückkosten festgelegt: Steigen die Löhne in einem Land nach Ansicht der EU-Kommission zu schnell und unternimmt die jeweilige Regierung nichts dagegen, drohen hohe Geldstrafen.
Diese Politik wird jetzt fortgesetzt: eine „tripartite Lohnbeobachtungsgruppe“ – bestehend aus Arbeitgebern, Kommission und Gewerkschaften – soll nun die Lohnpolitik der EU-Mitgliedsstaaten „koordinieren“.
Für die Gewerkschaften aber gilt: Die Tarifautonomie muss verteidigt werden. Wenn die Kommission künftig über Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen mitbestimmt, freuen sich allenfalls Aktionäre und Arbeitgeber. Der Großteil der Menschen würde hingegen unter sinkenden Einkommen leiden.
http://www.dgb.de/themen/++co++83cb2e34-3f94-11e2-a3ee-00188b4dc422

Steffen Stierle (Attac Deutschland) und
Kenneth Haar (Corporate Europe Observatory)

Troika für alle und immer

Strenge Kreditvorgaben und eine Reihe neuer, neoliberaler EU-Gesetze haben in Europa einen massiven Angriff auf Sozialstaatlichkeit und Demokratie eingeleitet. Nun stellt sich die Frage, ob es noch schlimmer kommen kann. Ein Blick auf die Entwürfe für eine Fiskalunion und eine vertiefte wirtschaftspolitische Integration macht deutlich: Ja, es kann.

•

Seit dem Ausbruch der Eurokrise 2010 haben die Europäische Kommission und der Europäische Rat eine ganze Reihe neuer EU-Gesetze, Verordnungen, Abkommen und Verträge verabschiedet, mit denen eine klare Antwort auf die Krise gegeben wird: Austerität. Ein komplexes Regelsystem wurde geschaffen, das politische Schlüsselentscheidungen zu einer Angelegenheit für Technokraten macht.
Für die Bürger wird es derweil immer schwieriger, politisch Einfluss zu nehmen. Am deutlichsten findet der Anschlag auf soziale Rechte und Demokratie in den Auflagen seinen Ausdruck, die Griechenland, Irland, Portugal und Spanien als „Gegenleistung“ für Kredite aus der EFSF und dem ESM akzeptieren müssen. Die Schuldnerstaaten werden gezwungen, strenge Kürzungsmaßnahmen umzusetzen.

Die Pakete umfassen beispielsweise weitreichende Kürzungen im Gesundheitswesen, bei der Arbeitslosenunterstützung, den Renten, den Löhne, der öffentlichen Beschäftigung sowie bei den öffentlichen Investitionen ebenso wie Erhöhungen der Verbrauchssteuern und umfassende Privatisierungsprogramme. Diktiert werden diese Maßnahmen durch so genannte „Memoranden of Understanding“, die die Regierungen der Länder mit der Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF, aushandeln müssen. Die Folge dieser Politik ist eine Rezession, die die wirtschaftliche Krise noch verschlimmert und zudem eine tiefe soziale Krise verursacht.

Doch nicht nur die Menschen in den Schuldnerstaaten sind betroffen: Ein komplexes System von Rechtsverordnungen wurde ausgearbeitet, um eine derartige Kürzungspolitik in allen EU-Mitgliedsländern zu verankern. Dieses System ist bereits so umfassend, dass die Frage nahe liegt, ob es möglich ist, noch weiter zu gehen. Wenn man sich anschaut, was der Europäische Rat aktuell mit den **Entwürfen** für eine **Fiskalunion** und eine **vertiefte wirtschaftspolitische Integration** diskutiert, wird schnell klar dass die Verankerung neoliberale Politik in den nächsten Monaten zu neuen Extremen geführt werden soll.

Die neue „Wirtschaftsregierung“ - Ein Überblick

Im Zuge der Eurokrise wurden Reformen umgesetzt, die in allen EU-Mitgliedsländern (und insbesondere in den Ländern der Eurozone) dieselbe Politik vorantreiben. Die wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielräume der Mitgliedsländer werden dadurch beschränkt. Um zu verdeutlichen, was mit den Vorschlägen für eine Fiskalunion und eine tiefere wirtschaftspolitische Integration auf dem Spiel steht, ist es sinnvoll, zunächst kurz die bereits durchgesetzten Maßnahmen durchzugehen.

Das Europäische Semester

Das Europäische Semester wurde zum ersten Mal 2011 angewandt und ist mittlerweile Routine geworden. Jedes Jahr im April legen die Mitgliedsländer der Europäischen Kommission ihre Haushaltsentwürfe für das kommende Jahr zur Diskussion vor. Im Juni wird der Haushalt jedes einzelnen Mitgliedstaates dann vom Europäischen Rat diskutiert. Dieser spricht den Regierungen Empfehlungen aus. Dies alles geschieht, bevor sich die nationalen Parlamente äußern dürfen. Die durch den Rat ausgesprochenen Empfehlungen basieren auf der fehlgeleiteten Annahme, dass die Krise durch unverhältnismäßig hohe öffentliche Ausgaben verursacht wurde, weshalb die meisten Mitgliedsländer beispielsweise die Empfehlung erhielten, ihr Rentensystem zu reformieren.

Der Euro-Plus-Pakt

Anfang 2011 wurde der Euro-Plus-Pakt eingeführt. Dieser Pakt zeigt klar, aus welcher Richtung der politische Wind im Europäischen Rat weht. Dieser Pakt hat zwei zentrale, politische Stoßrichtungen die durch Druckmechanismen forciert werden:
1) Nachhaltige öffentliche Finanzen: Um die vollständige Umsetzung des "Stabilitäts- und Wachstumspaktes" sicherzustellen, soll die höchste Aufmerksamkeit auf die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems, der Gesundheitsfürsorge und der Sozialleistungen gelegt werden. In anderen Worten: Zukünftige Kürzungen sollen zuerst und vor allem die Sozialausgaben betreffen.
2) Durch niedrige Löhne und Arbeitsmarktflexibilisierung soll die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Der Sixpack

Der „Sixpack“ (fünf Verordnungen und eine EU-Richtlinie, die im Januar 2012 in Kraft traten) stellt die nationalstaatliche Haushaltspolitik der Mitgliedsländer unter strenge Aufsicht. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die bereits existierenden Vorschriften über die maximal zulässige Gesamtverschuldung und das jährliche Defizit strikt eingehalten werden. Mitgliedsländer, die die Vorschriften nicht einhalten, sollen sanktioniert und gezwungen werden, auf einen strikten Konsolidierungskurs umzuschwenken.
Durch den „Sixpack“ wird zudem ein System der Überwachung „makroökonomischer Ungleichgewichte“ eingeführt. Ungleichgewichte werden dabei vor dem Hintergrund der Wettbewerbsfähigkeit definiert. Das bedeutet zum Beispiel, dass wenn sich in den Mitgliedsländern die Löhne ungleich entwickeln, immer jene Länder „das Problem“ sind, in denen die Löhne höher sind. Schließlich sind niedrige Löhne wettbewerbsfördernd. Selbiges gilt für Renten, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern. Konvergenz soll also durch eine Harmonisierung nach unten erreicht werden.

Sollten die Mitgliedsländer auf entsprechende Ungleichgewichte nicht durch Reformen reagieren, werden verschiedene Druck- und Sanktionsmechanismen ausgelöst, durch die sie zu den vorgegebenen Lohnsenkungen oder Sozialreformen gezwungen werden. Der „Sixpack“ galt ursprünglich nur für die Euroländer, wurde aber inzwischen auch auf Länder außerhalb der Eurozone ausgeweitet.

Der Fiskalpakt

Der Fiskalpakt - ein Vertrag, den alle EU-Mitgliedsländer außer Großbritannien, Schweden, der Tschechischen Republik und Ungarn unterzeichnet haben – stellt wie die anderen Maßnahmen auch die öffentliche Verschuldung ins Zentrum der Krisenanalyse. Er zielt darauf ab, diese Verschuldung durch Kürzungsmaßnahmen rasch abzubauen und dauerhaft niedrig zu halten. Der Fiskalpakt wird am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die wichtigste Regel, die damit eingeführt wird, bezieht sich auf das Defizit der Mitgliedsländer. Durch die Vertragsunterzeichnung verpflichten sie sich zur

Umsetzung einer Gesetzgebung, die das (strukturelle) Defizit je nach Schuldenstand auf 0,5 beziehungsweise 1% des BIP beschränkt. Diese Regel ist wesentlich strenger als jene aus den Maastricht-Kriterien, welche ein maximales Defizit von 3% zulässt.

Zudem verpflichtet der Fiskalpakt die Mitgliedsländer, die öffentliche Verschuldung auf maximal 60% des BIP zu reduzieren. Momentan sind fast alle Eurozonen-Staaten weit höher verschuldet: Im Durchschnitt beträgt die Staatsverschuldung infolge des Steuerdumpings, der globalen Finanzkrise und der irrsinnigen Bankenrettungsaktionen 87% des BIP. Der Fiskalpakt sieht nun vor, dass Kürzungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, bis die Staatsverschuldung auf ein „angemessenes Niveau“ gefallen ist. Falls die Staaten die Schulden nicht schnell genug abbauen, müssen sie einen erheblichen Souveränitätstransfer akzeptieren: Die Europäische Kommission erhält dann ein weitreichendes Mitspracherecht in der Haushaltspolitik.

Die Länder, die den Fiskalpakt ratifizieren, verpflichten sich, die neuen Regeln in ihrer Verfassung oder, wenn das nicht möglich ist, an anderer, zentraler Stelle in ihrer Gesetzgebung zu verankern. Eine Kündigungsklausel ist nicht im Vertrag enthalten. Damit wird es künftigen Regierungen kaum möglich sein, eine andere politische Richtung einzuschlagen, ohne die EU zu verlassen. Der Fiskalpakt soll bis in alle Ewigkeit gelten.

Alles in allem führt der Fiskalpakt zu einer deutlichen Schwächung der nationalen Parlamente und zu einem enormen Druck auf Staatsausgaben wie öffentliche Investitionen, Bildung und Sozialversicherungssysteme. Zudem bedeutet er einen weiteren Schritt hin zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, indem er der Kommission und dem Rat die Befugnis überträgt, wirtschaftspolitische Reformen genehmigen oder ablehnen zu können.

Der Twopack

Der „Twopack“ wurde noch nicht endgültig verabschiedet. Dies wird aber in Kürze geschehen. Er enthält Regeln, durch die die Mitgliedsländer mit einer zu hohen Verschuldung unter strengere Kontrolle gestellt werden. Ein Aufsichtsmechanismus mit weitgehenden Durchgriffsrechten kommt dann zum Tragen. Zudem sieht der „Twopack“ vor, dass Mitgliedsländern, die einen Kredit von einem anderen Mitgliedsland oder vom ESM bzw. dem IWF erhalten, immer ein „makroökonomisches Anpassungsprogramm“ auferlegt wird.

Der Plan der „Big Four“

All die genannten Maßnahmen summieren sich zu einem ausgesprochen wirksamen Regime der tagtäglichen Angriffe auf Sozia-les, Demokratie und Gemeinwohl. Die Ausgestaltung der „Europäischen Wirtschaftsregierung“ ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Die nächsten Schritte werden schon vorbereitet. Was geplant ist, kann in einem Entwurf nachgelesen werden, den die Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, der EZB, Mario Draghi und der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, (Die "Big Four") auf dem EU-Gipfel im Juni 2012 vorgestellt haben. Ein weiteres Papier von Herman van Rompuy erhellt die Details.
In dem Papier der „Big Four“ wird ein Bündel neuer Maßnahmen für die Europäische Integration (eine Fiskalunion, eine tiefere wirtschaftspolitische Integration und eine Bankenunion) vorgeschlagen. Die politische Logik dieser Maßnahmen ist mit jener der bisherigen Reformen identisch - nur soll dieses Mal noch einen Schritt weitergegangen werden.

Die Fiskalunion: ex-ante zu genehmigende Haushalte

Der Vorschlag zur Einführung eine Fiskalunion enthält zwei Kernelemente:

Das erste ist ein gemeinsames Eurozonen-Budget, das zweite ein System der Haushaltskontrolle, durch das die EU in den Mitgliedsländern eine dauerhafte Austeritätspolitik erzwingen kann.
Viele Wirtschaftsfachleute behaupten, dass eine Fiskalunion die logische Antwort auf die Eurokrise sei. Sie würde ein gemeinsames Vorgehen erlauben, um asymmetrischen Schocks zu begegnen. Dies wird aufgrund der Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion und des Euros als notwendig erachtet. Manche dieser Fachleute setzten große Hoffnung in eine Art „Transferunion“. Das ist allerdings ganz eindeutig nicht das, was gerade geplant wird.
Der Entwurf der "Big Four" ist hinsichtlich der Frage nach gemeinsamen Schuldverschreibungen, die moderate Zinssätze für verschuldete Mitgliedsländer garantieren könnten, sehr zurückhaltend. Zwar wird von einer "Fiskalkapazität" geredet - einem Eurozonen-Budget, das asymmetrischen konjunkturellen Entwicklungen entgegen wirken soll. Doch zugleich wird großer Wert darauf gelegt, dass dieses Budget so strukturiert wird, dass es nicht zu einem permanenten Transfer zwischen den Ländern führt und das ein „Anreiz zur Beseitigung struktureller Schwächen“ geschaffen wird. Übersetzt heißt das, dass jene Mitgliedsländer, die die härtesten neoliberalen Reformen umsetzen, am meisten von dem neuen Budget profitieren sollen. Das Budget soll als Instrument eingesetzt werden um weitere Sozialkürzungen, Lohnzurückhaltung und Liberalisierungen in der gesamten Eurozone durchzudrücken.
Der Entwurf für ein Eurozonen-Budget ist noch nicht sehr konkret, aber zwei gravierende Missstände treten bereits deutlich zutage:
Zum einen wird ein deutlicher Druck auf Löhne und Sozialsicherungssysteme ausgeübt, da entsprechende Kürzungen zur Auflage für finanzielle Unterstützung aus dem Budget gemacht werden sollen.
Zum anderen wird es kaum eine demokratische Kontrolle über das Budget geben. Während es auf EU-Ebene immerhin das Europäische Parlament gibt, das zwar nicht sehr mächtig ist, aber doch Möglichkeiten hat, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, gibt es auf Eurozonen-Ebene überhaupt keinen entsprechenden Modus.

Der zweite Aspekt der Fiskalunion hat möglicherweise noch weiter reichende Konsequenzen als das neue Budget. Dabei geht es um die gemeinsame, koordinierte Haushaltspolitik der Mitgliedsländer und deren Überwachung. Die politische Richtung dieses Aspektes der Fiskalunion wird durch eine Frage deutlich, die van Rompuy in seinem Papier stellt: „*Welche weitergehenden Schritte können unternommen werden, um die Effektivität und die Umsetzung des neuen Wirtschaftsregimes (Sixpack, Twopack, Fiskalpakt) sicherzustellen? Können „Sicherheitsklauseln“ (d.h. ex-ante Korrekturmechanismen) für nationale Haushalte eingerichtet werden?*“

Es wird deutlich, worum es geht. Die weiter oben beschriebenen Pakete und Pakte enthalten die Regeln für die künftige Haushaltspolitik der Mitgliedsländer. Nun soll in einem weiteren Schritt sichergestellt werden, dass diese Regeln von vornherein eingehalten werden. Zu diesem Zweck sollen die Haushalte vorab von Kommission und Rat auf Basis der politischen Leitlinien aus Fiskalpakt, Sixpack etc. genehmigt werden. Dabei sollen konkrete Vorgaben für die Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik gemacht werden.

Integrierte Wirtschaftspolitik: Die Verträge

Um den entscheidenden Punkt einer vertieften wirtschaftspolitischen Integration deutlich zu machen, wenden wir uns wieder van Rompuy zu. Er stellt dem Europäischen Rat die Fragen: „*Sollen die Prinzipien des Euro-Plus-Paktes verbindlicher gemacht werden? Wie könnten diese Prinzipien durchgesetzt werden?*“ Im Papier der „Big Four“ wird bereits die Antwort skizziert: Alle Euroländer sollen mit der Kommission Verträge bzw. „Vereinbarungen vertrag-

licher Natur" abschließen. In diesen Vereinbarungen sollen sie sich zu einer Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen verpflichten, die den länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester und dem Euro-Plus-Pakt folgen. Es ist davon auszugehen, dass auch hier im Sinner einer „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit" der Schwerpunkt auf Sozialabbau, Renten- und Lohnkürzungen sowie der Schwächung von Arbeitnehmerrechten liegen wird.

Die politische Idee hinter diesen Verträgen ist eindeutig: Die Memoranden-Politik, die derzeit durch EFSF/ESM-Kredite in Südeuropa und Irland durchgesetzt wird, soll auf ganz Europa ausgeweitet werden. **Das ist nicht nur ein sozialpolitisches Problem, sondern zugleich ein schwerwiegender Angriff auf die Demokratie:** Die Rechte der nationalen Parlamente werden signifikant beschnitten. Wichtige Entscheidungen über Rentensysteme, Löhne, Arbeitslosenunterstützung, Wirtschaftsregulierung usw. sollen in Zukunft in Brüssel getroffen werden. Die Parlamente der Mitgliedsländer werden kalt gestellt.

Bankenunion: schwache Regulierung

Der dritte Teilbereich des Plans der „Big Four" sieht die Einführung einer Bankenunion vor. Der Kern dieser Bankenunion soll eine gemeinsame, europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB werden. Das klingt sinnvoll, denn eine stärkere Kontrolle des Bankensektors ist dringend notwendig. Allerdings gibt es ein Problem mit der demokratischen Kontrolle, da zum einen die EZB per Statut frei von demokratischer Kontrolle ist und zum anderen die ins Auge gefassten Verfahren zur Einführung der Bankenunion keinerlei Einbeziehung nationaler Parlamente und nur ein sehr schwaches Mitspracherecht des Europäischen Parlaments vorsehen.

Über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus hinaus enthalten die Vorschläge für eine Bankenunion auch Regulierungsvorschriften (beispielsweise Eigenkapitalvorschriften) sowie die Harmonisierung der Einlagensicherung und einen gemeinsamen Rahmen für die Abwicklung insolventer Banken.

Durch die Einrichtung der Bankenunion sollen kostspielige Bankenrettungsaktionen in Zukunft verhindert werden. Dafür allerdings sind die vorgesehenen Regulierungsmaßnahmen viel zu schwach. Sie enthalten faktisch nichts, was es nicht bereits gibt bzw. was bereits auf Ebene der G20 beschlossen wurde. Teilweise wirkt die Bankenunion sogar destruktiv und deregulierend. Zum Beispiel soll es den Mitgliedsländern künftig nicht mehr erlaubt sein, eigenständig Eigenkapitalvorschriften zu etablieren, die über die EU-Regeln hinausgehen, es sei denn sie werden ausdrücklich von der Kommission und dem Rat genehmigt. Damit würde zum ersten Mal in der Geschichte der Bankenregulierung in der EU eine Deckelung - also ein maximaler prozentualer Anteil von Kapitalvorschriften - verabschiedet. Prinzipiell ist eine weitergehende Regulierung des Bankensektors zwar zu begrüßen. Die unterbreiteten Vorschläge sind insgesamt jedoch viel zu schwach und eine demokratische Kontrolle ist nicht ansatzweise gewährleistet. Zudem geht die Bankenunion am Kernproblem des Bankensektors vorbei. Dieses besteht darin, dass es immer noch Banken gibt, die „zu groß zum Scheitern" sind und deswegen im Zweifelsfall mit Steuergeldern gerettet werden. Diese Banken können Staaten erpressen. Sie können große Risiken eingehen und enorme Profitraten generieren, wohl wissend, dass sie rausgehauen werden, falls ihr Plan scheitert. Um dieses „too big to fail"-Problem zu lösen, müssen die Großbanken zerschlagen und in kleinere Einheiten zerlegt werden.

Ausblick - Troika, für alle und immer

Seit Sommer 2010 hat die EU eine ganze Reihe von Verfahren, Gesetzen, Vereinbarungen und Verträgen entwickelt, die alle dieselbe Antwort auf die Krise stark machen: Austerität. Einige der Maßnahmen sehen harte Sanktionen vor, andere setzen auf „weiche Druckmechanismen". Im Ergebnis steht neben einem Regime des Sozialabbaus und der Lohnkürzung ein deutlicher Machttransfer von den Nationalstaaten auf die EU.

Wenn nun der Entwurf für eine Fiskalunion und eine tiefere wirtschaftspolitische Integration politisch durchgesetzt werden kann, dann werden wir bald die Besiegelung der neoliberalen, autoritären Transformation der EU erleben. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat bekämen dann dauerhaft eine enorme Macht über die Staatshaushalte. Und sie würden diese Macht anhand genau definierter Prinzipien ausüben. Prinzipien, die besagen, dass gute Haushaltspolitik gleichbedeutend ist mit permanenten Kürzungen bei den Sozialausgaben und dass eine gute Wirtschaftspolitik eine Politik ist, die die Interessen der Wirtschaft über die sozialen Rechte stellt. Was daraus folgt, kann bereits heute in jenen Ländern beobachtet werden, in denen die Troika die Politik diktiert: Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Bei den Plänen der „Big Four" geht es um eine Art Troika-Regime über die gesamte Eurozone. Allerdings nicht zeitlich begrenzt, sondern dauerhaft.

Widerstand gegen die Pläne der „Big Four"

Die „Big Four", die Europäische Kommission und der Europäische Rat sind sich darüber im Klaren, dass es offen ist, ob ihre Pläne politisch durchsetzbar sind. Den existierenden Bedenken versuchen sie dadurch Rechnung zu tragen, dass sie die Pläne mit der Empfehlung versehen, eine demokratische Legitimation ihrer Pläne durch die EU auszuarbeiten. Diesbezüglich wurden allerdings bis heute keine vernünftigen Vorschläge eingebracht. Wahrscheinlich wird das einzige Angebot darin bestehen, das Europäische Parlament ab und zu durch Anhörungen einzubeziehen. Dies aber macht das Gesamtpaket nicht ansatzweise demokratisch.

Die politischen Eliten der Eurozone haben einen generellen Konsens über die Richtung organisiert. Der EU-Gipfel im Oktober 2012 hat deutlich gemacht, dass die Entwürfe der „Big Four" die Richtung vorgeben, in die Eurozone und EU gehen sollen. Von den Wirtschaftseliten - einschließlich des Arbeitgeberverbandes *Business Europe* - erfahren sie volle Unterstützung.

Aber es ist noch nicht zu spät, um sich gegen die neoliberale, autoritäre Transformation der EU zu wehren. Beim Dezember-Gipfel des Rates und während des März-Gipfels 2013 sollen konkrete Schritte entwickelt werden. Die nächsten Monate sind also sehr wichtig für die Zukunft Europas. Der richtige Zeitpunkt, um Aktivitäten gegen die Pläne der „Big Four" zu entwickeln, ist jetzt.

Dokumente

Der Entwurf der "Big Four":
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/132881.pdf

Schlussfolgerungen des EU-Gipfels im Oktober:
www.consilium.europa.eu/press/press-releases/latest-press-releases/newsroomloaddocument?id=&lang=en&directory=de/ec/&fileName=133025.pdf

Herman van Rompuys "Issues Paper":
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/132413.pdf

attac Deutschland:
http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/wirtschaftsunion/

Europäischer Gewerkschaftsbund

"The ETUC will never support this kind of economic governance. Attacking wages and the labour market and slashing the welfare state is not the solution. On the contrary, this is likely to paralyse the scope for recovery and to exacerbate unemployment and insecurity."

http://www.etuc.org/r/1704

FLORENZ 10+10

Mehr als 4.000 TeilnehmerInnen, 300 Netzwerke und Organisationen aus 28 Ländern aus allen Teilen Europas und darüber hinaus trafen sich in Florenz, um über ein anderes Europa zu debattieren und Strategien für den Weg dorthin zu entwerfen.



Die Abschlusserklärung von Florenz, 11.11.2012:

Die Kräfte bündeln für ein gemeinsames Europa - Unsere Demokratie statt ihre Kürzungspolitik

Bei der Versammlung Florenz 10+10 haben sich NGOs und soziale Bewegungen, Gewerkschaften und BürgerInnen getroffen, die sich gegen Austerität und Schulden, für natürliche und soziale Gemeingüter, für soziale und Arbeitsrechte, für Demokratie, globale Gerechtigkeit und Frieden, für Genderangelegenheiten und für die Rechte von MigrantInnen engagieren.

Wir rufen zu einer **permanenten europäischen Mobilisierung** auf, um die Kämpfe gegen die Krise zu unterstützen und eine Zukunft für jeden in Europa und der Welt aufzubauen. Diese Mobilisierung wird sowohl gemeinsame als auch dezentrale Aktionen beinhalten.

Die erste Initiative, die uns bei der Schaffung gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit zusammenführt, sind **die Generalstreiks und Aktionen** gegen Austerität in vielen Ländern Europas **am 14. November**.

Wir schlagen einen **gemeinsamen Aktionstag** aus Anlass des Europäischen Frühjahrsgipfels vor, der **am 23. März** in Brüssel stattfinden wird. Format und endgültiger Aufruf für diese gemeinsame Mobilisierung wird in den folgenden Monaten in einem offenen und teilnahmefreundlichen Prozess diskutiert und festgelegt.

Wir rufen auf zur Unterstützung der folgenden Aktionen und Mobilisierungen:
18. Dezember 2012: Welttag der MigrantInnen
23. bis 27. Januar 2013: Aktionen gegen die Finanzialisierung des Lebens und der Gemeingüter (Aktionen gegen Banken)
8. März 2013: Europäische Aktionen zur Unterstützung der Emanzipation von Frauen von Austerität und Schulden
26.-30. März 2013: Weltsozialforum in Tunis
Mai 2013: Blockupy in Frankfurt (Deutschland)
7.-9. Juni 2013 (Vorschlag): Alternativengipfel (Alter Summit) in Athen
Juni 2013: G8 Gegengipfel in Großbritannien (muss noch bestätigt werden)
Konkrete Solidaritätsaktionen, um die Menschen zu unterstützen, die von der Austeritätspolitik betroffen sind als auch jene, die Opfer von rassistischer Gewalt und Missbrauch werden.
Alle Organisationen und Bewegungen sollen sich die Aktionen auswählen, die sie unterstützen und die Form, in der sie das tun wollen.

Berichte, Aufrufe und andere Dokumente:
www.firenze1010.eu

Entschließung des antifaschistischen Seminars von Florenz*

Gemeinsam gegen die zunehmende Bedrohung von rechts vorgehen!

Obwohl der Faschismus besiegt war, konnten sich neofaschistische Kräfte in vielen europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg neu organisieren und in der Öffentlichkeit auftreten. Aber ihr Einfluss war – bis auf einige wenige Ausnahmen – sehr eingeschränkt; sie bewegten sich hauptsächlich am Rande der Gesellschaft.

Die Offensive des Neoliberalismus und der offene Ausbruch der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen des Kapitalismus haben die Situation grundlegend geändert. Heute schaffen es rechtsextreme und populistische Parteien und in manchen Fällen sogar offen faschistische Kräfte wie in Griechenland, die Unterstützung der Massen zu gewinnen und in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Mit demagogischen Mitteln missbrauchen sie die in der Gesellschaft verbreiteten Ängste und Unsicherheiten. Anstatt die tatsächlichen Ursachen der Krisen beim Namen zu nennen, suchen sie sich Sündenböcke (Juden, Muslime, Roma und Sinti, nationale Minderheiten, Rentner, Behinderte usw.). Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, diese Menschen vor den Angriffen von Rechtsaußen zu schützen.

Aufgrund des Fehlens einer umfassenden Alternative zu den Krisen und des Versagens der Gewerkschaften und der Linken in der Vergangenheit haben rechtsextreme und populistische Parteien heute großen Einfluss und stellen eine echte Gefahr für die weitere Entwicklung der Gesellschaften dar.

Wir, die Teilnehmer von "Firenze 10 plus 10", fordern alle Bewegungen, Gewerkschaften, linken Organisationen und Parteien auf, die Gefahr von Rechtsaußen ernst zu nehmen. Wir heben in besonderem Maße die Notwendigkeit der starken und konkreten Solidarität mit den Griechen hervor, die sich gegen die Diktatur der Troika und den zunehmenden Einfluss der faschistischen Partei "Goldene Dämmerung" zur Wehr setzen.

Wir werden unsere Versuche zur Ausweitung der gemeinsamen internationalen Aktivitäten gegen die Rechte durch Zusammenführung von Netzwerken, Informationsaustausch, vertiefende Analyse und Erarbeitung positiver Antworten auf die Krisen verstärken.

Wir werden die internationale Mobilisierung und Maßnahmen gegen Rechts initiieren und unterstützen, z.B. die massiven Straßenblockaden in Dresden, wodurch die Nazis daran gehindert wurden, durch die Stadt zu marschieren.

** Das antifaschistische Seminar fand am 9. November 2012 in Florenz statt. An dem Seminar nahmen etwa 40 antifaschistische Aktivisten aus 17 Ländern teil (Russland, Deutschland, Ukraine, Griechenland, Belarus, Spanien, Ungarn, Portugal, Tschechische Republik, Frankreich, Polen, Belgien, Dänemark, Italien, Norwegen, Türkei und Österreich).*

Appell der griechischen AktivistInnen in Florenz

Solidarität angesichts eines humanitären Desasters –Die Antwort der Bewegungen

Florenz, den 10.11.2012 Wir appellieren an Euch, die hier in Florenz anwesenden Bewegungen, bei unseren Bestrebungen um solidarische Strukturen und Aktionen mitzuwirken.

Einige Informationen über die bisherigen Auswirkungen der Austeritäts-Maßnahmen: die offizielle **Arbeitslosenquote** liegt bei 25%. Nach Geschlecht aufgeschlüsselt betrifft die Arbeitslosigkeit 22,5% der Männer und 29% der Frauen.
Bei jungen Leuten liegt die Arbeitslosenquote bei über 50%. In einigen Regionen unseren Landes, die von radikaler Deindustrialisierung und der vollkommenen Auflösung wichtiger wirtschaftlicher Aktivitäten betroffen sind, liegt die Arbeitslosigkeit bei 80%.

Die **Löhne** sind um 40% gekürzt worden, die Realein-kommen sind allerdings (infolge des steilen Anstiegs der Steuern und der Einführung außerordentlicher Immobilien- u.a. Steuern) noch weiter gesunken.

Der **Sozialstaat**, insbesondere das nationale **Gesundheitssystem**, wird absichtlich abgebaut. Infolgedessen fehlen in vielen Krankenhäusern wesentliche Hilfsmittel und auch Medikamente. Gleichzeitig verlieren viele Tausende von Bürgern infolge der hohen Arbeitslosigkeit ihren Anspruch auf die öffentliche medizinische Versorgung.
Selbstverständlich sind Einrichtungen der Psychiatrie, Therapiezentren für Drogensüchtige und Frauenhäuser als erste abgebaut bzw. geschlossen worden. Betroffene, wie z.B. chronisch Kranke, werden ihrem Schicksal überlassen, bzw. sind auf die behelfsmäßige Hilfe durch Familienangehörige und Freunde angewiesen.

In den großen Städten wie Athen und Thessaloniki sind Fälle von **Hunger** nicht selten. Viele lokale Solidaritätsgruppen arbeiten - mit bescheidenen Mitteln angesichts der allgemeinen Lage - zusammen mit lokalen Läden und Gaststätten, um von Hunger bedrohten Familien Lebensmittelpakete zukommen zu lassen. Oder sie richten Suppenküchen an öffentlichen Orten ein und bieten somit vielen Mitbürgern wenigstens eine Mahlzeit, wenngleich nicht jeden Tag.

Wir müssen hier ein ebenso gravierendes Problem benennen: den Aufstieg einer faschistischen Partei und die Intensität der Gewalt durch **faschistische** Banden.
Armut treibt, wie Ihr wisst, Völker nicht ins linke Lager. Sie ist vielmehr ein fruchtbarer Boden für Gruppen, die insbesondere diejenigen ansprechen, die sich schwächer als andere fühlen, indem sie ihnen ein Gefühl von Stärke vermitteln.
Diese Tendenz kann nicht gestoppt werden, wenn es uns nicht gelingt, Leute mit Taten davon zu überzeugen, dass der einzige Ausweg auf der Seite der Solidarität, auf unserer Seite, zu finden ist.

Da die Lage explosiv ist, wurde auf Initiative von SYRIZA die **Kampagne „Solidarität mit allen“** ins Leben gerufen, die versucht, mit Strukturen und Organisierung die Entstehung von unabhängigen, nicht parteilich gebundenen Solidaritätsnetzwerken zu fördern.
In dem von Krise und Elend heimgesuchten Griechen-land entsteht in schnellem Tempo ein anderes Griechen-land von Menschen, die sich selbst organisieren, um zu überleben und um Widerstand zu leisten.
Unsere Erfahrung mit der Vielfalt der Solidaritäts-Netzwerke, die gerade entstehen, zeigt, dass sie ein Wachsen des Vertrauens der Bürger in ihre kollektiven Ressourcen bewirken, weil sie ihnen sehr praktisch helfen, der totalen Depression und dem Zusammenbruch zu entkommen.

Gleichzeitig vermitteln die entstehenden Netzwerke den von der Krise betroffenen Menschen die Erfahrung, dass ihre Kenntnisse und ihre Talente durch die Kooperation mit anderen wachsen und dass sie dadurch in die Lage versetzt werden, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Kreativität der Menschen und die radikal neuen Lösungen, die sie erfinden, bewirken unverhofft angenehme Überraschungen.

Warum wenden wir uns an unsere Mitstreiter in Europa?

Einfach weil wir Euch um Eure Unterstützung bitten.
Jenseits der humanitären Krise und der Not, die uns befallen hat, sind die Bewegungen der Zivilgesellschaft und progressive Parteien aufgerufen, sich uns zuzuwenden.
Wir können etwas Neues erkennen, das langsam in unserem Land Form annimmt, was wir noch nicht genau definieren können.
Wir sind fester Bestandteil dessen, was allmählich aufgebaut wird und wir wollen es auch mit Euch zusammen aufbauen.
Wir bitten nicht um wirtschaftliche Hilfe allgemein, obwohl wir das auch bitter nötig haben.
Wir bitten Euch, Kollektive, Initiativen und die Anstrengungen vieler ganz normaler Menschen zu „adoptieren“.
Wir möchten, dass Ihr sie kennenlernt, sie besucht und sogar – warum nicht? – an ihrer Seite handelt.

Wir wissen, dass viele von Euch von Ländern des Südens und Ostens Europas kommen und wir alle haben mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Lasst uns alle zusammen anpacken, lasst uns unsere gemeinsame Zukunft auf der Basis von Solidarität und Gegenseitigkeit aufbauen.

Darum wagen wir es, die Einrichtung von spezifischen Strukturen vorzuschlagen, deren Gestalt von Euch vorgeschlagen werden kann, um die Bedürfnisse der Menschen für eine bestimmte Zeitspanne zu decken. Eine solche Lösung würde den Menschen die Sorge um ihr tagtägliches Überleben nehmen und würde sie ermutigen, sich wirksamer für den Aufbau einer anderen Gesellschaft zu engagieren.

Ein anderer Schlüsselbereich sind **Medikamente**. Wie oben erwähnt, gehen den Gesundheitseinrichtungen in Griechenland die Medikamente aus und viele Mitbürger haben keinen Zugang zur medizinischen Versorgung mehr.
Einige medizinische Einrichtungen im Lande haben angefangen, Impfungen für Kinder zu entwickeln, deren Familien aus dem nationalen Gesundheitssystem herausgefallen sind und deshalb nicht geimpft worden sind. Wir stehen in Verbindung mit sozialen Kliniken und sozialen Apotheken im Lande, um eine Liste von Medikamenten und Impfungen zu erstellen, die existentiell wichtig sind, deren Ankauf in vielen Ländern Europas billiger ist. Wir werden diese Liste bald veröffentlichen und Wege aufzeigen, wie die Medikamente in unser Land transportiert werden können.

Die Solidaritäts-Strukturen, die in Griechenland gerade entstehen, sind in vielen Bereichen aktiv, wie Lebensmittel, Gesundheit, Bildung, solidarische Ökonomie, Kultur, aber auch im Bereich der Rechtshilfe für unsere Mitbürger (außergewöhnliche Steuern, überschuldete Haushalte, Zwangsräumungen). Die bereits entstandenen Initiativen sind so vielfältig, dass andere Bereiche mit Sicherheit hinzukommen werden, aber auch die Menschen in Europa werden vielfältige Wege finden, miteinander solidarisch zu agieren.

Wir wollen vor allem unsere Würde bewahren und mit diesem Brief laden wir Euch ein zu einem gemeinsamen Experiment, um zusammen einen Weg zu einer anderen Welt einzuschlagen, wo es mehr Licht gibt.

Kommunizieren können wir über:
Email: solidarityforall@gmail.com
Tassos Koronakis - 0030-6944-740.587
Myrto Bolota - 0030-6976-266.387
Natasha Theodorakopoulou - 0030-6977-346.322

European Progressive Economists Network

Appell für eine andere Wirtschaftspolitik für Europa

*Das **European Progressive Economists Network** ist auf dem Sozialforum Firenze 10+10 auf Initiative von Euromemorandum, Economistes Atterrés aus Frankreich, Sbilanciamoci! aus Italien und Another Road for Europe gegründet worden. Darin haben sich verschiedene Ökonomen und Think Tanks zusammengeschlossen, darunter Econosphères aus Belgien, Econonuestra aus Spanien, das Transnational Institute, das Critical Political Economy Network, Transform! und viele andere Organisationen. Das **European Progressive Economists Network** hat das folgende Papier über wirtschaftliche Alternativen für Europa formuliert und will sich an Initiativen und Veranstaltungen beteiligen, die in der Folge von Firenze 10+10 entstehen werden.*

Firenze 10+10, 9.November 2012

Das European Progressive Economists Network ist ein Zusammenschluss von Ökonomen und anderen Forschern, Instituten und Organisationen der Zivilgesellschaft, die die vorherrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Europa in die aktuelle Krise getrieben haben, kritisieren.
Wir wollen eine europaweite Debatte über eine alternative Politik initiieren, basierend auf folgenden sechs Punkten.

1. Die Austeritätsmaßnahmen müssen zurückgenommen und die drastische Konditionalität, die den Ländern für Hilfe aus dem Rettungsfonds auferlegt wurde, muss radikal geändert werden, angefangen mit Griechenland.
   Die gefährlichen Zwänge des Fiskalpakts müssen abgeschafft werden, so dass die Länder öffentliche Ausgaben, soziale Sicherungssysteme, Löhne und Gehälter schützen können, während die EU eine stärkere Rolle im Sinne der Stimulierung der Nachfrage und der Förderung der Vollbeschäftigung spielen muss, um einen nachhaltigen und gerechten Fortschritt zu ermöglichen.
   Die europäische Politik soll die aktuellen Handelsbilanzdefizite durch Zwangsmaßnahmen auch für Exportüberschussländer reduzieren.
2. Die Politik muss eine Umverteilung zur Verringerung der Ungleichheit und eine Harmonisierung der Fiskalpolitik fördern. Sie soll dem Steuerwettbewerb ein Ende setzen und die Steuerlast weg von der Erwerbsarbeit und hin zu einer höheren Besteuerung von Gewinnen und Reichtum verschieben. Die Politik muss den öffentlichen Dienst und die sozialen Sicherungssysteme begünstigen. Die Erwerbsarbeit und die Tarifautonomie müssen geschützt werden, denn Arbeitsrechte sind ein zentraler Bestandteil der europäischen demokratischen Rechte.
3. Die europäische Finanzkrise, gekennzeichnet durch die Wechselwirkung zwischen Bankenkrise und Staatsschuldenkrise, muss angegangen werden. Die EZB muss als *lender of last resort* auf dem Staatsanleihenmarkt agieren. Das Problem der Staatsverschuldung muss durch die gemeinsame Verantwortung der Länder des Euroraums gelöst werden. Die Schulden sollen einer öffentlichen Prüfung (Audit) unterzogen werden.
4. Eine radikale Schrumpfung des Finanzsektors ist erforderlich, mit einer Finanztransaktionssteuer, der Abschaffung von Finanzspekulationen und der Kontrolle über Kapitalbewegungen. Das Finanzsystem muss unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden. Es muss so verwandelt werden, dass es sozial und ökologisch nachhaltige produktive Investitionen und Beschäftigung fördert.
5. Eine fundamentale ökologische Transition bietet einen Ausweg aus Europas Krise. Europa muss seinen ökologischen Fußabdruck und seinen Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen reduzieren. Die europäische Politik muss neue Wege der Produktion und des Verbrauchs fördern. Ein großangelegtes Nachhaltigkeit förderndes Investitionsprogramm kann hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, Kapazitäten in neuen innovativen Bereichen erweitern und vielfältige Möglichkeiten schaffen, auf lokaler Ebene zu handeln, vor allem in Bezug auf die öffentlichen Güter.
6. Demokratie muss auf allen Ebenen in Europa erweitert werden. Die EU muss reformiert werden und die während der Krise erfolgte Machtkonzentration zugunsten weniger Staaten und von Institutionen, die von niemandem zur Rechenschaft gezogen werden können, muss rückgängig gemacht werden. Das Ziel ist eine größere Partizipation der Bürger, eine größere Rolle des Europäischen Parlaments, eine viel stärkere demokratische Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungen.

Angesichts der Gefahr eines Zusammenbruchs braucht es einen Kurswechsel in der europäischen Politik.
Ein Bündnis zwischen Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und progressiven politischen Kräften ist erforderlich, um Europa aus der von Neoliberalismus und Finanzwelt verursachten Krise zu führen. Das European Progressive Economists Network versucht, zu diesem Kurswechsel beizutragen.

Nähere Informationen: atterres (at) gmail.com
anotherroadforeurope (at) gmail.com

Attac Deutschland

Mehr als 4000 Aktive bei Europäischem Strategietreffen Firenze 10+10

(…) Zu den geplanten Protesten beim EU-Frühjahrsgipfel im März sagt Steffen Stierle von der Attac-Projektgruppe Eurokrise: "*Ein wichtiges Thema dieser Mobilisierung wird die konsequente Ablehnung der Pläne für eine neoliberale Fiskal- und Wirtschaftsunion sein. Wir wollen alles daran setzen, die Umsetzung dieses autoritären, anti-sozialen Vorhabens zu verhindern*." Auch die erneuten Blockupy-Aktionstage im Frühjahr in Frankfurt sollen genutzt werden, um die Kritik an der neoliberalen, autoritären Transformation der EU auf die Straße zu tragen.
Ein weiterer Höhepunkt des Treffens in Florenz war die Vorstellung des Alter Summit. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen Diskussionsprozess von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und alternativen Wissenschaftsnetzwerken mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen zu entwickeln und Aktivitäten zu koordinieren. Münden soll der Prozess im Juni in einen großen Alternativengipfel in Athen.

Wichtige gemeinsame Forderungen waren in Florenz unter anderem der Stopp der Austeritätspolitik, die Streichung illegitimer Schulden und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Europaweit erleben wir einen historischen Angriff auf soziale Rechte und Demokratie. Die südeuropäischen Sozialstaaten und Ökonomien sind so weit zerstört, dass Armut, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und gesellschaftliche Erosion wieder zum europäischen Alltag gehören. Die Krisenpolitik von EU, Troika und Bundesregierung zielt darauf ab, diese Attacke gegen die Menschen europaweit zu institutionalisieren. Attac Deutschland wird sich weiterhin entschieden für eine europäisch koordinierte Widerstandsbewegung einsetzen.

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

Corinna Genschel

Kräfte bündeln für ein anderes Europa

Mehr als 4.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus Europa und dem Mittelmeerraum aus insgesamt 28 Ländern trafen sich vom 8. bis 11. November im italienischen Florenz. Sie berieten über die dringend notwendige Europäisierung der Proteste und des Widerstands, um gemeinsam Strategien gegen Sparmaßnahmen, gegen jedwede neue Pläne für eine neoliberale Fiskal- und Wirtschaftsunion, anzugehen.

»Firenze 10 + 10« fand zehn Jahre nach dem ersten europäischen Sozialforum in Florenz statt, in einer völlig anderen historischen Situation. Europaweit erleben wir derzeit einen historischen Angriff auf soziale Rechte und die Demokratie.

EU macht arm

Die südeuropäischen Sozialstaaten und Volkswirtschaften sind so weit zerstört, dass Armut, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und gesellschaftliche Erosion wieder zum europäischen Alltag gehören. Gleichermaßen findet eine Umverteilung von unten nach oben, von armen zu reichen Ländern in einem Ausmaß statt, das eine Neustrukturierung des Kapitalismus vermuten lässt.

Die Krisenpolitik von EU, Troika und Bundesregierung zielt darauf ab, diese Attacke gegen die Menschen europaweit in Form des Fiskalpaktes zu verstetigen. Und trotz der Massenproteste, der Bildung neuer Bündnisse und politischer Akteure wie in Griechenland sowie des Entstehens neuer Solidaritätsnetzwerke: Sparhaushalte werden weiter durchgepeitscht, gewählte Regierungen unter Druck gesetzt oder notfalls auch abgesetzt, Proteste gewaltsam niedergeschlagen.

Gemeinsame Perspektive entsteht

Bisher fehlen gemeinsame Antworten, das Versprechen auf eine vielfältige, aber schlagkräftige europäische Gegenmacht, die Kämpfe in Spanien, Portugal und Griechenland wirkungsvoll unterstützen könnte. Die Kämpfe gegen die Angriffe, für den Erhalt sozialer und demokratischer Rechte, sind notwendig ungleichzeitig: zwischen Nord und Süd, zwischen Armen und noch Erwerbstätigen, zwischen nationalen und internationalen Bewegungen.

Dennoch: schon eine Woche zuvor hatten sich hunderte Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Ländern auf Einladung der spanischen M15-Bewegung in Madrid als »Agora99« zusammengefunden. »Wir sind die Zukunft«, so war das Motto in Madrid. Denn wir sind diejenigen, die den neuen Prozess von unten ausmachen: durch zentrale europäische Aktionen gegen den gemeinsamen Gegner, durch Versammlungen und verschiedene Formen von Widerstand.

Wille zur Einheit der Vielen

Florenz und Madrid zeigen deutlich das Bedürfnis, den Willen und die Einsicht, dass wir nur gemeinsam weiterkommen, dass wir eine europäische Widerstandsantwort von unten auf die autoritären und antisozialen Maßnahmen und Vorhaben der Herrschenden finden müssen. Unsere Antworten, auch das wurde deutlich, bedeuten die Erneuerung der Demokratie: Occupy Democracy, Take the Square, Wir sind die Zukunft.

Wir können dankbar sein für die Initiative der italienischen Genossinnen und Genossen, das Treffen in Florenz trotz des Niedergangs des europäischen Sozialforumsprozesses auszurichten. Die neue Situation erfordert alles zu probieren, was die gemeinsame Diskussion und das Aushalten von Widersprüchen fördert und dadurch das Gemeinsame möglich macht.

Widersprüche aushalten

Konflikte gab es selbstverständlich viele: Wer ist der Adressat unserer Politik? Richte ich mich an Institutionen wie das Europaparlament, um Forderungen durchzusetzen, oder nehme ich selbstverständlich den Platz ein? Wie können gemeinsame europäische Standards und Forderungen aussehen? Wo liegen kurzfristige Anforderungen und was sind langfristige Strategien?

Am Ende wird sicher nicht das eine Projekt stehen. Madrid und Florenz machen auch deutlich, dass die verschiedenen Perspektiven notwendig sind. Wir brauchen die unterschiedlichen Akteure und wir brauchen noch viel mehr. Wichtig sind Vernetzung und gemeinsame Verständigung, wichtiger noch die gemeinsame Praxis auf der Straße, wenn wir für unsere Rechte eintreten, uns unser Recht nehmen.

Gemeinsame Mobilisierungen

Am Ende des Treffens in Florenz stand deswegen auch ein gemeinsamer Mobilisierungsfahrplan bis Sommer 2013 mit **drei zentralen Mobilisierungen:**
- die Unterstützung des (süd) europäischen **Generalstreik vom 14. November**
- eine **europaweite Mobilisierung zum EU-Frühlingsgipfel im März in Brüssel**
- sowie zu einem großen *Alternativengipfel (Altersummit) Anfang Juni in Athen*.

Wichtige **Forderungen** in Florenz waren unter anderem der Stopp der Austeritätspolitik, die Streichung illegitimer Schulden, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten wie auch ein die demokratische »Neugründung Europas« (Refounding Europe). Daran muss weiter gearbeitet werden, die Forderungen müssen mit Substanz und Inhalt gefüllt werden. Vielleicht bietet der Gipfel der Alternativen (Altersummit) in Athen als genau dieser Ort.
Vorher aber werden wir die Straßen von Brüssel füllen mit unserem Widerstandsgeist gegen den gemeinsamen Gegner. Danach wird es weitere Möglichkeiten des praktischen Zusammenkommens geben - ob bei Blockupy 2.0. in Frankfurt Ende Mai, in den nächsten Solidaritätsaktionen oder an ganz anderen Orten: Let's take the square, let's fight for our rights.

*Zur Person: Corinna Genschel arbeitet für die Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und ist aktiv im Koordin*ierungskreis von Blockupy Frankfurt.

http://marx21.de/content/view/1788/32/

Ergebnisse von Florenz 10+10: http://www.firenze1010.eu/

Livestream recordings from European water movement assembly: http://bambuser.com/channel/Agua+P%C3%BAblica

Final assembly, full broadcast (11 nov 2012):
http://www.globalproject.info/it/in_movimento/firenze1010-le-conclusioni-ed-alcune-riflessioni/12706

Weitere Texte, Videos usw.: http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/internationales/die-ag-internationales/veranstaltungen/kongresse/2012/2012-11-30-firenze-10-10/



Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat

Eine Koalition, die entschlossen ist, ein neues Kräfteverhältnis in Europa zu schaffen, kündigt eine Mobilisierung gegen die Kürzungsmaßnahmen der EU für die kommenden sechs Monate an. Aktionen auf europäischer Ebene werden ihren Höhepunkt beim „Alter Summit" Anfang Juni erreichen.*

Vereinen wir unsere Kräfte für ein friedfertiges, soziales, ökologisches und demokratisches Europa.

Presseerklärung, 11.November 2012

Im Rahmen von „Florenz 10 + 10", der zehn Jahre nach dem ersten Europäischen Sozialforum in Florenz (2002) organisierten Versammlung, wurde das Projekt des „Alter Summit" gestartet. Zusammengekommen waren 850 Personen aus 20 Ländern Europas, die mehr als 100 Organisationen repräsentierten, darunter zahlreiche (nationale und europäische) Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Forschungsinstitute sowie Umwelt-, feministische und globalisierungskritische Organisationen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kultur und Politik unterstützen das Projekt des Alter Summit.

Der Wille, dieses Gipfeltreffen der europäischen Völker und der Alternativen zu organisieren, gründet sich auf einem Aufruf (www.altersummit.eu), der die grundsätzlich politische Dimension der Krise in der EU herausstellt: Die Kürzungspolitik wurde, obwohl sie die Krise verschärft, wissentlich gewählt, um eine Umwandlung der sozialen Ordnung hin zu einem ultraliberalen Modell durchzusetzen – mit dem Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen, mit brutalen sozialen Einschnitten und erheblichen Bedrohungen für die Demokratie selbst.

Beim Start des Alter Summit haben sowohl die griechischen Gewerkschaften als auch das Komitee der in Florenz anwesenden sozialen Bewegungen ihren Wunsch geäußert, das für Anfang Juni 2013 vorgesehe-ne Gipfeltreffen der Alternativen in Athen auszurichten. „*Griechenland war das europäische Labor für die Zerstörung der sozialen Rechte", erklärten sie, „aber es kann ebenfalls das Labor des Widerstands der Bevöl-kerung und der Wiedergewinnung der Demokratie sein. Wir brauchen die Unterstützung aller europäischen Völker, denn jedes Volk, das seine Rechte verteidigt, trägt zur Verteidigung der sozialen Rechte in ganz Europa bei.*"

Es gibt Alternativen! Die Völker Europas können sich von der Schuldenlast befreien; das Spardiktat muss durch Steuergerechtigkeit und die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen im Bereich des ökologischen Umbaus ersetzt werden; die sozialen Rechte müssen wiederhergestellt werden, die Armut und die Unsicherheit – die insbesondere Frauen und Kinder treffen – müssen bekämpft werden, die Freiheit der Tarifverhandlungen (Tarifhoheit) vollständig respektiert werden; eine gerechtere und wirklich demokratische Gesellschaft ist jetzt möglich.

Alle Anwesenden sind der Überzeugung, dass die Zen-tralisierung der wirtschaftlichen und politischen Macht (durch die Kommission, die EZB und den Europäischen Rat) die nationalen Mobilisierungen in ihrer tatsächli-chen Kraft beschneidet, diese aber dennoch sehr wichtig bleiben: es gilt also unverzüglich die Grundlagen einer wirklichen europäischen sozialen Bewegung zu schaffen. Das Vorhaben beruht auf der Entwicklung von nationalen oder regionalen Bündnissen in ganz Europa und auf mehreren Etappen bei der Mobilisierung.

Der Streik- und Aktionstag, am 14. November von u.a. den portugiesischen, spanischen, italienischen und griechischen Gewerkschaften ausgerufen und vom EGB (Liste der Aktionen: http://www.etuc.org/a/10446) sowie von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in mehr als 20 Ländern unterstützt, ist in der Tat die erste Konkretisierung dieser zunehmenden Mobilisierung, die sich die Mitgliedsorganisationen des Alter Summit wünschen. Es handelt sich um ein historisches Ereignis, der erste grenzüberschreitende Streik in der europäischen Geschichte!

Der „Frühjahrsgipfel" vom März 2013, bei dem die EU ihre politischen Prioritäten für das Jahr festlegen wird – wahrscheinlich eine Verschärfung des Spardiktats – wird der Anlaß für wichtige Proteste sein, in Brüssel ebenso wie in ganz Europa. Zahlreiche weitere Aktionen sind vorgesehen (siehe hierzu insbesondere die Abschlusserklärung von „Florenz 10 + 10": www.firenze1010.eu).

Die zahlreichen beteiligten Organisationen haben sich bis Mitte Dezember Zeit gegeben, um ihr umfangreiches Programm von Mobilisierungen zu bestätigen und zu präzisieren, die auf dem Alter Summit Anfang Juni gebündelt werden sollen (voraussichtlich am 8. und 9. Juni).

Kontakt in Europa: info@altersummit.eu, Kontakt in Belgien: Felipe van Keirsblick (CSC) 00 32 478 29 59 50
Kontakt in Österreich: Alexandra Strickner <alexandra.strickner@attac.at>; in Deutschland: Hugo Braun <braun@attac.de>

(*) Alter Summit: Gipfeltreffen der Völker und der Alternativen; zum Aufbau einer sozialen Bewegung für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa. http://www.altersummit.eu/

Christoph Kleine

Blockupy kommt wieder: Kontinuität statt Eventpolitik

Blockupy-Bewegungsratschlag beschließt Aktionen bis 2014

Blockupy im Mai 2012: Das war die Bankenmetropole Frankfurt im Ausnahmezustand. Ein gespenstisch leer gefegtes Bankenviertel, bewacht von einem riesigen Polizeiaufgebot. Dazwischen AktivistInnen, nicht nur aus Deutschland, sondern aus vielen europäischen Ländern, die trotz des totalen Versammlungsverbots, trotz der Übermacht der Polizei und trotz der Massenfestnahmen immer wieder auf die Straßen und Plätze rund um das Bankenviertel gegangen sind. Und dann eine überwältigende Abschlussdemonstration, geprägt von der Empörung über das europäische Krisenregime und über die Repression und die Aushebelung demokratischer Rechte, die der unvermeidliche Begleiter der herrschenden Politik überall in Europa geworden ist.

Die **Bilanz** fiel bei vielen zwiespältig aus: Maximal 3.000 Leute auf den Blockaden, das war unter den Erwartungen, auch wenn wir von vornherein gewusst hatten, dass die Bedingungen für eine Massenmobilisierung gegen die Krisenpolitik hierzulande denkbar schlecht sind. Und dennoch war den allermeisten klar: Blockupy hat einen wichtigen Punkt gesetzt, hat gemeinsam mit der Mobilisierung zur Demonstration des M31-Bündnisses am 31. März 2012 den Burgfrieden mit der deutschen und europäischen Krisenpolitik aufgekündigt - und war daher ein notwendiger Anfang.

Die ersten Schritte zur Fortsetzung von Blockupy in Frankfurt am Main fanden am **20. und 21. Oktober 2012** in einem großen Versammlungszelt statt, das auf dem Rossmarkt aufgeschlagen war, mitten in der Innenstadt und direkt vor der Skyline der Bankentürme. Das Ziel war ein doppeltes: Erstens auf einem öffentlichen Platz zumindest einen Teil des Veranstaltungsprogramms nachzuholen, das im Mai dem Totalverbot zum Opfer gefallen war. Und zweitens einen Aktions- und Bewegungsratschlag abzuhalten, um gemeinsam zu beraten, ob und wie Blockupy weitergeführt wird.
Zu drei inhaltlichen **Podien** mit den Überschriften »Occupy Democracy«, »Vom Spardiktat zur Rückgewinnung des Öffentlichen« und »Wege aus der Krise in Europa« fanden am Samstag an die 500 BesucherInnen zusammen. Die ReferentInnen kamen unter anderem von Attac Portugal, aus der 15M-Bewegung in Spanien, von SYRIZA aus Griechenland oder von Unicommon aus Italien. So entstand ein lebendiges Bild nicht nur der Krise in Europa, sondern auch der Bewegungen und des Widerstandes.

Verstetigung und Verbreiterung
Diese Impulse wurden mit in den **Aktions- und Bewegungsratschlag** am Sonntag genommen und spiegeln sich in der kurzen Abschlusserklärung wider. (Siehe Kasten)

> ***Blockupy kommt wieder***
> *Blockupy 2012 hat den Betrieb der Bankenmetropole unterbrochen. Das europäische Krisenkommando geht weiter. Die TrägerInnen von Blockupy 2012 haben sich in Frankfurt versammelt und beschlossen, in Frankfurt am Main im Frühjahr 2013 wieder deutliche Zeichen zivilen Ungehorsams zu setzen; wie und wann das geschieht, entscheiden die kommenden Versammlungen der Vielen.*
> *Blockupy ist Akteur in den europäischen Krisenprotesten, ruft zu ihnen auf und mobilisiert zu den Aktionen. Der nächste Schritt ist der 14./16.November.*
> *Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zum Siegen!*

Das wichtigste Ergebnis: Blockupy soll nicht nur weitergehen, sondern sich von einer punktuellen Eventkampagne zu einem **kontinuierlich arbeitenden Akteur in den europäischen Krisenprotesten** weiterentwickeln, wobei **dezentrale Aktionen** stärkeres Gewicht bekommen sollen. Inhaltlich bleiben dabei zentral die Elemente des **praktischen Eingreifens in den Normalbetrieb der Bankenmetropole** mit den Mitteln des Zivilen Ungehorsams und die bewusste Einbindung von Blockupy in eine gesamteuropäische Agenda des Widerstands.
Der erste Schritt in dieser geplanten Verbreiterung und Verstetigung von Blockupy waren die **Aktionen zur Unterstützung des südeuropäischen Generalstreiks am 14. November,** den Blockupy als einen wichtigen Schritt zu einem gemeinsamen und grenzüberschreitenden Widerstand gegen die Krisenpolitik in Europa begreift. (..)
Bereits Anfang November haben die Bewegungstreffen **Agora99 in Madrid und Firenze10+10** stattgefunden. Blockupy-Aktive haben an beiden Zusammenkünften teilgenommen und die Aktionsvorschläge des Frankfurter Treffens eingebracht. Zu diesen Vorschlägen gehört, im Frühjahr 2013 zu einem Datum und zu einem Ort eine **gemeinsame Mobilisierung der Krisenproteste aus allen Ländern Europas** (und darüber hinaus) zu vereinbaren. (...)
Wichtige Argumente für eine solche Mobilisierung sind zum einen die Sichtbarmachung einer koordinierten europäischen Bewegung und zum anderen gerade die Unterstützung der Herausbildung einer solchen Bewegung, wozu notwendig auch gehört, dass AktivistInnen aus ganz Europa - neben ihren lokalen Kämpfen - ganz real zu Aktionen auf der Straße zusammenkommen.

Wann und wo auch immer dieser Ort sein wird, der von den Versammlungen der europäischen Bewegungen bestimmt werden wird: **Blockupy wird aus Deutschland zu einer solchen zentralen europäischen Aktion mit mobilisieren.**

Proteste bis zur EZB-Eröffnung
(…)

> Pressemitteilung, 17.12.2012
> *** Blockupy 2013 steht: Erneute Aktionstage in Frankfurt *** Am 31. Mai und 1. Juni 2013 wird das Bündnis den europäischen Protest gegen die autoritär durchgesetzte Verarmungspolitik in der EU erneut auf die Straßen der Bankenstadt tragen – mit Aktionen zivilen Ungehorsams am Freitag und einer großen Demonstration am Samstag sowie anderen vielfältigen Protesten unter einem Dach. Das haben 120 Aktivistinnen und Aktivisten am Sonntag bei einem Planungstreffen im Frankfurter DBG-Haus beschlossen. *"2012 war erst der Anfang. Unser Widerstand gegen die vor allem von der deutschen Regierung vorangetriebene Kürzungspolitik der Troika geht weiter*", sagte Blockupy-Sprecher Hanno Bruchmann. *"Wer wirkliche Lösungen will, muss in dieser systemischen Krise des Kapitalismus grundlegende und radikale Veränderungen gegen die herrschenden Eliten durchsetzen."* Im Fokus der Kritik von Blockupy wird daher erneut die Europäische Zentralbank als Teil der Troika und Akteur des herrschenden europäischen Krisensystems stehen. **Die Blockupy-Aktionstage 2013 reihen sich ein in die europaweiten Gegenaktivitäten zur aktuellen Krisenpolitik im kommenden Jahr**. Geplant sind unter anderem zentrale **Proteste zum EU-Frühjahrsgipfel** im März in Brüssel sowie ein **Alternativengipfel (Alter Summit)** der sozialen Bewegungen im Juni in Athen. (…) Am 17. Februar werden die Aktiven zu ihrem nächsten Vorbereitungstreffen in Frankfurt zusammen kommen.
> Das Blockupy-Bündnis wird getragen von Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener emanzipatorischer Gruppen und Organisationen, darunter die Interventionistische Linke, Attac, Occupy Frankfurt, Gewerkschaften, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Partei "Die Linke" und – neu dazu gekommen – das Netzwerk Friedenskooperative und das Bündnis "Ums Ganze". http://www.blockupy-frankfurt.org

Im **März 2014** soll der **Neubau der EZB** in Anwesenheit der europäischen Macht- und Wirtschaftselite feierlich eröffnet werden. Insbesondere das Bündnis Ums ganze und die Interventionistische Linke machen sich dafür stark, zu diesem Anlass eine große, europaweite Mobilisierung nach Frankfurt zu starten, damit diese Eröffnung des EZB-Neubaus ins Wasser fällt.(...)

Christoph Kleine ist aktiv in Avanti - Projekt und dogmatische Linke und der Interventionistischen Linken (IL).
http://www.akweb.de/ak_s/ak577/36.htm

Attac Österreich
Solidarisch mit DemonstrantInnen des "Refugee Camps"

Attac unterstützt die konkreten Forderungen der DemonstrantInnen des "Refugee Camps" in Wien und erklärt sich mit ihrem Protest gegen undurchschaubare Asylverfahren, verschärfte Gesetze und menschenunwürdige Lebensbedingungen solidarisch. Während Kapital-, Güter- und Informationsströme in nie gekanntem Ausmaß nationale Grenzen überschreiten, errichtet die Europäische Union gegen Menschen auf der Flucht eine undurchdringbare, oft todbringende Festung - an den Außengrenzen durch Stacheldraht und Mauern, im Inneren durch eine menschenunwürdige Asylpolitik. Österreich nimmt durch sein mangelhaftes Asylverfahren und der Verweigerung grundlegender Menschenrechte dabei eine Vorreiterrolle ein.

Migration, Flucht und Vertreibung können jedoch nicht mit menschenverachtenden Gesetzen, Polizei und Militär eingedämmt werden, sondern nur durch die Sicherung der Lebensgrundlagen aller Menschen.

Fluchtgründe wie Krieg, Militärgewalt und Armut sind auf engste mit der gegenwärtigen Form der Globalisierung verbunden. Eine auf „globale Wettbewerbsfähigkeit" gedrillte EU-Handels- und Agrarpolitik zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen weltweit. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die rasch zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen hat zu Spekulation auf Nahrungsmittel, dadurch stark schwankenden Preisen und zur unmittelbaren Zunahme des Hungers geführt. Das exportorientierte Produktions- und Konsummodell im Interesse großer Konzerne ist eine zentrale Ursache für Klimakrise und Ausbeutung – und somit verantwortlich für die Zerstörung des Lebensraumes und der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Nicht zuletzt sind zahlreiche militärische Konflikte direkte Folge von ökonomischer Unsicherheit und Ausbeutung oder Mittel globalen Wettbewerbs.

Die Unterstützungserklärung für die protestierenden Flüchtlinge kann unter http://refugeecampvienna.noblogs.org/support/petition/ unterzeichnet werden.

http://www.attac.at/news (30.11.2012)

Auch in Deutschland:

http://www.thevoiceforum.org/
http://www.refugeetentaction.net/index.php?lang=de
http://asylstrikeberlin.wordpress.com/

Umfangreiche Linksliste:
http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/
Dossier „Festung Europa"
http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/74

18.Dezember:
http://www.globalmigrantsaction.org/



NEIN zur Inhaftierung von Flüchtlingen!

Zur Aktion: *Mit dieser E-Mail-Aktion werden die deutschen EU-Abgeordneten dazu **aufgefordert, am 14. Januar 2013 gegen die EU-Aufnahmerichtlinie zu stimmen.***

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter des EU-Parlaments,

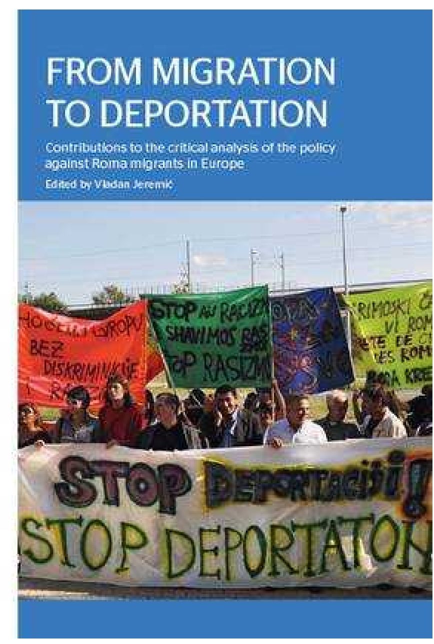
stellen Sie sich vor, Sie müssen fliehen. Sie lassen alles zurück, was Sie besitzen. Nach langer und entbehrungsreicher Flucht erreichen Sie die EU. Hier herrschen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, denken Sie erleichtert und wähnen sich endlich in Sicherheit. Doch an der Grenze werden Sie sofort festgenommen. Man sperrt Sie ins nächste Haftlager – manchmal für Monate. Dies ist gängige Praxis in Griechenland, Malta, Ungarn und in anderen Staaten. Griechenland hat erst im Oktober 2012 die mögliche Inhaftierungsdauer für Asylantragsteller auf zwölf Monate erhöht. Diese menschenrechtswidrige Praxis wird durch den Ihnen vorliegenden Vorschlag zu einer EU-Aufnahmerichtlinie nicht beendet, sondern erhält eine europarechtliche Grundlage.

Die geplanten Inhaftierungsregelungen greifen lückenlos. Sechs neue Haftgründe für Asylsuchende sollen in der Aufnahmerichtlinie eingeführt werden. Allein der Haftgrund "Feststellung der Identität" reicht für eine ausufernde Inhaftierungspraxis aus. Denn: Schutzsuchende haben in der Regel keine gültigen Dokumente. Der Haftgrund "Prüfung des Einreiserechts" führt dazu, dass bereits an der Grenze ausnahmslos jeder Schutzsuchende eingesperrt werden kann.

Am 14. Januar 2013 stimmen Sie über die Aufnahmerichtlinie ab. Wir appellieren an Sie: Verweigern Sie diesen flüchtlingsfeindlichen Vorlagen Ihre Zustimmung! Es darf keine Einigung um jeden menschenrechtlichen Preis geben.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Inhaftierung von Flüchtlingskindern, von neu ankommenden Schutzsuchenden und von sogenannten Dublin-Fällen in Europa endlich beendet wird. Die Europäische Union darf diesen Weg der systematischen Missachtung von Flüchtlings- und Menschenrechten nicht weiter beschreiten. Flucht ist kein Verbrechen! Bitte stimmen Sie mit NEIN!

http://flucht-ist-kein-verbrechen.de/index.php?id=1696



http://www.rosalux.de/news/38877/von-der-migration-zur-deportation.html

Karin Leukefeld: Keine Sirenen, keine Bunker- 170 Tote, 1000 Verletzte in Gaza

Weltweite Proteste – wie hier vor dem Rathaus von Belfast am 20. November – gegen Israels Angriffe auf die Palästinenser.



Niall Carson / PA

(Junge Welt, 24.11.2012) (...) In Gaza gibt es keine Sirenen, wie in Israel. Die Palästinenser haben kein Raketenabwehrsystem, wie in Israel, und auch keine Schutzbunker.
2011 wurden die Kinder in Gaza Weltmeister im Drachensteigen lassen. Sie versahen ihre Drachen mit Botschaften für Frieden, ein Ende der israelischen Belagerung und ein Leben in Sicherheit. Israel hat nicht verstanden. Es fehlt den Kindern weiter an Nahrungsmitteln und Medikamenten, an sicheren Wohnungen und warmer Kleidung. Ihre Schulbildung in den UN-Einrichtungen war und ist gut, doch es gibt weder Ausbildungsplätze noch Arbeit in dem von Israel abgeriegelten Küstenstreifen. Die Menschen dürfen nicht einmal Verwandte in der Westbank besuchen oder Angehörige in einem israelischen Gefängnis. Oft gibt es keinen Strom, kein Benzin, kein Heizöl. Täglich fehlt es an sauberem und genügend Wasser.
Den Palästinensern in Gaza steht der Winter bevor. Wo werden sich die Verletzten erholen können? Wann werden die 856 Häuser wieder aufgebaut sein, die israelische Bomben während der acht Tage und Nächte dauernden Angriffe zertrümmerten? Sechs Gesundheitszentren, 30 Schulen, zwei Universitäten, 15 Büros von Hilfsorganisationen, 27 Moscheen, 14 Pressebüros, elf Fabriken, 81 Geschäfte, ein Nahrungsmittelverteilzentrum der UNRWA, sieben Regierungsgebäude, zwölf Polizeistationen, fünf Banken, 30 Fahrzeuge, zwei Jugendclubs sind zerstört, listet die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Mezan auf.
Die in mehreren europäischen Ländern organisierte Friedensgruppe »Jüdische Stimme für einen Gerechten Frieden in Nahost« verurteilte »aufs Schärfste die brutalen Angriffe Israels auf den Gazastreifen«. Die Mehrheit der 1,5 Millionen Einwohner von Gaza seien Flüchtlinge, die von Israel vertrieben wurden. Die israelische Armee habe sogar festgelegt, was an Nahrung für die Menschen in Gaza ausreiche: »2279 Kalorien pro Person und Tag«. Der militärische Angriff sei »ein Kriegsverbrechen«, erklärt die Gruppe.
»*Angesichts der schändlichen Komplizenschaft der deutschen Regierung rufen wir alle europäischen Staatsbürger auf, im Einklang mit der palästinensischen Forderung nach BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) israelische Waren solange zu boykottieren, bis Israel für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wird*« . (http://www.juedische-stimme.de/?p=988)

Viele Analysen, Fotos und Berichte:
http://www.alternativenews.org/english/index.php/news

29. November 2012: Palästina erhält den Beobachterstatus als „Nicht-Mitgliedsstaat“...

*Auf den Tag genau 65 Jahre nach dem UN-Teilungsplan für Palästina hat die UN-Generalversammlung am 29. November 2012 mit überwältigender Mehrheit die Resolution A/67/L.28 verabschiedet (*http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/67/L.28*). Damit erhält Palästina endlich den geforderten **Beobachterstatus als "Nicht-Mitgliedsstaat".***
138 Staaten stimmten dafür - 9 dagegen (Israel, USA, Kanada, Tschechien, Panama und mehrere Pazifik-Inselstaaten) - 41 Staaten enthielten sich, auch Deutschland

Dazu die Stellungnahme der Organisation „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden“:

(…) Als europäische Bürger sind wir entsetzt über die Heuchelei der deutschen Regierung, die sich zur Stimmenthaltung entschlossen hat. Zwei Jahrzehnte hindurch mahnte die deutsche Regierung (ebenso wie andere) eine „Zweistaatenlösung“ als Weg zu einem „Frieden“ an. Heute ist klar, dass es ihr darum keineswegs ging. Die deutsche Regierung hat sich ihrer Verantwortung für die Unterstützung der palästinensischen Forderung, die sowohl friedlich wie gerechtfertigt ist, entzogen. Wir sind entrüstet, dass die Politik der deutschen Regierung sich von der Tatsache leiten lässt, ein Krieg im Nahen Osten würde ihr mehr einbringen (etwa durch den Verkauf von Waffen) als ein Frieden.
Als Juden möchten wir auch betonen, dass die Bildung eines palästinensischen Staates ein Vorrecht des palästinensischen Volkes ist und niemals dazu benützt werden darf, die Existenz Israels als einen “jüdischen” Staat zu rechtfertigen, in dem Juden mehr Rechte als andere Bürger genießen. Wir werden, ob ein unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen wird oder nicht, fortfahren, für Demokratie und Gleichberechtigung der in diesem Gebiet lebenden Menschen zu kämpfen und keinerlei Gesetze hinnehmen, die eine bestimmte religiöse, ethnische oder nationale Gruppe bevorzugen.
Als Juden lehnen wir auch entschieden jede Argumentation ab, der zufolge Deutschland wegen seiner „besonderen Beziehung“ zu Israel den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. (...)“
http://www.juedische-stimme.de/?p=997

...Einen Tag später beschloss die israelische Regierung den Bau von weiteren 3000 Wohneinheiten in der Westbank

Palästinensische Mission in der Bundesrepublik Deutschland: Israels Politik zerstört Zwei-Staaten-Lösung

Botschafter Salah Abdel Shafi (03.12.2012)
„Es liegt auf der Hand, dass Israel auf despotische Weise das Ende der Zwei-Staaten-Lösung anvisiert. Die aktuelle israelische **Politik des Siedlungsbaus** und der Einfrierung der palästinensischen Steuergelder ist Wegweiser der von Israel präferierten Zukunftsvorstellungen. Israel will keinen Frieden und will keinen Staat Palästina, mit dem er in friedlicher Nachbarschaft leben kann. Israel will offensichtlich seine Besatzung fortsetzen und das palästinensische Volk weiter unterdrücken.
Bereits jetzt gibt es über 200 jüdische Siedlungen in den nördlichen Bezirken (Westbank) des Staates Palästina. Mit dem Bau der neuen Wohnungseinheiten, die im Rahmen des bereits bekannten E-1-Projekts erfolgen sollen, trennt Israel Ost-Jerusalem effektiv von der Westbank. Es isoliert auch vollständig den Süden der Westbank von seinem Norden. Ein zusammenhängender und lebensfähiger Staat Palästina ist dann von der Landkarte gänzlich verschwunden.
Die Einfrierung der palästinensischen Steuergelder ist ein Akt der finanziellen Piraterie, ein Übergriff auf die Handlungsfähigkeit der palästinensischen Regierung und zugleich ein Verstoß gegen das Osloer Abkommen.
Wer jetzt noch von einem israelischen Friedenswillen spricht und zur Tagesordnung zurückgeht, deckt ein unentschuldbares Unrecht. Es muss ein Schritt zur Rettung der Zwei-Staaten-Lösung zugelegt werden. Dabei darf die internationale Gemeinschaft es nicht bei verbalen Verurteilungen belassen, sondern muss jetzt und heute effektive Maßnahmen ergreifen, damit Israel seine völkerrechtswidrige Politik endgültig aufgibt und als ehrlicher Gesprächspartner an den Verhandlungstisch zurückkommt.“ http://www.palaestina.org

Die Kampagne „Wald der SPD“ ist ein zynisches „Weihnachtsgeschenk“ und eine Ohrfeige für Frieden, Menschenrechte und Menschenwürde.
Mehr: http://palaestinakomitee-stuttgart.de/



Weltsozialforum in Tunis,

26. bis 30. März 2013

www.fsm2013.org

Die tunesischen und maghrebinischen Sozial- und Bürgerbewegungen laden Euch zum Weltsozialforum (WSF) nach Tunis vom 26. bis 30. März 2013 ein.

Liebe Freunde,

mit großer Freude wendet sich das tunesische und maghrebinische Organisationskomitee für das WSF in Tunis an Euch.
Das Organisationskomitee setzt sich, neben anderen Strukturen, aus tunesischen Organisationen zusammen, die im revolutionären Prozess, durch den die Diktatur beendet werden konnte, eine treibende Kraft darstellten. Heute setzen sie den Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte fort.

Vor12 Jahren fand das erste WSF in Porto Alegre, Brasilien statt. Zum ersten Mal wird es 2013 in der arabischen Welt durchgeführt, in einem Kontext von revolutionären Umbrüchen in der gesamten Region. Zwei Jahre mit Revolten und Kämpfen haben vier diktatorische Regime gestürzt - das erste davon war das Regime von Ben Ali in Tunesien - und der Kampf gegen die Diktaturen in zahlreichen Ländern geht weiter.

Wie Ihr sicherlich wisst, werden die WSF's von Netzwerken, Gewerkschaften, Bewegungen und NGOs aus der ganzen Welt vorbereitet, die Aktivitäten und Debatten anbieten. Dabei kommen die regionalen OrganisatorInnen mit Bewegungen aus anderen Teilen der Welt zusammen, die ähnliche Anliegen verfolgen. Das WSF in Tunis bietet die Gelegenheit zur Diskussion und zur Vorbereitung der Mobilisierung hinsichtlich der zentralen Herausforderungen und im Spiegel aktueller internationaler Entwicklungen.Wir wollen alte und neue Bewegungen zusammenbringen, um gemeinsame Wege für eine 'andere Welt' zu beschreiten. (...)
Ihr seid eingeladen, am Forum Ende März 2013 in Tunis teilzunehmen oder euch aus der Ferne im Rahmen von Aktivitäten zu beteiligen.

(…) In kämpferischer Freundschaft
Das tunesische und maghrebinische Organisationskomitee, 10.November 2012

Einige Informationen über die Teilnahme am WSF: ***Anmeldung**: http://www.fsm2013.org/en/registration*

***11 thematischen Achsen** sind geplant: http://www.fsm2013.org/en/node/190*
***Die rund 780 angebotenen Aktivitäten** werden vom Vorbereitungskomitee koordiniert:* http://www.fsm2013.org/en/activities
Bisher (16.12.) haben sich **1135 Organisationen** angemeldet, davon ca. 20 deutsche Organisationen: http://www.fsm2013.org/fr/annuaire_organisations

***Der International Council des WSF und das tunesische Organisationskomitee** haben während eines gemeinsamen Treffens am 15. und 16. Dezember in Tunis den detaillierten Programmablauf des WSF 2013 in Tunis beschlossen, logistische Einzelheiten festgelegt und Maßnahmen zur weltweiten Mobilisierung diskutiert.*
***Der erste Tag** wird danach den Problemen der Region gewidmet sein, **der zweite** den revolutionären Prozessen und neuen Akteuren, **ein weiterer** wird nur durch selbstorganisierte Aktivitäten gestaltet. Eine besondere Versammlung soll sich mit der Möglichkeit gemeinsamer Aktionen beschäftigen. **Eine "Versammlung der Versammlungen" wird vor der eigentlichen Abschlussveranstaltung am 30 März die Ergebnisse des Forums zusammentragen**.*
*Die **staatliche Universität El Manar** wird nicht nur Gastgeberin sein sondern auch aktive Teilnehmerin des Forums.*
Die genauen Ergebnisse - insbesondere die logistischen Einzelheiten - werden in den nächsten Tagen veröffentlicht.
(Hugo Braun, Mitglied des IC, 17.12.2012)

Zur Vorbereitung des WSF in Tunesien:

- *Im Oktober/November zog eine „Karawane“ zur Mobilisierung durch Tunesien: http://www.fsm2013.org/caravane_fsm*
- *Sehr engagiert in der Vorbereitung sind Gruppen vom Maghrebinischen Sozialforum: http://www.fsmaghreb.org/*

Zur Lage in Tunesien:

http://www.tunisie.attac.org , http://cadtm.org/Tunisie?lang=fr, http://cadtm.org/Tunisia?lang=en,
http://www.labournet.de/internationales/tn/index.html
http://sandimgetriebe.attac.at/9432.html und http://sandimgetriebe.attac.at/9599.html
http://www.etuc.org/a/10655